Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

2. März 1981 Nr. 10

Preis 1 DM D 21060 C



XXVI. Parteitag der KPdSU

KPdSU erklärt Programm der Aggression nach außen und der Reaktion nach innen / wirtschaftliche Zugeständnisse an die Massen

krk. Ein Zufall war es bestimmt nicht, daß die Eröffnung des 26. Parteitages der KPdSU auf den „Tag der Sowjetarmee“ fiel: Anlaß zu einer Militärparade vor den Tribünen der Delegierten und ausländischen Gäste und anschließend für die zackige Rede des Mot.-Schützendivisionskommandeurs Kusmin, der die Parteiführung der Einsatzbereitschaft ihrer Militärmaschinerie versicherte.

Unzweideutig sprach Breschnew auf diesem Parteitag als Führer der stärksten Militärmacht, als Oberhaupt der sozialimperialistischen Supermacht, die entschlossen ist, sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik in die Offensive zu gehen. Allgemein haben sich im Berichtszeitraum die Widersprüche gegen die Politik der Supermacht verschärft: unter den osteuropäischen Verbündeten, unter den revisionistischen Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder, unter den Nationalitäten und innerhalb der Arbeiterklasse des eigenen Landes. Die von Breschnew verkündete Offensive gilt der Niederschlagung all dieser Bestrebungen im Interesse der Verwirklichung sowjetischer Hegemonialpolitik. Die Militärparade im Kongreßsaal war mehr als sinnig.

In der Außenpolitik galt das erste Wort den Verbündeten. Nach kärglich verteiltem Lob kam Breschnew auf das Hauptanliegen der UdSSR zu sprechen: entscheidende Schritte müßten

armee“ fiel: Anlaß zu einer Militärparade vor den Tribünen der Delegierten und ausländischen Gäste und anschließend für die zackige Rede des Mot.-Schützendivisionskommandeurs Kusmin, der die Parteiführung der Einsatzbereitschaft ihrer Militärmaschinerie versicherte.

Unzweideutig sprach Breschnew auf diesem Parteitag als Führer der stärksten Militärmacht, als Oberhaupt der sozialimperialistischen Supermacht, die entschlossen ist, sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik in die Offensive zu gehen. Allgemein haben sich im Berichtszeitraum die Widersprüche gegen die Politik der Supermacht verschärft: unter den osteuropäischen Verbündeten, unter den revisionistischen Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder, unter den Nationalitäten und innerhalb der Arbeiterklasse des eigenen Landes. Die von Breschnew verkündete Offensive gilt der Niederschlagung all dieser Bestrebungen im Interesse der Verwirklichung sowjetischer Hegemonialpolitik. Die Militärparade im Kongreßsaal war mehr als sinnig.

In der Außenpolitik galt das erste Wort den Verbündeten. Nach kärglich verteiltem Lob kam Breschnew auf das Hauptanliegen der UdSSR zu sprechen: entscheidende Schritte müßten

endlich in der Frage der sozialistischen Integration unternommen werden, die Plankoordinierung – die so gut wie jedes Ostblockland zu sabotieren scheint – müsse vorangetrieben werden. Angesichts der Unwilligkeit der Bündnispartner schlug er ein Treffen führender Politiker zu diesen Fragen vor. Wirtschaftlich wie politisch kündigt sich verstärkter Druck auf die osteuropäischen Länder an. Besonders sichtbar wurde dies an seiner Erklärung über die Lage in Polen: kein Wort des Vertrauens an die polnische Parteiführung (der einzige Beitrag in diesem Sinne kam vom Ungarn Kádár), dagegen Bekräftigung der Entschlossenheit, dem Spuk, wenn notwendig, militärisch ein Ende zu setzen.

Heftig griff Breschnew die „eurokommunistischen“ Parteien an, die sich das Recht nehmen, einen eigenen Weg zu gehen und Kritik an der Sowjetunion äußern. Bis zum 5. Verhandlungstag des Kongresses ist der italienischen KP das Rederecht verweigert worden, weil der Delegierte den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan kritisieren wollte. Drohungen überwiegen den westeuropäischen Ländern gegenüber: es dürfte ihnen bekannt sein, daß ihre Bündnistreue zu den USA ihre nationale Sicherheit gefährde, sagte Breschnew. Was die Vorschläge zur Entspannung den USA gegenüber betrifft, so ist es nicht verwunderlich, wenn Reagan und seine Mannschaft widersprüchlich darauf reagieren. Es klingt wie eines der letzten Angebote, die die sowjetische Supermacht vor dem sonst unvermeidlichen Zusammenstoß noch machen kann. Wird diese letzte Chance nicht wahrgenommen, so sind die USA selbst dran schuld. „Den USA – wie allen anderen Ländern der Welt – droht tatsächlich die Gefahr eines Krieges. Ihre Quelle ist jedoch nicht die Sowjetunion ... (s. auch Dokumentation auf S. 4)

Im innenpolitischen Teil zeigte schon die Behandlung des nächsten Fünfjahrplanes (1981-85), daß auch die sowjetische Parteiführung durch die Ereignisse in Polen unter Druck geraten ist. Wenn auch nur um ein Prozent, soll diesmal die Produktion von Konsumgütern schneller als die von Investitionsmitteln steigen. Aber gerade weil die sowjetische Wirtschaft unter einem ungeheuren Investitionszwang steht (Rüstung, wegen der Konkurrenz auf dem Weltmarkt dringend notwendige Erneuerung der Produktionsinstrumente, Erschließung der ungünstig gelegenen Rohstoffressourcen) ist das Zugeständnis bedeutend, und sollte das Versprechen auch erfüllt werden, wird es direkt auf die Kosten der Kriegsvorbereitungen gehen. Die Verbesserung der Wohnungslage – eine der dringendsten Forderungen der Volksmassen – wird in Aussicht gestellt. Das lange angekündigte Lebensmittelprogramm soll endlich in die Phase der Verwirklichung eintreten, der stagnierende Fleischverbrauch der sowjetischen Bürger etwas steigen. Die Erhöhung von regionalen Zuschlägen und von Schichtzulagen versprach Ministerpräsident Tichonow.

Vielleicht paar Gramm Fleisch mehr – aber keinerlei Zugeständniss was die politischen Rechte betrifft, das ist der Sinn des ungewöhnlich ausführlichen innenpolitischen Teils. Die Nationalitäten der Sowjetunion, die er sinnig als die „ehemaligen nationalen Randgebiete Rußlands“ bezeichnete, warnte Breschnew vor der „künstlichen Aufblähung“ nationaler Besonderheiten.

zent, soll diesmal die Produktion von Konsumgütern schneller als die von Investitionsmitteln steigen. Aber gerade weil die sowjetische Wirtschaft unter einem ungeheuren Investitionszwang steht (Rüstung, wegen der Konkurrenz auf dem Weltmarkt dringend notwendige Erneuerung der Produktionsinstrumente, Erschließung der ungünstig gelegenen Rohstoffressourcen) ist das Zugeständnis bedeutend, und sollte das Versprechen auch erfüllt werden, wird es direkt auf die Kosten der Kriegsvorbereitungen gehen. Die Verbesserung der Wohnungslage – eine der dringendsten Forderungen der Volksmassen – wird in Aussicht gestellt. Das lange angekündigte Lebensmittelprogramm soll endlich in die Phase der Verwirklichung eintreten, der stagnierende Fleischverbrauch der sowjetischen Bürger etwas steigen. Die Erhöhung von regionalen Zuschlägen und von Schichtzulagen versprach Ministerpräsident Tichonow.

Vielleicht paar Gramm Fleisch mehr – aber keinerlei Zugeständniss was die politischen Rechte betrifft, das ist der Sinn des ungewöhnlich ausführlichen innenpolitischen Teils. Die Nationalitäten der Sowjetunion, die er sinnig als die „ehemaligen nationalen Randgebiete Rußlands“ bezeichnete, warnte Breschnew vor der „künstlichen Aufblähung“ nationaler Besonderheiten.

Eine moralische Veränderung forderte er vom gesamten Sowjetvolk, die notfalls durch Strafen erzwungen werden soll: Faulenzer, Produzenten von Ausschuß, diejenigen, die miserable Leistungen erbringen, sollen durch Lohnabzüge zu Einsicht gezwungen werden. Das alles abgehandelt unter dem Thema „ungerechte Verteilung“. Nicht die schmarotzende Nomenklatura wird angegriffen, nein, die faulenzenden Arbeiter, die falsche Gleichmacherei seien der springende Punkt sowjetischer Klassenverhältnisse.

Eine besondere Ermahnung ergeht an Künstler und Schriftsteller. Die Zensur durch Partei, Schriftsteller- und Künstlerverband muß schärfer werden, Abweichungen werden nicht geduldet. Ausdrückliches Lob verdiente sich dagegen die Volkskontrolle, deren wachsamem Auge keine Disziplinlosigkeit entgehen darf, und auch die Tschekisten, denn „das Komitee für Staatssicherheit der UdSSR arbeitet operativ und auf hohem fachlichem Niveau“.

Nicht von ungefähr findet in der Rede Erwähnung, daß im Berichtszeitraum 300000 Mitlgieder aus der Partei ausgeschlossen wurden. Abschließend schlägt Breschnew die Revision des Parteiprogramms vor. Das heute gültige Programm ist 20 Jahre alt und stammt noch aus der Ära Chruschtschow. Es hatte überschwängliche Perspektiven der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes gezeichnet – der schroffe Widerspruch zwischen der Wirklichkeit und dem Programm muß beseitigt werden. Neu aufgnommen wird die Annäherung der Bruderländer und die veränderte internationale Lage. Die Entfaltung der Supermacht findet ihren Niederschlag.



Millionen von Spaniern gingen am Freitag Abend zur Verteidigung der Freiheit auf die Straße (siehe Seite 6).

100000 demonstrierten gegen das Kernkraftwerk Brokdorf

wir. Am Samstag folgten ca. 100000 Menschen dem Aufruf verschiedener Bürgerinitiativen, des Bundesverbandes des Bürgerinitiativen Umweltschutz, verschiedener Gewerkschaftskörperschaften und politischer Organisationen, gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf zu demonstrieren. In der Vorbereitung der Demonstration war es gelungen, sich darauf zu einigen, am 28.2. zu demonstrieren, sich in und um Wilster zu sammeln und eine politische Kundgebung am Bauplatz durchzufüh-



Millionen von Spaniern gingen am Freitag Abend zur Verteidigung der Freiheit auf die Straße (siehe Seite 6).

100000 demonstrierten gegen das Kernkraftwerk Brokdorf

wir. Am Samstag folgten ca. 100000 Menschen dem Aufruf verschiedener Bürgerinitiativen, des Bundesverbandes des Bürgerinitiativen Umweltschutz, verschiedener Gewerkschaftskörperschaften und politischer Organisationen, gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf zu demonstrieren. In der Vorbereitung der Demonstration war es gelungen, sich darauf zu einigen, am 28.2. zu demonstrieren, sich in und um Wilster zu sammeln und eine politische Kundgebung am Bauplatz durchzufüh-

ren. Mit allen Mitteln haben die Bundesregierung und die schleswig-holsteinische Landesregierung versucht, einen Keil in die Bewegung zu treiben über die Formen des Widerstandes und in „gewalttätige“ und „gewaltlose“ Demonstranten zu spalten. Stoltenberg verbreitete in der „Bild“ vom 21.2.: „Es gibt anonyme Anrufe bei einzelnen Leuten, sie sollten ihr Vieh am Sonnabend auf die Weide treiben, denn die Häuser würden angezündet.“ Auf einer solchen Grundlage ordnete dann Landrat Brümmer ein vollständiges Demonstrationsverbot in der gesamten Wilster Marsch für den Zeitraum vom 27.2. bis einschließlich 1.3. an. Flugs beeilten sich Politiker wie Klose, Mathiessen, Stoltenberg und Schmidt zu erklären, an dieses Verbot müsse man sich halten. Alternative Kundgebungsorte wie Itzehoe und Kiel wurden lanciert. Dieses „Angebot“ hatte keine Wirkung. Es zielte besonders auf den BBU ab, der aber an dem Ziel, am Bauplatz eine Kundgebung durchzuführen, festhielt. Auf Grundlage der erzielten Einheit gelang es – trotz aller politischen und juristischen Willkür – den Polizeikordon bis auf einen engen Bereich um den Bauplatz zurückzudrängen und so das Demonstrationsrecht durchzusetzen.

Ein weiterer wichtiger Faktor für den Erfolg dieser Demonstration ist die Tatsache, daß die Kräfte in den Gewerkschaften gegen das Kernenergieprogramm zunehmen. Bei der Vorbereitung der Brokdorf-Demonstration hat der Aktionskreis Leben (AKL) eine wichtige Rolle gespielt. Der AKL ist eine seit 1977 bestehende Initiative von Mitgliedern der DGB-Einzelgewerkschaften. Sie versuchen, auf die innergewerkschaftliche Meinungsbildung im Sinne der Kernkraftgegner Einfluß zu nehmen. In Hamburg hat der AKL 1000 Unterschriften von Mitgliedern und Funktionsträgern verschiedener Einzelgewerkschaften unter einen „Aufruf Hamburger Gewerkschafter gegen das AKW Brokdorf“ gesammelt und als ganzseitige Anzeige in der Hamburger „Morgenpost“ veröffentlicht, aus den Spenden der Unterzeichner finanziert. Für die Demonstration hatte der AKL einen gewerkschaftlichen Block organisiert. Der Aufruf

Sinne der Kernkraftgegner Einfluß zu nehmen. In Hamburg hat der AKL 1000 Unterschriften von Mitgliedern und Funktionsträgern verschiedener Einzelgewerkschaften unter einen „Aufruf Hamburger Gewerkschafter gegen das AKW Brokdorf“ gesammelt und als ganzseitige Anzeige in der Hamburger „Morgenpost“ veröffentlicht, aus den Spenden der Unterzeichner finanziert. Für die Demonstration hatte der AKL einen gewerkschaftlichen Block organisiert. Der Aufruf

„saß“. Am Samstag hetzte die „Bild“ dagegen: „Anti-Aufruf teilweise gefälscht“. Sie zitierte DAG-Landessekretär Freitag: „Der Aufruf ist ein Versuch, die Hamburger Gewerkschaften zu diffamieren. DAG und DGB sind für den Bau von Brokdorf.“

Das ist eben gar nicht mehr so klar. Die Delegiertenversammlung der Hamburger IG Druck hat zur Demonstration gegen Brokdorf aufgerufen, ebenso die Landesvertreterversammlung der GEW Hamburg, die sich ausdrücklich gegen das Verbot der Demonstration gewendet und ihre Mitglieder aufgerufen hat, trotz Verbot zu demonstrieren. Unverhohlene Wut äußerte auch der schleswig-holsteinische Innenminister Barschel über die gewerkschaftlich organisierten Kernkraftwerksgegner. Der AKL hatte gegen die Anordnung des Landrates Brümmer beim Verwaltungsgericht Schleswig Rechtsmittel eingelegt und zunächst eine wesentliche Einschränkung des Verbots erreicht. Barschel dazu im NDR: „Ich habe ja vorhin gesagt, daß uns die Fehlentscheidung von Schleswig sicherheitstechnisch und polizeitaktisch erhebliche Schwierigkeiten bereitet.

Diese Tatsache, daß sich die Arbeiterbewegung zunehmend mit der demokratischen Bewegung verbindet und die Führung im Kampf gegen die Kernkraftwerke übernimmt, erklärt auch die wütenden Angriffe der Polizei auf den AKL-Block auf dem Rückmarsch, die Beschlagnahme des Lautsprecherwagens des AKL, von dem aus die Kundgebung durchgeführt wurde.

Am 8. März findet in Kolmar eine Bundeskonferenz zur Koordinierung des weiteren Widerstandes gegen das AKW Brokdorf statt.

Unterstützung der IG Metall ist notwendig

ges. Großartig haben sich die Kapitalisten „bewegt“. Sage und schreibe drei Prozent bieten sie inzwischen statt der ursprünglichen 2,5 Prozent an. Das Angebot liefe auf einen Reallohnverlust von durchschnittlich gleich viel Prozent hinaus, nachdem die Arbeiter und Angestellten bereits im letzten Jahr Reallohnverluste hinnehmen mußten.

Mit dem Argument, die Ausgaben für die gestiegenen Ölpreise könnten nicht noch mal verteilt werden, wollen die Kapitalisten den Arbeitern und übrigen Lohnabhängigen zumuten, doppelt zu bezahlen: einmal auf dem Warenmarkt, wo die gestiegenen Preise von den Kapitalisten realisiert werden, und einmal auf dem Arbeitsmarkt, wo die Löhne unter Berufung auf die gestiegenen Preise niedrig gehalten werden sollen.

Mit dem Argument, auf dem Weltmarkt ginge es jetzt in der kapitalistischen Überproduktionskrise ruppig zu und vorhandene Marktpositionen würden gefährdet, soll den Arbeitern und übrigen Lohnabhängigen zugemutet werden, ihre Position auf dem Arbeitsmarkt freiwillig aufzugeben und nicht mit aller Kraft zu verteidigen. Das diene der Marktwirtschaft.

Mit dem Argument, die wachsende Arbeitslosigkeit verlange Zurückhaltung bei den Löhnen, soll den Arbeitern zugemutet werden, ihre geschwächte Position auf dem Arbeitsmarkt gleich noch mal freiwillig zu verschlechtern. Das brächte einen schönen Prozeß in Gang. Während die Nettoeinkommen zurückgingen, gingen auch die Versicherungsbeiträge zu-

mußten.

Mit dem Argument, die Ausgaben für die gestiegenen Ölpreise könnten nicht noch mal verteilt werden, wollen die Kapitalisten den Arbeitern und übrigen Lohnabhängigen zumuten, doppelt zu bezahlen: einmal auf dem Warenmarkt, wo die gestiegenen Preise von den Kapitalisten realisiert werden, und einmal auf dem Arbeitsmarkt, wo die Löhne unter Berufung auf die gestiegenen Preise niedrig gehalten werden sollen.

Mit dem Argument, auf dem Weltmarkt ginge es jetzt in der kapitalistischen Überproduktionskrise ruppig zu und vorhandene Marktpositionen würden gefährdet, soll den Arbeitern und übrigen Lohnabhängigen zugemutet werden, ihre Position auf dem Arbeitsmarkt freiwillig aufzugeben und nicht mit aller Kraft zu verteidigen. Das diene der Marktwirtschaft.

Mit dem Argument, die wachsende Arbeitslosigkeit verlange Zurückhaltung bei den Löhnen, soll den Arbeitern zugemutet werden, ihre geschwächte Position auf dem Arbeitsmarkt gleich noch mal freiwillig zu verschlechtern. Das brächte einen schönen Prozeß in Gang. Während die Nettoeinkommen zurückgingen, gingen auch die Versicherungsbeiträge zu-

rück. Verstärkt würde nicht nur die Zahlungsunfähigkeit der individuellen Haushalte, sondern auch der kollektiven Haushalte der Arbeitslosenversi-

cherung, der Rentenversicherung und der Krankenversicherung. Neue „Sanierungen“ stünden ins Haus, und die Lage der Arbeiterklasse verschlechterte sich auch von dieser Seite her noch weiter. Unvermeidlich schwächte dies wiederum die Stellung gegenüber der Kapitalistenklasse. Ein solcher Kreislauf könnte den Kapitalisten gefallen.

Die IG Metall hat das „Angebot“ der Kapitalisten als unannehmbar zurückgewiesen. Es werden jetzt Streiks vorbereitet. Sie sollen die Kapitalisten maximal treffen und die Streikkasse möglichst wenig belasten. Die Taktik ist kompliziert und verlangt langen Atem. Mit Demonstrationen verbunden, kann sie auf Grundlage des gewachsenen gewerkschaftlichen Bewußtseins jedoch zum Erfolg führen. Ein Erfolg wäre, wenn die Kapitalisten zu einem Abschluß in Höhe der Inflationsrate, 6 Prozent, und zu überproportionaler Anhebung der unteren Lohngruppen gezwungen werden könnten. Der 4%-Abschluß in der Bauindustrie erschwert das, macht es aber nicht unmöglich.

Keine Bananenrepublik

bep. Nachdem der Militärputsch in Spanien offenbar nur knapp gescheitert ist, warnt der König, der sich als „Retter der Demokratie" feiern läßt, vor scharfen Untersuchungen und drastischen Maßnahmen in Polizei und Armee. Die schließliche Weigerung von König und Teilen der Militärführung, sich dem Putsch anzuschließen, war die unmittelbare Ursache für den Fehlschlag. Die Gründe für diese Spaltung im Militär sind aber wohl weniger in der Liebe zur Demokratie zu suchen als in der Befürchtung eines heftigen Widerstandes der Arbeiterklasse und des spanischen Volkes und einer enormen Verschärfung des Klassenkampfes. Die von den Gewerkschaften und den parlamentarischen Parteien organisierten Demonstrationen für „Freiheit, Demokratie und Verfassung" am Freitagabend, die größten Massendemonstrationen in der Geschichte Spaniens, waren eine, wenn auch verspätete Bestätigung dafür. Eine Rolle wird auch sicher gespielt haben, daß der spanischen Kapitalistenklasse der Weg in die EG, die ihre Mitgliedsstaaten auf parlamentarische Regierungsformen verpflichtet hat, erst einmal versperrt worden wäre. Aber die Drohung eines neuen Putsches bleibt. Es gibt Anzeichen dafür, daß die „loyalen" Teile des Militärs bereits ihren Preis gefordert haben. Die Warnung des Königs vor einer Säuberung der Armee ist ein Beispiel. Ein anderes: Der Innenminister, der die politische Verantwortung für die Folterungen und für die Polizeirebellion wenige Tage vor dem Putschversuch trägt, bleibt in der neuen Regierung in seinem Amt.

Die Vorgänge am letzten Montag seien eher einer Bananenrepublik würdig, schrieb eine liberale spanische Zeitung. Davon abgesehen, daß es die Führungsmacht der westlichen Demokratien war, die die so bezeichneten Länder zu Bananenrepubliken gemacht und dort Militärputsche angestiftet hat, ist dieses Urteil auch in anderer Hinsicht eine Verharmlosung. Ist es nicht zum Beispiel erst wenige Jahre her, daß in Italien ernstzunehmende Putschvorbereitungen ans Licht kamen? Die kapitalistische Klassenherrschaft birgt nach wie vor die Gefahr des Umschlags in offene Diktatur.

Kultusministerkonferenz einigt sich auf einheitliche Behandlung der deutschen Staatsgrenzen

ads. Westberlin. Auf ihrer 202. Sitzung befaßten sich die Kultusminister der Länder mit den Themen „Harmonisierung der Lehrerarbeitszeit" und der Regelung der deutschen Staatsgrenzen in den Schulbüchern. Was die Lehrerarbeitszeit angeht, sah sich die KMK aufgrund der in der GEW geführten Kämpfe für die Verkürzung der Arbeitszeit der Lehrer auf die 40-Stundenwoche nicht mehr in der Lage, an dem seit 1974 bestehenden Stillhalteabkommen festzuhalten. Sie unterbreitet der Finanzministerkonferenz einen „Vorschlag" zur „Harmonisierung". Dieser Vorschlag ist jedoch kein Schritt zur Verwirklichung der 40-Stundenwoche, sondern ein Plan zur Umverteilung von Lehrerstunden in den einzelnen Bundesländern. Danach sollen z.B. alle Grund- und Hauptschullehrer zwischen 27 und 28 Unterrichtsstunden in der Woche bundeseinheitlich unterrichten. Das heißt praktisch, daß sich in einigen Bundesländern die Arbeitszeit für die Lehrer, die an diesen Schulzweigen unterrichten, um einen beträchtlichen Teil erhöht bzw. in anderen Bundesländern eine Verringerung der Stundenzahl eintreten würde. In einer Erklärung der GEW vom 12.2.81 heißt es dazu: „Der Entwurf der KMK ist unzulänglich. Er ist weder geeignet, die Arbeits- und Lernbedingungen an den Schulen im Interesse von Schülern, Eltern und Lehrern nachhaltig zu verbessern, noch den Nachholbedarf der Lehrer in Sachen Arbeitszeitverkürzung zu befriedigen ..."

Haupttagesordnungspunkt der KMK war die Erstellung der „Grundsätze für die Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht". Das Einigungswerk eines lange umstrittenen Themas fand statt unter Führung von Hanna-Renate Laurien, CDU-Bildungsministerin in Rheinland-Pfalz, derzeit Vorsitzende der Kultusministerkonferenz und Mitglied in Weizsäckers Westberliner Führungsmannschaft.

Festgelegt wurde u.a. folgendes: Die Grenze zwischen BRD und DDR muß als „Grenze besonderer Art" gekennzeichnet sein. Die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 sollen auf den politischen Karten Europas, auf großformatigen Übersichtskarten zu Mitteleuropa sowie auf „thematischen Karten, auf welchen die Darstellung der Grenze von 1937 eine wesentliche inhaltliche Bedeutung hat", eingezeichnet sein. Dafür gilt die Bezeichnung „Deutsches Reich".

In allen Karten, auf denen die Bundesrepublik dargestellt wird, ist der Kartenausschnitt so zu wählen, daß auch Berlin mit dargestellt wird. Ausdrücklich heißt es: „Das gesamte Gebiet von Berlin ist von dem der DDR in geeigneter Weise deutlich abzuheben. Dabei sind die beiden Teile von Berlin – Berlin (West) und Berlin (Ost) – darzustellen." Das Kürzel ‚BRD' für Bundesrepublik Deutschland ist künftig nicht mehr im Unterrricht erlaubt. Dort, wo eine Abkürzung unumgänglich sei, „kann die im internationalen postalischen Verkehr übliche Bezeichnung „D" verwendet werden.." Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik sind die amtlichen Bezeichnungen, die für die beiden Teile Deutschlands zu verwenden sind. Für das Gebiet dieser beiden Teile Deutschlands insgesamt kann auch die Bezeichnung Deutschland verwendet werden. Die auf dem Gebiet der DDR liegenden umbenannten Städte sind mit ihren heutigen Namen unter Zusatz ihrer früheren Namen zu bezeichnen. Beispiel: Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)

Daß sich gerade jetzt die Kultusminister auf die Behandlung der Staatsgrenzen einigen, ist nicht zufällig. Sowohl in der Friedensbewegung als auch in den Gewerkschaften wird verstärkt darüber diskutiert, daß die Anerkennung der bestehenden Staatsgrenzen, die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR sowie der DDR-Staatsbürgerschaft und teilweise auch eine Klärung des Westberlinstatus mit dem Ziel einer freien und unabhängigen Stadt wesentliche Voraussetzungen sind, um der drohenden Kriegsgefahr entgegenzuwirken. Zur Behandlung solcher Themen im Unterricht hat die GEW, Landesverband Berlin, „Friedenswochen" in den Schulen empfohlen und Materialien erarbeitet, die u.a. enthalten den Friedensvertragsvorschlag der Sowjetunion von 1952 an die Adenauerregierung und die westlichen Besatzermächte.

Klappern gehört zum Handwerk
Neue Friedensvorschläge aus Moskau

lup. Wer zum 26. Parteitag der KPdSU nach Moskau fuhr, „erwartete ganz selbstverständlich neue Friedensvorschläge", stellte UZ-Kommentator Hubert Reichel am vergangenen Freitag fest. Selbstverständlich. Klappern gehört zum Handwerk. Bei der Sowjetunion gehörten seit einem Vierteljahrhundert „Friedensinitiativen" stets zu Aggressionsakten und Entspannungsvorschläge zu Aufrüstungsmaßnahmen. Bis über beide Ohren hat sich die Sowjetunion in den letzten Jahren direkt und indirekt in Aggressionskriege in Kampuchea und Afghanistan verwickelt. In beiden Ländern ist nicht abzusehen, daß es gelingt, den Widerstand zu zerschlagen. Da war es hohe Zeit, eine neue „Friedensinitiative" zu starten. Über alles, selbst über Afghanistan, werde die Sowjetunion mit sich reden lassen, hat Breschnew erklärt. Freilich nur über dessen „internationale Aspekte" und nicht über seine „inneren Angelegenheiten". Eine „innere Angelegenheit" ist aber laut Breschnew die Okkupation Afghanistans durch sowjetische Truppen.

Es ist kein Geheimnis, daß die hegemonistische Politik der USA gerade unter Reagan die Widersprüche zwischen den USA und ihren westeuropäischen „Partnern" nicht gerade abge-

freilich nicht, einen etwas weitergehenden Vorschlag hatte die Sowjetunion bereits 1979, kurz vor dem NATO-Beschluß, gemacht. Neu ist lediglich, daß die Sowjetunion inzwischen wohl 100 weitere Mittelstreckenraketen stationiert hat, mit denen sie direkt Ziele in Westeuropa erreichen kann, während die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen 1983 beginnen soll. Das ist die passende Zeit für einen Moratoriumsvorschlag der Sowjetunion. Prompt hat dieser Vorschlag zu unterschiedlichen Reaktionen selbst innerhalb der Bundesregierung geführt. Schmidt wollte „sorgfältig prüfen", Genscher hat gleich abgelehnt. Allerdings hat sich das Kabinett dann 2 Tage darauf gleich auf der Linie von Genschers Äußerung geeinigt. Auch Schmidt kann eben kein großes Interesse daran haben, die Diskussion über die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zu forcieren. Die Spaltung der SPD über diese Frage ist bekannt.

Aber was spricht eigentlich dagegen, den Kampf gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa, gegen die Hegemonialpolitik der USA, mit dem Kampf gegen den Hegemonismus der Sowjetunion zu verbinden? Die Forderung nach Auflösung der NATO mit der Forderung nach Auflö-

Das Urteil gegen Rechtsanwalt Härdle muß fallen
Bundesgerichtshof verwirft Revision im Eilverfahren / Verfassungsbeschwerde angekündigt

hws. Das Urteil des Landgerichts Heidelberg, durch das Rechtsanwalt Dr. Härdle, Heidelberg, zu 22 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt wurde, ist durch Beschluß des Bundesgerichtshofs, der am 27.2. verkündet wurde, rechtskräftig geworden. Damit will die bürgerliche Justiz ein Verfahren zum Abschluß bringen, mit dem ein unbequemer Rechtsanwalt zur Strecke gebracht werden soll, der in einer Vielzahl von Verfahren an der Seite der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung der bürgerlichen Klasse und ihrer Justiz mit allen ihm zu Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln entgegengetreten ist.

Die Anklage war bereits ein Lügengebäude. Weil die Polizei zwei Wahlstände des KBW zu den Bundestagswahlen 1976, in deren Nähe Rechtsanwalt Härdle stand, brutal räumte, klagte die Staatsanwaltschaft ihn wegen Landfriedensbruch in zwei Fällen und Körperverletzung eines Polizeibe-

Gerichtssaal nicht länger dulden! Wir brauchen andere Mittel, um diesen radikalen Verteidigern beizukommen!" Kurz darauf Richter Mattes offiziell: 6 Monate Freiheitsstrafe, 4000 DM Geldstrafe wegen Falschaussage.

Das Verfahren vor dem Landgericht war ein einziger Angriff auf Rechte der Verteidigung. Wegen „besonderer Bedeutung der Sache" wurden die Berufung gegen das Urteil des Amtsgerichts und die Anklage wegen Landfriedensbruchs zusammen verhandelt. Vom Gericht angeordnete Polizeieinsätze gegen Verteidiger und Zuhörer, Ordnungsstrafen, Wortentzug, willkürliche Beendigung von Zeugenvernehmungen, Beschimpfungen der Verteidiger, Vorenthaltung von Gerichtsbeschlüssen und willkürliche Anberaumung von Terminen waren nur Mittel, die Wahrheit aus dem Verfahren herauszuhalten. Am Ende hatte das Gericht doch nur den einen Satz eines Polizeibeamten: „Ich spürte einen Stoß

kratische Zusammenschlüsse, 315 Rechtsanwälte und Assessoren forderten die Einstellung des Verfahrens, die Presse, die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen und vor allem die Rechtsanwaltskammer Karlsruhe protestierten gegen die Eingriffe in Verteidigerrechte. Der Justizminister Baden-Württembergs mußte deshalb ein Gespräch mit dem Präsidenten der Rechtsanwaltskammer führen.

Die Verteidiger trugen auf mehr als 2000 Seiten die zahllosen Verfahrensfehler dieser Verurteilung zusammen. Die Bundesanwaltschaft brütete über ein Jahr an der Revision. Am 16.1.81 beantragte sie dann beim Bundesgerichtshof Verwerfung „wegen offensichtlicher Unbegründetheit". Der Bundesgerichtshof griff den Antrag in nie gekannter Eile auf. Die Revisionsschrift war sicher noch nicht einmal ganz gelesen, da war sie schon als „offensichtlich unbegründet" ohne mündliche Verhandlung verworfen.

Lernbedingungen an den Schulen im Interesse von Schülern, Eltern und Lehrern nachhaltig zu verbessern, noch den Nachholbedarf der Lehrer in Sachen Arbeitszeitverkürzung zu befriedigen ..."

geeigneter Weise deutlich abzuheben. Dabei sind die beiden Teile von Berlin – Berlin (West) und Berlin (Ost) – darzustellen." Das Kürzel ‚BRD' für Bundesrepublik Deutschland ist künftig nicht mehr im Unterrricht erlaubt.

band Berlin, „Friedenswochen" in den Schulen empfohlen und Materialien erarbeitet, die u.a. enthalten den Friedensvertragsvorschlag der Sowjetunion von 1952 an die Adenauerregierung und die westlichen Besatzermächte.

lup. Wer zum 26. Parteitag der KPdSU nach Moskau fuhr, „erwartete ganz selbstverständlich neue Friedensvorschläge", stellte UZ-Kommentator Hubert Reichel am vergangenen Freitag fest. Selbstverständlich. Klappern gehört zum Handwerk. Bei der Sowjetunion gehörten seit einem Vierteljahrhundert „Friedensinitiativen" stets zu Aggressionsakten und Entspannungsvorschläge zu Aufrüstungsmaßnahmen. Bis über beide Ohren hat sich die Sowjetunion in den letzten Jahren direkt und indirekt in Aggressionskriege in Kampuchea und Afghanistan verwickelt. In beiden Ländern ist nicht abzusehen, daß es gelingt, den Widerstand zu zerschlagen. Da war es hohe Zeit, eine neue „Friedensinitiative" zu starten. Über alles, selbst über Afghanistan, werde die Sowjetunion mit sich reden lassen, hat Breschnew erklärt. Freilich nur über dessen „internationale Aspekte" und nicht über seine „inneren Angelegenheiten". Eine „innere Angelegenheit" ist aber laut Breschnew die Okkupation Afghanistans durch sowjetische Truppen.

Es ist kein Geheimnis, daß die hegemonistische Politik der USA gerade unter Reagan die Widersprüche zwischen den USA und ihren westeuropäischen „Partnern" nicht gerade abge-
stumpft hat, und genausowenig, daß die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa nicht gerade auf allgemeine Zustimmung stößt. Dahinein ist der „neue Vorschlag" eines Moratoriums, also der zeitweisen Aussetzung weiterer Stationierung von Mittelstreckenraketen, plaziert. So neu ist dieser Vorschlag
freilich nicht, einen etwas weitergehenden Vorschlag hatte die Sowjetunion bereits 1979, kurz vor dem NATO-Beschluß, gemacht. Neu ist lediglich, daß die Sowjetunion inzwischen wohl 100 weitere Mittelstreckenraketen stationiert hat, mit denen sie direkt Ziele in Westeuropa erreichen kann, während die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen 1983 beginnen soll. Das ist die passende Zeit für einen Moratoriumsvorschlag der Sowjetunion. Prompt hat dieser Vorschlag zu unterschiedlichen Reaktionen selbst innerhalb der Bundesregierung geführt. Schmidt wollte „sorgfältig prüfen", Genscher hat gleich abgelehnt. Allerdings hat sich das Kabinett dann 2 Tage darauf gleich auf der Linie von Genschers Äußerung geeinigt. Auch Schmidt kann eben kein großes Interesse daran haben, die Diskussion über die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen zu forcieren. Die Spaltung der SPD über diese Frage ist bekannt.

Aber was spricht eigentlich dagegen, den Kampf gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa, gegen die Hegemonialpolitik der USA, mit dem Kampf gegen den Hegemonismus der Sowjetunion zu verbinden? Die Forderung nach Auflösung der NATO mit der Forderung nach Auflö-
sung des Warschauer Pakts? Die Unterstützung des Volkes von El Salvador mit der Unterstützung der Völker Kampucheas und Afghanistans?

Die Politik der Sowjetunion sei realistisch und berechenbar, schreibt die UZ. Berechenbar unbedingt. Aber realistisch? Die Völker können sie zum Scheitern bringen.

Das Urteil gegen Rechtsanwalt Härdle muß fallen
Bundesgerichtshof verwirft Revision im Eilverfahren / Verfassungsbeschwerde angekündigt

hws. Das Urteil des Landgerichts Heidelberg, durch das Rechtsanwalt Dr. Härdle, Heidelberg, zu 22 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt wurde, ist durch Beschluß des Bundesgerichtshofs, der am 27.2. verkündet wurde, rechtskräftig geworden. Damit will die bürgerliche Justiz ein Verfahren zum Abschluß bringen, mit dem ein unbequemer Rechtsanwalt zur Strecke gebracht werden soll, der in einer Vielzahl von Verfahren an der Seite der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung der bürgerlichen Klasse und ihrer Justiz mit allen ihm zu Verfügung stehenden rechtlichen Mitteln entgegengetreten ist.

Die Anklage war bereits ein Lügengebäude. Weil die Polizei zwei Wahlstände des KBW zu den Bundestagswahlen 1976, in deren Nähe Rechtsanwalt Härdle stand, brutal räumte, klagte die Staatsanwaltschaft ihn wegen Landfriedensbruch in zwei Fällen und Körperverletzung eines Polizeibe-
amten an. Weil er als Zeuge für einen Studenten entlastend ausgesagt hat, warf sie ihm Falschaussage vor.

Im Verfahren vor dem Amtsgericht wegen Falschaussage ließ Richter Mattes ungewollt über eine falsch geschaltete Lautsprecheranlage aus dem Beratungszimmer den Zweck des Verfahrens heraus: „Man kann die kommunistischen Reden dieses Menschen im
Gerichtssaal nicht länger dulden! Wir brauchen andere Mittel, um diesen radikalen Verteidigern beizukommen!" Kurz darauf Richter Mattes offiziell: 6 Monate Freiheitsstrafe, 4000 DM Geldstrafe wegen Falschaussage.

Das Verfahren vor dem Landgericht war ein einziger Angriff auf Rechte der Verteidigung. Wegen „besonderer Bedeutung der Sache" wurden die Berufung gegen das Urteil des Amtsgerichts und die Anklage wegen Landfriedensbruchs zusammen verhandelt. Vom Gericht angeordnete Polizeieinsätze gegen Verteidiger und Zuhörer, Ordnungsstrafen, Wortentzug, willkürliche Beendigung von Zeugenvernehmungen, Beschimpfungen der Verteidiger, Vorenthaltung von Gerichtsbeschlüssen und willkürliche Anberaumung von Terminen waren nur Mittel, die Wahrheit aus dem Verfahren herauszuhalten. Am Ende hatte das Gericht doch nur den einen Satz eines Polizeibeamten: „Ich spürte einen Stoß
im Rücken. Ich drehte mich um und sah außer Rechtsanwalt Härdle niemand. Er muß es gewesen sein." Und der war gelogen. Dem Gericht reichte er. Es verurteilte, wegen der gerichtsnotorisch rechtsfeindlichen Gesinnung des Angeklagten, zu 22 Monaten ohne Bewährung.

Das Verfahren stieß auf weiten Protest. Jugendzentren und andere demo-
kratische Zusammenschlüsse, 315 Rechtsanwälte und Assessoren forderten die Einstellung des Verfahrens, die Presse, die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen und vor allem die Rechtsanwaltskammer Karlsruhe protestierten gegen die Eingriffe in Verteidigerrechte. Der Justizminister Baden-Württembergs mußte deshalb ein Gespräch mit dem Präsidenten der Rechtsanwaltskammer führen.

Die Verteidiger trugen auf mehr als 2000 Seiten die zahllosen Verfahrensfehler dieser Verurteilung zusammen. Die Bundesanwaltschaft brütete über ein Jahr an der Revision. Am 16.1.81 beantragte sie dann beim Bundesgerichtshof Verwerfung „wegen offensichtlicher Unbegründetheit". Der Bundesgerichtshof griff den Antrag in nie gekannter Eile auf. Die Revisionsschrift war sicher noch nicht einmal ganz gelesen, da war sie schon als „offensichtlich unbegründet" ohne mündliche Verhandlung verworfen.

Dem Staatsapparat geht es jetzt um schnelle Vollstreckung. Rechtsanwalt Härdle soll hinter Schloß und Riegel. Dagegen wird er Verfassungsbeschwerde erheben. Ob das Ehrengericht der Rechtsanwaltskammer das Urteil einfach übernimmt und ihn aus der Anwaltschaft ausschließt, kann angesichts des Protestes der Anwaltskammer bezweifelt werden.

Am 7.3. Demonstration gegen §218 in Karlsruhe

erb. „Der Kampf geht weiter – Weg mit dem §218" ist das Motto des Aufrufs der Karlsruher Aktionseinheit für die volle Weiterfinanzierung von Pro Familia und ersatzlosen Streichung des §218, für eine Demonstration gegen den §218 am kommenden Samstag in Karlsruhe, Treffpunkt 10 Uhr 30 Uni Mensavorplatz. Verschiedene Frauengruppen, GIM, KL und der KBW sind Träger der Aktionseinheit, der sich noch Strobo-Initiative, Schülervertreter und voraussichtlich die Grüne Liste anschließen. Im Kampf gegen die Schließung von Pro Familia schärfte sich das Bewußtsein, erneut für die ersatzlose Streichung des §218 einzutreten, wofür im Januar über 130 Teilnehmer einer Veranstaltung der Aktionseinheit plädierten. Die Demonstration anläßlich des 6. Jahrestages des BVG-Urteils des §218 wird weit über Karlsruhe hinaus von Frauengruppen unterstützt. Die Stadtverwaltung versucht mit einem Verbot der Lautsprecheranlage, diese Demonstration zu unterdrücken. Im Hinblick auf den 1. Mai wird die Aktionseinheit eine Broschüre mit Erfahrungsberichten über die „Indikationslösung" erstellen.

Bundesanstalt für Arbeit beschließt Nachtragshaushalt

gkr. Am 24./25. Februar mußten sich Vorstand und Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit schon mit einem Nachtragshaushalt beschäftigen, nachdem sie vor gerade 2½ Monaten den ordentlichen Haushalt erst mit einiger Verspätung verabschiedet hatten. Vom Gesamtumfang von 23,8 Mrd. DM waren 10,6 Mrd. DM für Arbeitslosengeld vorgesehen. Jetzt soll es um etwa 10%, um 1,3 Mrd. DM, aufgestockt werden. Insgesamt soll der Nachtragshaushalt mindestens 2 Mrd. DM betragen, und der Bundeszuschuß muß sich dann um denselben Betrag erhöhen, denn die Einnahmen werden eher noch niedriger ausfallen. 200 Mio. DM sollen zusätzlich für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verwandt werden. Schon nach einem Monat der Laufzeit des Haushaltes mußte die Bundesanstalt erklären, die ursprünglich vorgesehenen 850 Mio. DM seien schon fast vollständig verplant.

Söldneranwerber für Namibia in Hamburg festgenommen

lup. Wegen Söldneranwerbung für Namibia wurde in Hamburg Anfang letzter Woche ein 43jähriger Mann festgenommen. Er ist vermutlich für Zeitungsinserate verantwortlich, in denen eine „Mannschaft für Südwest" gesucht wurde. Die Inserate warben offensichtlich für Söldnerbanden, die durch weiße Farmer in Namibia finanziert wurden. In der Wohnung wurden neben einer geladenen Pistole tausend Schuß Munition gefunden.

WDR-Redakteur auf Druck der Kirche entlassen

bep. Einem Redakteur des WDR wurde fristlos gekündigt, drei andere schriftlich abgemahnt. Anlaß war die letzte Life-Übertragung der inzwischen abgesetzten Jugend-Serie „Radiothek". Von der WDR-Leitung beanstandet wurden vor allem vier Beiträge, darunter drei Lieder der Berliner Gruppe „Drei Tornados": das „Razzia-Lied", das „Schwarzfahrer-Lied" und ein Lied über die Gottesmutter Maria; weiterhin ein Beitrag über den „Knast"-Alltag von Walter Mossmann. Diese Beiträge hätten gegen die im WDR geltenden Sendegrundsätze verstoßen. Vor dieser Entscheidung hatten Vertreter des Erzbistums Paderborn gegen die Sendung protestiert; vier katholische Pfarrgemeinden in Soest starteten eine Unterschriftensammlung gegen den WDR. Auf einer Redakteursversammlung des WDR verurteilten etwa 100 Redakteure einstimmig die Entlassung. Die Rundfunk-Fernseh-Film-Union im DGB hat Rechtsschutz angeboten und eine Unterschriftenaktion begonnen.

Friedenspolitisches Aktionsprogramm der Grünen

bep. Der Bundeshauptausschuß der Grünen Partei hat am 21./22.2. in Kassel ein friedenspolitisches Aktionsprogramm beschlossen. Elemente dieses Programms sind: Gegenhearing zur Tagung des NATO-Rates mit Militärfachleuten in den ersten Apriltagen in Bonn, Strafanzeige gegen die Bundesregierung wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges durch den Beschluß zur Stationierung der Mittelstreckenraketen, ein Friedens-Fest in Baden-Württemberg, ein europäischer „Alternativer-Produktionskongreß" im Herbst 1981, Schweigestunden in den Tagen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki (6. bis 9.8.). Verbreitet werden soll sowohl der von der DKP inspirierte „Krefelder Appell" gegen die Nachrüstung wie der Aufruf der Russell-Peace-Foundation für eine atomwaffenfreie Zone in Europa (nach taz).

Student der TU-Berlin in Israel verurteilt

ark. N. Irani, palästinensischer Student der TU-Berlin, ist jetzt in Israel zu 4 Jahren Gefängnis, davon zwei auf Bewährung, verurteilt worden. Die Anklageschrift warf ihm vor, „passives Mitglied" einer palästinensischen „Terrororganisation" zu sein (KVZ 3/81). Gegen einen zweiten Studenten hat der Prozeß am 26.2. begonnen. Mittlerweile hat sich auch die GEW-Berlin, deren Mitglied einer der beiden Angeklagten ist, für ihre sofortige Freilassung ausgesprochen und die Bundesregierung aufgefordert, entsprechende Schritte einzuleiten.

Westberlin: Eine Front gegen den bürgerlichen Staat schaffen

Programmdebatte in der Alternativen Liste / Wahlvorbereitungen der bürgerlichen Parteien

hae. Westberlin. Durch die Neubildung des Senats hat sich nichts daran geändert, daß von Seiten der Gewerkschaften und der demokratischen Bewegung der durch die Regierungskrise vergrößerte Spielraum für den Kampf um ihre Interessen genutzt wird. Die Regierung Vogel hat sich schon vor der Regierungserklärung bei der Verabschiedung eines Nachtragshaushalts den ersten größeren Krach mit ÖTV und GEW eingehandelt. Knapp eine Woche nach der Verabschiedung des Nachtragshaushalts gab es gleich zwei Demonstrationen: 800 Schüler demonstrierten für eine Verbesserung der Bedingungen der Schulausbildung, anschließend demonstrierten 4000 Menschen auf der GEW-Demonstration gegen den Nachtragshaushalt.

Für Anfang März hat die ÖTV angekündigt, daß sie erneut aufrufen wird zu einer Demonstration gegen die katastrophalen Bedingungen in den Kindertagesstätten, und sie hat auch klar gegen die Initiativen des Wirtschaftssenators Brunner (FDP), zur Privatisierung der Westberliner Eigenbetriebe, die Ausweitung der Eigenbetriebe gefordert und jede weitere Privatisierung zurückgewiesen.

Auf der Vertreterversammlung der IGM hat der 1. Bevollmächtigte Wagner angekündigt, daß die von Brunner verlangte ,,Ruhe an der Subventionsfront'' nicht eintreten würde, gerade weil in den letzten beiden Wochen wieder über 500 Entlassungen durch zwei Pleiten und eine Teilstillegung des Phillipps-Werkes in Westberlin angekündigt wurden. Der Senat müsse endlich die Forderungen der Gewerkschaften nach Auflagen bei Subventionen nachkommen. Vogel sagt in der Regierungserklärung hingegen deutlich, daß die Richtlinien der Stobbe-Zeit weiter Gültigkeit besitzen.

An der Schärfe der Konfrontation zwischen dem Senat und der demokratischen Bewegung hat sich überhaupt nichts geändert und Vogels Politik besteht darin, wo möglich zu den Wahlen zu lavieren, wie sich bei den Hausbesetzungen am deutlichsten zeigt.

Dies Lavieren macht er so, daß er der CDU den Schneid in jedem Punkt abgekauft hat. Von Seiten Vogels ist diese Politik auch ein Stück weit die Vorbereitung auf eine Situation nach den Wahlen, wo weder CDU noch SPD allein oder mit der FDP regieren könnten und so eine offizielle oder stillschweigende große Koalition bilden müßten.

Denn wenigstens für die FDP sieht die Lage trübe aus: Sie kann den Wahlkampf nicht wie 1979 ,,alternativ'' führen, nach den Ereignissen der letzten Monate. Die Bewegungen, die an bestimmten Punkten Front machen gegen den Staat, sind dazu zu weit fortgeschritten, um sie in ein liberales Konzept zwängen zu können. Daher fiel auf dem FDP-Parteitag in der letzten Woche der Versuch durch, durch Hereinnahme eines an einer Hausbesetzung beteiligten Jungdemokraten in den Landesvorstand ein solches Integrationskonzept anzupeilen. Es ist auch wirklich an der Zeit, die FDP aus dem Parlament zu entfernen.

In der SPD gelingt es Vogel gegenwärtig durchaus, die Widersprüche zwischen dem gewerkschaftlichen Flügel und der Regierungsriege in der SPD zu unterdrücken. Damit dies wenigstens bis zu den Wahlen gelingt, lautet das Rezept: mehr Vertreter des gewerkschaftlichen Flügels in den Parteivorstand, und Kommissar Glotz aus der Bonner Parteizentrale an die Spitze. Das Konzept ist nur halbwegs aufgegangen, weil die Führer der Gewerkschaften, wie z.B. H.Wagner von der IGM, dankend abgewunken haben.

Die CDU ist nach dem Volksbegehren nach und nach in die Defensive gekommen. Selbst den Vorgang, daß praktisch ein neuer Senat aus Bonn eingeflogen wurde, kann sie nicht ausschlachten, weil das Weizsäckersche Schattenkabinett auch ein Gutteil Größen aus Westdeutschland enthält. Hinzu kommt, daß Weizsäcker sich darauf versteift hatte, das CDU-Mitglied Kewenig als parteilosen Spezialisten zu präsentieren, was aber sofort auffolg. Ein weiterer Schlag ins Kontor der CDU ist, daß im Bezirk Charlottenburg, der von der CDU regiert wird, ein Fall von Veruntreuung von mehreren 100000 DM aufgedeckt worden ist.

Zu verhindern, daß die CDU oder die SPD die absolute Mehrheit im Parlament bekommen, zu erreichen, daß die FDP herausfliegt aus dem Parlament und daß die Alternative Liste im Parlament vertreten ist, ist so gesehen eine realistische Möglichkeit.

Die Alternative Liste wird nächste Woche über das Programm und die Kandidaten für die Abgeordnetenhauswahlen beraten und beschließen. Es ist möglich, daß sie ein Programm aufstellt, welches, wie 1979, im wesentlichen durch Aneinanderreihen der Forderungen und Interessen der in ihr locker zusammengeschlossenen demokratischen Bewegungen unterschiedlicher politischer Schattierungen entsteht. Einheit in der AL besteht, daß die parlamentarische Vertretung nur die Durchsetzung dieser Interessen unterstützen, nicht aber gewährleisten kann. Entscheidend sind die Kämpfe der Bewegungen selbst.

Daß dieses Programm nicht sehr schlagkräftig sein würde, obwohl es im wesentlichen gerechte Forderungen erhebt, wird von vielen ebenfalls gesehen. Daher gibt es auch Bestrebungen, eine Wahlerklärung zu formulieren, die die wichtigsten Forderungen der stattfindenden Kämpfe konzentriert und auf deren Durchsetzung orientiert. Der Regionalverband des KBW hat einen Vorschlag für ein solches Forderungsprogramm ausgearbeitet. In der Begründung für diesen Schritt heißt es: ,,So wie sich die Bewegung in den letzten Jahren entwickelt hat, ist es notwendig, daß ihre wesentlichen Forderungen auch zusammengefaßt gegenüber dem bürgerlichen Staat erhoben werden. Das dient der Einigung der Bewegung ... und es schafft die Voraussetzungen, die programmatischen Positionen weiter zu entwickeln. Wir wollen sie entwickeln, um eine Einheitsfront aufzubauen, in der die Arbeiterklasse die Führung hat, und deren Ziel der Sturz des Kapitalismus ist. Ein solches Programm zu entwickeln, wäre auch notwendig ohne die Wahlen ... Seine Durchsetzung kann nur durch den Kampf der demokratischen Zusammenschlüsse in der Stadt und der DGB-Gewerkschaften und in der Verbindung von beiden erfolgen.''


15000 demonstrierten am 7.2.81 gegen die Sanierungspolitik des Westberliner Senats, gegen die Verhaftungen und die Terrorurteile gegen Instandbesetzer.

Alternative Liste diskutiert über Friedenspolitik

die Ausweitung der Eigenbetriebe gefordert und jede weitere Privatisierung zurückgewiesen.

Auf der Vertreterversammlung der IGM hat der 1. Bevollmächtigte Wagner angekündigt, daß die von Brunner verlangte ,,Ruhe an der Subventionsfront'' nicht eintreten würde, gerade weil in den letzten beiden Wochen wieder über 500 Entlassungen durch zwei Pleiten und eine Teilstillegung des Phillipps-Werkes in Westberlin angekündigt wurden. Der Senat müsse endlich die Forderungen der Gewerkschaften nach Auflagen bei Subventionen nachkommen. Vogel sagt in der Regierungserklärung hingegen deutlich, daß die Richtlinien der Stobbe-Zeit weiter Gültigkeit besitzen.

An der Schärfe der Konfrontation zwischen dem Senat und der demokratischen Bewegung hat sich überhaupt nichts geändert und Vogels Politik besteht darin, wo möglich zu den Wahlen zu lavieren, wie sich bei den Hausbesetzungen am deutlichsten zeigt.

Dies Lavieren macht er so, daß er der CDU den Schneid in jedem Punkt abgekauft hat. Von Seiten Vogels ist diese Politik auch ein Stück weit die Vorbereitung auf eine Situation nach den Wahlen, wo weder CDU noch SPD allein oder mit der FDP regieren könnten und so eine offizielle oder stillschweigende große Koalition bilden müßten.

gen, weil die Führer der Gewerkschaften, wie z.B. H.Wagner von der IGM, dankend abgewunken haben.

Die CDU ist nach dem Volksbegehren nach und nach in die Defensive gekommen. Selbst den Vorgang, daß praktisch ein neuer Senat aus Bonn eingeflogen wurde, kann sie nicht ausschlachten, weil das Weizsäckersche Schattenkabinett auch ein Gutteil Größen aus Westdeutschland enthält. Hinzu kommt, daß Weizsäcker sich darauf versteift hatte, das CDU-Mitglied Kewenig als parteilosen Spezialisten zu präsentieren, was aber sofort auffolg. Ein weiterer Schlag ins Kontor der CDU ist, daß im Bezirk Charlottenburg, der von der CDU regiert wird, ein Fall von Veruntreuung von mehreren 100000 DM aufgedeckt worden ist.

Zu verhindern, daß die CDU oder die SPD die absolute Mehrheit im Parlament bekommen, zu erreichen, daß die FDP herausfliegt aus dem Parlament und daß die Alternative Liste im Parlament vertreten ist, ist so gesehen eine realistische Möglichkeit.

Die Alternative Liste wird nächste Woche über das Programm und die Kandidaten für die Abgeordnetenhauswahlen beraten und beschließen. Es ist möglich, daß sie ein Programm aufstellt, welches, wie 1979, im wesentlichen durch Aneinanderreihen der Forderungen und Interessen der in ihr

Entscheidend sind die Kämpfe der Bewegungen selbst.

Daß dieses Programm nicht sehr schlagkräftig sein würde, obwohl es im wesentlichen gerechte Forderungen erhebt, wird von vielen ebenfalls gesehen. Daher gibt es auch Bestrebungen, eine Wahlerklärung zu formulieren, die die wichtigsten Forderungen der stattfindenden Kämpfe konzentriert und auf deren Durchsetzung orientiert. Der Regionalverband des KBW hat einen Vorschlag für ein solches Forderungsprogramm ausgearbeitet. In der Begründung für diesen Schritt heißt es: ,,So wie sich die Bewegung in den letzten Jahren entwickelt hat, ist es notwendig, daß ihre wesentlichen Forderungen auch zusammengefaßt gegenüber dem bürgerlichen Staat erhoben werden. Das dient der Einigung der Bewegung ... und es schafft die Voraussetzungen, die programmatischen Positionen weiter zu entwickeln. Wir wollen sie entwickeln, um eine Einheitsfront aufzubauen, in der die Arbeiterklasse die Führung hat, und deren Ziel der Sturz des Kapitalismus ist. Ein solches Programm zu entwickeln, wäre auch notwendig ohne die Wahlen ... Seine Durchsetzung kann nur durch den Kampf der demokratischen Zusammenschlüsse in der Stadt und der DGB-Gewerkschaften und in der Verbindung von beiden erfolgen.''

Der Senat kann weitere Instandbesetzungen nicht verhindern

jüh. Westberlin. Eine der ersten Taten des neuen Regierenden Bürgermeisters Vogel Anfang Februar war die Einsetzung einer Kommission zu den Instandbesetzungen. Die Senatoren für Inneres, Justiz, Bau, Familie wurden vorgeschickt, um die ,,gesellschaftspolitischen Defizite'' und die ,,wachsenden Rechtsprobleme'' mittels geschickter Spaltpläne zu lösen. Wochen vor dieser Initiative war dem alten Senat ein ,,Vermittlungsausschuß'' baden gegangen, der die Bewegung unter Einstimmung auf die Verfassung und ,,Zwischennutzungsmodellen'' für die besetzten Häuser spalten sollte.

Worin bestehen die Lösungsvorschläge der eingesetzten Senatskommission? Als Kernpunkt der Sofortmaßnahmen zur ,,Überwindung von Fehlentwicklungen in der Sanierungs- und Modernisierungspolitik'' wurde die Umtitelung von 20 Mio. DM aus dem sozialen Wohnungsbau für Instandsetzungsmaßnahmen der Sanierungsträger beschlossen. 50 Häuser mit 1100 Wohnungen sollen damit instandgesetzt werden; soweit, daß sie wieder vermietbar sind. Erfüllung der Forderung der Bewegung nach Bezahlung der Instandsetzungsarbeiten? Es sind praktische Schritte des Senats zur Durchsetzung des von dem alten Senat unter Bausenator Ristock vorgelegten Mieter-Modernisierungsmodells und des Landesmodernisierungsprogramms. Ausdrück-

jüh. Westberlin. Eine der ersten Taten des neuen Regierenden Bürgermeisters Vogel Anfang Februar war die Einsetzung einer Kommission zu den Instandbesetzungen. Die Senatoren für Inneres, Justiz, Bau, Familie wurden vorgeschickt, um die ,,gesellschaftspolitischen Defizite'' und die ,,wachsenden Rechtsprobleme'' mittels geschickter Spaltpläne zu lösen. Wochen vor dieser Initiative war dem alten Senat ein ,,Vermittlungsausschuß'' baden gegangen, der die Bewegung unter Einstimmung auf die Verfassung und ,,Zwischennutzungsmodellen'' für die besetzten Häuser spalten sollte.

Worin bestehen die Lösungsvorschläge der eingesetzten Senatskommission? Als Kernpunkt der Sofortmaßnahmen zur ,,Überwindung von Fehlentwicklungen in der Sanierungs- und Modernisierungspolitik'' wurde die Umtitelung von 20 Mio. DM aus dem sozialen Wohnungsbau für Instandsetzungsmaßnahmen der Sanierungsträger beschlossen. 50 Häuser mit 1100 Wohnungen sollen damit instandgesetzt werden; soweit, daß sie wieder vermietbar sind. Erfüllung der Forderung der Bewegung nach Bezahlung der Instandsetzungsarbeiten? Es sind praktische Schritte des Senats zur Durchsetzung des von dem alten Senat unter Bausenator Ristock vorgelegten Mieter-Modernisierungsmodells und des Landesmodernisierungsprogramms. Ausdrück-
lich sollen die 20 Mio. DM nicht den besetzten Häusern zur Verfügung gestellt werden. Dennoch ist dieser Beschluß aufgrund von Druck der Instandbesetzerbewegung zustandegekommen

Nach der Mieter-Mustervereinbarung des alten Senats soll der Mieter einen einmaligen Zuschuß zu seinen Baukosten erhalten, die Grundmodernisierung und die Instandsetzung des Eigentums des Hausbesitzers weiter gefördert werden. Der Eigentümer muß dem ganzen zustimmen. Die Erfahrungen mit dem ZIP-Programm, Vorläufer des Landesmodernisierungsprogramms, zeigen, daß bei Finanzierung der gesamten Baukosten 60% auf Instandsetzung, nur 40% auf Modernisierung entfallen. Die 40% der Baukosten wälzt der Eigentümer auf die Miete ab, während die 60% aus Steuermitteln finanziert werden. Erhält der Mieter z.B. für den Einbau einer Dusche 5000 DM, kann der Hausbesitzer diesen Einbau zwar nicht als Verbesserung des Wohnwerts der Wohnung anrechnen und entsprechend mehr Miete verlangen, dieser ,,Mehrerwartungs-Verlust'' wird ihm aber durch abermalige staatliche Förderung ersetzt. Die bisher unterlassenen Instandsetzungen des Eigentümers werden demnach vollständig von den Mietern oder aus staatlichen Zuschüssen bezahlt. Mit dem 20 Mio. DM-Beschluß werden den Sanierungsträgern indirekt über Steuern wie bei den bestehenden staatlichen Sanierungskonzepten ihre unterlassenen Instandsetzungen bezahlt.

Die Mieterinitiativen haben gegen den 20 Mio.-Beschluß Stellung genommen, weil der nicht den Forderungen der Bewegung nachkommt und den Sanierungsträgern nur weitere staatliche Gelder zuschiebt. Am Donnerstag fand eine Aktion gegen den Senatsbeschluß statt. Die Eingangstür der Wohnungsbaukreditanstalt wurde mit einer Abrißkugel mit der Aufschrift 20 Mio. DM blockiert. In einem Flugblatt wurde der Senat zur Legalisierung der Instandbesetzungen und zur Rücknahme der Sa-



nierungsträgern nur weitere staatliche Gelder zuschiebt. Am Donnerstag fand eine Aktion gegen den Senatsbeschluß statt. Die Eingangstür der Wohnungsbaukreditanstalt wurde mit einer Abrißkugel mit der Aufschrift 20 Mio. DM blockiert. In einem Flugblatt wurde der Senat zur Legalisierung der Instandbesetzungen und zur Rücknahme der Sa-



nierungsprogramme aufgefordert (siehe Foto). Bis letzten Freitag waren 98 Häuser besetzt, einige Gewerkschaftsgliederungen haben ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht. 15000 demonstrierten vor 3 Wochen erneut gegen die Inhaftierung von Instandbesetzern.

Der neue Senat hatte durch politische Ausrichtung der Gerichte versucht, größtmöglichen Spaltungsdruck auszuüben. Einerseits wurden Terrorurteile gegen Demonstranten von 18 bzw. 24 Monaten ohne Bewährung vollstreckt. Bei anderen Instandbesetzern, bei denen eher ,,Einsicht in friedliches Verhalten'' vermutet werden konnte, wurden niedrigere Strafen zur Bewährung ausgesetzt. Damit soll der ,,militante'' Kern der Bewegung herausgespalten werden. Gegen die Verhängung schwerer Haftstrafen gibt es auch aus den Gewerkschaften Kritik. Diese Kritik ging bis in die Reihen der Richter in der ÖTV. Selbst als konservativ bekannte Radiokommentatoren stellten sich gegen die Urteile. Gegenwärtig taktieren die Gerichte deshalb vorsichtiger. Die letzten Urteile sind allesamt auf Bewährung ausgesetzt worden. Insgesamt kann man feststellen, daß die politischen Initiativen des neuen Senats gegen die Instandbesetzer nicht greifen. Dennoch ist Fortschritt seitens der Bewegung nötig. Durchführung eines Tribunals, auf dem sich der Senat zur Wohnungslage und zu den Forderungen der Instandbesetzer und der Mieterinitiativen äußern muß, könnte in dieser Lage einen ganzen Schritt nach vorne bedeuten.

Alternative Liste diskutiert über Friedenspolitik

BRD raus aus der NATO / Auflösung von NATO und Warschauer Pakt / Friedensvertrag

rek. Westberlin. Die Debatte über ein Wahlprogramm der Alternativen Liste läuft. Neben den Bezirksgruppen, in denen die vielfältigsten Fragen erörtert werden, gibt es Bereichs- und Bezirksgruppen zu Themen wie: Wirtschaft, Wohnen und Miete, Schule, Ausländer, Gesundheit etc. In der Arbeitsgruppe für Berlin- und Friedenspolitik wird zur Zeit diskutiert, welchen Beitrag die AL im Wahlprogramm leisten kann, um der drohenden Kriegsgefahr entgegenzutreten.

Die diversen Diskussionspapiere hatten gemeinsam die Forderungen: Rücknahme des NATO-Nachrüstungsbeschlusses / Keine Stationierung von Neutronenbomben in Europa; BRD raus aus der NATO und Schaffung eines blockfreien und atomfreien Europa. Die Mehrheit der Diskussionsteilnehmer sprach sich zusätzlich für die Forderung nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt aus.

Breiten Raum nahm die Diskussion um die Bedeutung von Abrüstungsforderungen ein. Einige vertraten, daß es darum ginge, neues Ungleichgewicht zu verhindern und damit ein weiteres Wettrüsten. Ursache der Kriegsgefahr wurde im Auf- und Weiterrüsten gesehen. Diese Genossen beharrten auf einer militärstrategischen Debatte, die klären sollte, wer wem jeweils vorangerüstet hätte, quantitativ, qualitativ. (Die Position, die Sowjetunion sei Opfer der westlichen Aufrüstung, habe bereits diverse Abrüstungsvorschläge gemacht und sei stets an der NATO gescheitert, war total isloliert.) Dagegen formierte sich die richtige Position ziemlich breit: Nicht das Rüstungspotential ist Ursache der Kriegsgefahr, sondern wir haben es mit zwei aggressiven Supermächten zu tun, die ihre Rivalität um die Weltherrschaft im wesentlichen auf Europa konzentrieren; gegen beide gilt es eine Front aufzubauen. Verwiesen wurde häufig auf die Initiative der Russell Peace Foundation: ,,*Es geht nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen und militärischen Führern des Ostens und des Westens. Schuld trifft beide Kontrahenten gleichermaßen. Beide haben eine drohende Haltung augenommen und in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionsakte begangen. Es liegt bei uns, dagegen etwas zu tun. Wir müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, das gesamte Territorium Europas, von Polen bis Portugal von atomaren Waffen, von Luft- und U-Boot-Stützpunkten und von allen Einrichtungen freizumachen, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind. Wir fordern die Supermächte auf, sämtliche Atomwaffen von europäischem Boden abzuziehen.'' (siehe KVZ 9/81)*

Die Sorge, daß mit dieser Position ein Teil der Friedensbewegung abgespalten würde, spielte nur eine geringe Rolle. Auf den Krefelder Aufruf, der nur einen Angriff auf die NATO formuliert, bezog sich keiner. In einem vorliegenden Papier hieß es unwidersprochen: ,,*Da wir gegenwärtig ein AL-Wahlprogramm diskutieren, wo die SEW sich aus der Diskussion bereits selbst herauskatapultierte, besteht doch überhaupt kein Anlaß, auf ihre Position Rücksicht zu nehmen. Was not tut in der Friedensbewegung ist eine offene Diskussion mit der DKP/SEW, in der diese offen ihre These von der Friedenspolitik der Sowjetunion vertritt. Wenn sie danach noch weiter mitdemonstrieren will gegen den NATO-,,Nach''-rüstungsbeschluß, dann soll sie dieses tun, aber wir sollten uns von ihr nicht die Politik vorschreiben lassen.''*

Noch zu kurz gekommen ist die Debatte um die konkrete Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages, obwohl er in allen Papieren als zu erhebende Forderung enthalten ist. Was letztlich durch das Programmseminar am nächsten Wochenende in das Wahlprogramm aufgenommen wird, ist nicht ausgemacht. Ziemlich sicher ist, daß die Forderungen ,Austritt aus der NATO', ,Auflösung von NATO und Warschauer Pakt' und ,Schaffung eines blockfreien Europa als atomfreie Zone (konkret gerichtet gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß und die sowjetische Mittelstreckenrakete SS20) ihren Platz finden werden. Zu überlegen ist, wie man in diese Richtung dem Westberliner Senat bestimmte Initiativen aufdrängen kann. Der KBW hat dazu der AL zur Aufnahme in ihr Wahlprogramm vorgeschlagen: *Das Abgeordnetenhaus soll den Senat von Westberlin beauftragen, eine Initiative für die Einberufung einer Friedenskonferenz über Deutschland unter Federführung der UNO nach Berlin einzuberufen. Das Ziel ist der Abschluß eines Friedensvertrages der Siegermächte des 2. Weltkrieges mit den beiden deutschen Staaten und Westberlin, der den Abzug aller Besatzungstruppen und die Auflösung ihrer Stützpunkte auf deutschem Boden, insbesondere auch auf Westberliner Territorium sichert.*

Besuch im Demokratischen Kampuchea (II)

Kampf gegen Hunger und Krankheit / Besuch in einem Krankenhaus

Wir setzen hier den Reisebericht über einen Besuch im Demokratischen Kampuchea fort, der in der Ausgabe 9 der KVZ vom 23. Februar begonnen wurde. Dort ging es vor allem um den Aufbau der politischen Strukturen in den Gebieten unter der Kontrolle der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Eine weitere Fortsetzung des Reiseberichts folgt. (Red.)

jon. Man könnte meinen, der wirkliche Krieg sei weit, wenn da nicht gelegentlich das Rollen von Artilleriefeuer von der 20 km entfernten Front zu hören wäre. Vor allem aber werden wir in den ersten Tagen unseres Aufenthalts mit den Folgen der vietnamesischen Besatzung konfrontiert.

Einige der internationalen Hilfsorganisationen behaupten, die Nahrungsmittelversorgung vor allem im Innern Kampucheas habe sich soweit „normalisiert", daß sie ihre Hilfslieferungen an der thailändischen Grenze einschränken oder sogar einstellen könnten. Sie bereiten damit sehenden Auges ein neues Massensterben vor.

Die Flüchtlinge in den thailändischen Lagern sind vollständig auf die Nahrungsmittelhilfe angewiesen, in den waldreichen Grenzgebieten, die wir besuchten, zu 60 – 70%. Im Innern des Landes scheint die Lage dort am besten zu sein, wo Reis gebaut wird und wo die Truppen des Demokratischen Kampuchea die Plünderungen der Vietnamesen verhindern. Nach allen Berichten, die wir hörten, ist die Lage dort am schlimmsten, wo die Besatzer ihre Truppen aus dem Land leben lassen können. Sie rauben die Ernte auf dem Halm und „besteuern" wegelagerermäßig jeden Lebensmitteltransport von der thailändischen Grenze. Die „Normalisierung" scheint darin zu bestehen, daß es den Besatzern nicht mehr gelingt, ungehindert zu rauben.

In den von uns besuchten Dörfern versuchten fast alle Familien, die drückende Abhängigkeit von fremder Hilfe nicht nur durch Feldbau, sondern auch durch handwerkliche Tätigkeit zu mildern. Wir sahen Korbflechter, Weber, Schneider, Schreiner, eine Schmiede. Überall qualmen Kohlenmeiler, die Holzkohle sowohl für den Hausbrand wie für den Export nach Thailand produzieren. Die Schmiede in Chamcar Chek, ein kleiner Kollektivbetrieb von sechs Familien, schlachtet Kriegsgut, zerstörte vietnamesische Kraftwagen, aus und stellt vor allem Beile und Messer für die Wald- und Holzarbeit her. Alle anderen Rohstoffe außer Holz fehlen häufig, und für die Bearbeitung des Holzes fehlen oft die Werkzeuge. Landwirtschaft wie Handwerk werden ausschließlich auf Familienbasis betrieben. Auch die wenigen Handwerkskollektive haben sich ohne jede Einmischung des Staates gebildet. Das entspreche nicht nur den wirtschaftlichen Gegebenheiten in diesen neuen Dörfern, sondern auch grundsätzlich der neuen strategischen Politik, die alle sozialistischen Versuche in der jetzigen Phase verbiete, wird uns erklärt. Innerhalb der Dörfer wird zumeist auf Tauschbasis gehandelt, im Verkehr mit Thailand in thailändischen Baht. Bisher habe man noch keine Probleme mit einem Schwarzmarkt gehabt, wie er auf der anderen Seite der Grenze blüht. Der Schreiner, der in Phnoum Thai mit seinen beiden Söhnen acht Tage an einem kunstvoll gearbeiteten Bett aus wertvollem Holz arbeitet, bekommt dafür, umgerechnet, rund 80 DM. Er kauft sich davon Kleider und Werkzeug. Warum keine Lebensmittel? Die sind auf dem schwarzen Markt, der sich auf thailändischer Seite aus dem Flüchtlingselend nährt, nicht zu bezahlen.

Übriggeblieben sind im Massensterben des Jahres 1979 die jüngeren, kräftigeren Leute. Die meisten Alten und 90% der Säuglinge und Kleinkinder überlebten Flucht und Hunger nicht. Die Sterberate bei Neugeborenen lag bis in das vorige Jahr hinein ebenfalls bei 90%. Vor allem bei Kindern kann man bis jetzt krankhaft aufgeblähte Bäuche und braun verfärbtes Haar sehen, Zeichen von Unterernährung. Die Geburtenrate aber ist jetzt hoch. Im Krankenhaus von Chamcar Chek, das für eine Bevölkerung von 8000 zuständig ist, kommen jeden Monat rund 20 Kinder zur Welt, von denen aber immer noch zwei bis drei sterben. Das Gewicht bei der Geburt liegt zwischen 1,5 und 2 kg. Überhaupt sagt die Statistik dieses Krankenhauses einiges über die Auswirkungen aus, die die vietnamesische Besatzung auf das kampucheanische Volk hat: In der letzten Regenzeit lag die Zahl der Aufnahmen pro Monat bei 700 bis 800 Patienten, also knapp 10% der Bevölkerung. Davon litten 85% an Malaria. Jetzt in der Trockenzeit sind die Aufnahmen auf monatlich 400 bis 500 gesunken, von denen 40 – 50% an Malaria leiden. Die nächst häufigen Krankheiten sind Darm- und Typhuskrankheiten und TBC.

Das Krankenhaus, ein großes Quadrat aus langgestreckten Hütten, das eigentlich bis zu einer Kapazität von 1000 Patienten ausgebaut werden sollte, wurde direkt an der Grenze vom Internationalen Roten Kreuz und der Regierung des Demokratischen Kampuchea gemeinsam errichtet. Der leitende Arzt, Dr. Map, hat in Phnom Penh studiert, seine beiden Kollegen haben keine abgeschlossene medizinische Ausbildung. Im Krankenhaus arbeiten 30 hauptamtliche Schwestern. Daneben gibt es 190 Hilfskräfte, die zum Teil ausgebildet werden, zum Teil die ambulante Behandlung in den Dörfern wahrnehmen. Außerdem wird das Krankenhaus täglich von einem Rot-Kreuz-Team besucht, das aus Thailand kommt. Bis November 1980 verbesserte sich dank dieser relativ guten Versorgung der Gesundheitszustand der Bevölkerung stetig. Dann änderte das Rote Kreuz seine Politik. Zunächst stellte das Ärzteteam seine Besuche in den Dörfern ein und gefährdete dadurch zahlreiche Kranke, die einer ständigen Überwachung bedurften und die sich teilweise wegen der guten medizinischen Versorgung dort niedergelassen hatten. Dann wurde die Medikamentenversorgung des Krankenhauses zusammengestrichen. Er erhalte jetzt nur noch 20% des Medikamentenbedarfs, sagte Dr. Map. Mindestens acht Patienten seien wegen der Medikamentenkürzung gestorben. Die Erklärungen seien wechselnd. Mal wird gesagt, es fehle an Geld, mal heißt es: „Schicken Sie doch die Schwerkranken nach Phnom Penh!" Mal wird einfach einem hochfiebernden Malariakranken Aspirin gegeben statt Chinin und der notwendigen Antibiotika. Chinin, Tetracyclin und Hydrocortison fehlen am dringendsten.

(wird fortgesetzt)

Spendenkonto Demokratisches Kampuchea

Frankfurter Volksbank eG, Mainzer Landstraße 150, Kto.-Nr. 01 / 27132-6
KBW *Spendenkonto Kampuchea*



Ein Transporttrupp befördert Waffen und Nahrungsmittel an die Front

Breschnew auf dem XXVI. Parteitag
Zur Außenpolitik der KPdSU

Verhältnis zu den Verbündeten
Wir wissen zum Beispiel, wie geschickt die Arbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Betriebe in Ungarn organisiert ist und welche wertvollen Erfahrungen es bei der Rationalisierung der Produktion und bei der Einsparung von Energie, Rohstoffen und Materialien in der DDR gibt. Viel Interessantes und Wertvolles gibt es im System der sozialen Fürsorge in der Tschechoslowakei. In Bulgarien und in mehreren

und andere Rohstoffe sowie für Industrieerzeugnisse, die die RGW-Länder einander liefern. (...)
Wir alle sind daran interessiert, daß der sozialistische Markt imstande ist, die wachsenden Bedürfnisse der Länder unserer Gemeinschaft zu befriedigen. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten werden gegenseitig ergänzt, und der Nutzen daraus wird nicht nur an kommerziellen Vorteilen gemessen. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert ein

Attacken des Gegners jedoch stets kühn entgegengetreten und haben gesiegt. So war es und so wird es sein. Niemand sollte an unserer gemeinsamen Entschlossenheit zweifeln, unsere Interessen zu sichern und die sozialistischen Errungenschaften der Völker zu verteidigen! (...)
Kritik an Kommunistischen Parteien Europas
Vor nicht allzu langer Zeit haben die Führungen einiger kommunistischer Parteien energisch das Recht auf die nationale Spezifik der Wege und Formen des Kampfes für den Sozialismus und den sozialistischen Aufbau verfochten. Wenn man die Frage allerdings unvoreingenommen betrachtet, dann muß man zugeben, daß niemand ei-

verfälscht und damit gewollt oder ungewollt der imperialistischen Propaganda, dem Klassenfeind dient.
Unsere Partei geht davon aus, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommunisten überwindbar sind, solange es sich natürlich nicht um prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zwischen Revolutionären und Reformisten, zwischen schöpferischem Marxismus und dogmatischem Sektierertum sowie linksradikalem Abenteurertum handelt.
In dieser Frage kann es natürlich keine Kompromisse geben – heute ebensowenig wie zu Zeiten Lenins. (...)
Entspannung und Verhältnis zu den USA

Sinn der Vorschläge, die unlängst von der Sowjetunion unterbreitet wurden.
Diese Initiative hat in der Welt breite Unterstützung gefunden, darunter auch bei einer Reihe von Staaten des Persischen Golfes. Allerdings fanden sich Gegner des sowjetischen Vorschlags – es ist unschwer zu erraten, in wessen Lager. Wir möchten der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Regierungen der USA und der anderen NATO-Länder ruhig und unvoreingenommen über diese ganze Frage nachdenken, damit man gemeinsam nach einer für alle annehmbaren Lösung suchen kann. (...)
Es wäre ein Ausdruck echter, staatsmännischer Weisheit, nicht zu versuchen, das bestehende Gleichgewicht zu zerstören, und

ben lassen können. Sie rauben die Ernte auf dem Halm und „besteuern" wegelagerermäßig jeden Lebensmitteltransport von der thailändischen Grenze. Die „Normalisierung" scheint darin zu bestehen, daß es den Besatzern nicht mehr gelingt, ungehindert zu rauben.
In den von uns besuchten Dörfern versuchten fast alle Familien, die drückende Abhängigkeit von fremder Hilfe nicht nur durch Feldbau, sondern auch durch handwerkliche Tätigkeit zu mildern. Wir sahen Korbflechter, Weber, Schneider, Schreiner, eine Schmiede. Überall qualmen Kohlenmeiler, die Holzkohle sowohl für den



Ein Transporttrupp befördert Waffen und Nahrungsmittel an die Front

lassen hatten. Dann wurde die Medikamentenversorgung des Krankenhauses zusammengestrichen. Er erhalte jetzt nur noch 20% des Medikamentenbedarfs, sagte Dr. Map. Mindestens acht Patienten seien wegen der Medikamentenkürzung gestorben. Die Erklärungen seien wechselnd. Mal wird gesagt, es fehle an Geld, mal heißt es: „Schicken Sie doch die Schwerkranken nach Phnom Penh!" Mal wird einfach einem hochfiebernden Malariakranken Aspirin gegeben statt Chinin und der notwendigen Antibiotika. Chinin, Tetracyclin und Hydrocortison fehlen am dringendsten.
(wird fortgesetzt)

Breschnew auf dem XXVI. Parteitag
Zur Außenpolitik der KPdSU

Verhältnis zu den Verbündeten

Wir wissen zum Beispiel, wie geschickt die Arbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Betriebe in Ungarn organisiert ist und welche wertvollen Erfahrungen es bei der Rationalisierung der Produktion und bei der Einsparung von Energie, Rohstoffen und Materialien in der DDR gibt. Viel Interessantes und Wertvolles gibt es im System der sozialen Fürsorge in der Tschechoslowakei. In Bulgarien und in mehreren anderen sozialistischen Ländern Europas hat man nutzbringende Formen der Agrar-Industrie-Kooperation gefunden. (...)

Die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der RGW-Länder für den Zeitraum 1981 bis 1985 steht vor dem Abschluß. (...)

Das Leben selbst stellt die Aufgabe, die Plankoordinierung durch die Abstimmung der Wirtschaftspolitik insgesamt zu ergänzen. Auf der Tagesordnung stehen auch solche Fragen, wie die Annäherung der Strukturen der Wirtschaftsmechanismen, die weitere Entwicklung der direkten Verbindungen zwischen den Ministerien, Vereinigungen und Betrieben, die in die Kooperation einbezogen sind, sowie die Schaffung von gemeinsamen Unternehmen. Es sind auch andere Formen möglich, um unsere Anstrengungen und Ressourcen zu vereinigen.

Wie Sie sehen, Genossen, gibt es hier viele neue, große Probleme. Es wäre vielleicht nützlich, wenn die führenden Politiker der Bruderländer sie in naher Zukunft kollektiv erörtern würden.

Die Sowjetunion, wie auch ihre sozialistischen Partner, streben natürlich danach, daß die Beziehungen in jeder Hinsicht vorteilhaft sind. (...)

Es ist heute unvorstellbar, daß sich irgendein sozialistisches Land ohne die Beziehungen zu den anderen Bruderländern stabil entwickelt und solche Probleme löst, wie die Energie- und Rohstoffversorgung und die Einführung der neuesten Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik.

Die Probleme, die bei unserer Zusammenarbeit auftreten, lösen wir gemeinsam. Wir suchen nach Wegen zu einer richtigeren Verbindung der Interessen der einzelnen Bruderländer und der gemeinsamen Interessen. Das gilt beispielsweise für die Festlegung von Vorzugspreisen für Erdöl, Erdgas und andere Rohstoffe sowie für Industrieerzeugnisse, die die RGW-Länder einander liefern. (...)

Wir alle sind daran interessiert, daß der sozialistische Markt imstande ist, die wachsenden Bedürfnisse der Länder unserer Gemeinschaft zu befriedigen. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten werden gegenseitig ergänzt, und der Nutzen daraus wird nicht nur an kommerziellen Vorteilen gemessen. Die Lösung dieser Aufgabe erfordert ein verantwortungsbewußtes Herangehen der leitenden Wirtschaftskader, der Parteifunktionäre sowie ein tiefes Verständnis für die untrennbare Gemeinsamkeit der Interessen der Bruderländer. (...)

Die Lage in Polen

Die Ereignisse der letzten Zeit bestätigen immer wieder: Unsere Klassengegner lernen aus ihren Niederlagen. Sie gehen gegen die sozialistischen Staaten immer raffinierter und heimtückischer vor.

Dort jedoch, wo zu den subversiven Aktivitäten des Imperialismus noch Fehler und Fehleinschätzungen in der Innenpolitik hinzukommen, entsteht der Boden für eine Aktivierung der dem Sozialismus feindlich gesinnten Elemente. Das war im Bruderland Polen der Fall, wo die Gegner des Sozialismus mit Unterstützung von außen durch Stiftung von Anarchie bestrebt sind, die Entwicklung in eine konterrevolutionäre Bahn zu lenken. Wie auf dem jüngsten Plenum des ZK der PVAP festgestellt wurde, ist in Polen eine Gefahr für die Grundlagen des sozialistischen Staates entstanden. (...)

Eine bedeutende politische Unterstützung für das sozialistische Polen war das Treffen der führenden Persönlichkeiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Dezember vergangenen Jahres in Moskau.

Dieses Treffen hat deutlich gezeigt: Die polnischen Kommunisten, die polnische Arbeiterklasse, die Werktätigen dieses Landes können sich fest auf ihre Freunde und Verbündeten verlassen; wir werden das sozialistische Polen, das brüderliche Polen nicht im Stich lassen, werden nicht zulassen, daß Polen beleidigt wird! (...)

Die Geschichte des Weltsozialismus kennt Prüfungen jeglicher Art. Es gab in ihrem Verlauf komplizierte wie auch krisenhafte Momente. Die Kommunisten sind den Attacken des Gegners jedoch stets kühn entgegengetreten und haben gesiegt. So war es und so wird es sein. Niemand sollte an unserer gemeinsamen Entschlossenheit zweifeln, unsere Interessen zu sichern und die sozialistischen Errungenschaften der Völker zu verteidigen! (...)

Kritik an Kommunistischen Parteien Europas

Vor nicht allzu langer Zeit haben die Führungen einiger kommunistischer Parteien energisch das Recht auf die nationale Spezifik der Wege und Formen des Kampfes für den Sozialismus und den sozialistischen Aufbau verfochten. Wenn man die Frage allerdings unvoreingenommen betrachtet, dann muß man zugeben, daß niemand einem anderen irgendwelche Schablonen und Schemata aufzwingt, die die Besonderheiten dieses oder jenes Landes ignorieren. (...)



Militärparade im Plenarsaal – der Kongreß fing am „Tag der Sowjetarmee" an.

Über irgendeine „Gleichschaltung" reden und die kommunistischen Parteien entsprechend der Anerkennung oder Nichtanerkennung der von ihnen gewählten Wege zur Umgestaltung der Gesellschaft einander gegenüberstellen, kann man meiner Ansicht nach nur, wenn man die realen Tatsachen ignoriert. (...)

Kameradschaftlicher und konstruktiver Kritik gegenüber sind wir sehr aufgeschlossen. Aber wir sind entschieden gegen solche „Kritik", die die sozialistische Wirklichkeit verfälscht und damit gewollt oder ungewollt der imperialistischen Propaganda, dem Klassenfeind dient.

Unsere Partei geht davon aus, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommunisten überwindbar sind, solange es sich natürlich nicht um prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zwischen Revolutionären und Reformisten, zwischen schöpferischem Marxismus und dogmatischem Sektierertum sowie linksradikalem Abenteurertum handelt.

In dieser Frage kann es natürlich keine Kompromisse geben – heute ebensowenig wie zu Zeiten Lenins. (...)

Entspannung und Verhältnis zu den USA

Nein, wir haben ganz andere Auffassungen, wie der Friede in der Region des Persischen Golfes und an dessen Zugängen wirklich gesichert werden kann. Anstatt dort immer neue große Flotten- und Luftverbände, Truppen und Waffen zusammenzuziehen, schlagen wir vor, durch Abschluß eines internationalen Abkommens die Kriegsgefahr in dieser Region zu bannen. Durch gemeinsame Anstrengungen, unter Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Seiten kann man in dieser Region eine Atmosphäre der Stabilität und Ruhe schaffen. Man kann die souveränen Rechte der Staaten der Region und die Sicherheit der See- und anderen Verkehrswege, die sie mit der übrigen Welt verbinden, garantieren. Das ist der Sinn der Vorschläge, die unlängst von der Sowjetunion unterbreitet wurden.

Diese Initiative hat in der Welt breite Unterstützung gefunden, darunter auch bei einer Reihe von Staaten des Persischen Golfes. Allerdings fanden sich Gegner des sowjetischen Vorschlags – es ist unschwer zu erraten, in wessen Lager. Wir möchten der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Regierungen der USA und der anderen NATO-Länder ruhig und unvoreingenommen über diese ganze Frage nachdenken, damit man gemeinsam nach einer für alle annehmbaren Lösung suchen kann. (...)

Es wäre ein Ausdruck echter, staatsmännischer Weisheit, nicht zu versuchen, das bestehende Gleichgewicht zu zerstören, und nicht eine neue, noch kostspieligere und gefährlichere Runde des Wettrüstens anderen aufzuzwingen. Dazu wäre es allerdings längst an der Zeit, das morsche Gespenst der „sowjetischen Bedrohung" aus der seriösen Politik zu verbannen. (...)

Den USA – wie allen anderen Ländern der Welt – droht tatsächlich die Gefahr eines Krieges. Ihre Quelle jedoch ist nicht die Sowjetunion, nicht ihre erfundene Überlegenheit, sondern das Wettrüsten selbst, das die Spannungen in der Welt aufrechterhält. Wir sind bereit, gegen diese echte und nicht eingebildete Gefahr zu kämpfen, Hand in Hand mit den USA, mit den europäischen Staaten, mit allen Ländern unseres Planeten. Der Versuch, einander im Wettrüsten zu übertreffen und auf den Sieg in einem Kernwaffenkrieg zu rechnen, ist gefährlicher Wahnsinn.

Es ist allgemein anerkannt, daß die internationale Lage in vielem von der Politik der UdSSR und der USA abhängt. Der Stand der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA zum gegenwärtigen Zeitpunkt sowie die Schärfe der internationalen Probleme, die eine Lösung erfordern, diktieren unserer Ansicht nach die Notwendigkeit, den Dialog auf allen Ebenen zu führen, und zwar einen aktiven Dialog. Wir sind zum Dialog bereit. (...)

Eines muß klar sein: Die Stationierung von gegen die UdSSR und ihre Verbündeten gerichteten neuen amerikanischen Raketen in der BRD, in Italien, Großbritannien, den Niederlanden oder Belgien kann nicht ohne Auswirkungen auf unsere Beziehungen zu diesen Ländern bleiben, ganz zu schweigen von dem Schaden, der ihrer Sicherheit selbst zugefügt wird. Die Regierungen und Parlamente dieser Länder haben also allen Grund, diese ganze Frage immer wieder abzuwägen. (...)

(Neues Deutschland, 24.2. – Zwischenüberschriften von uns)

Italien: Zwei Volksabstimmungen zum Abtreibungsgesetz

mah. Anfang Mai werden in Italien zwei Volksabstimmungen über das Abtreibungsgesetz 194 (1978) stattfinden: Von der Radikalen Partei und von der katholischen „Bewegung für das Leben". Gegen *beide*, also auch gegen „die völlige Liberalisierung der Abtreibung" in den ersten 90 Tagen (Radikale), besteht eine breite Front, von den Liberalen bis zu allen linken Parteien und zur Frauenbewegung. Warum?

Das Gesetz 194 war ein relativer Erfolg im Kampf gegen illegale Abtreibungen: Die Frau, die die Schwangerschaft unterbrechen will, muß dies binnen 90 Tagen bei einer staatlichen Beratungsstelle, einem Krankenhaus oder einem Arzt ihres Vertrauens beantragen; es sind medizinische und soziale Indikationen zwar vorgesehen, die Entscheidung liegt jedoch bei der Frau. Wenn die staatliche Stelle oder der Arzt nicht einverstanden ist, gibt es für die Frau 7 Tage „Bedenkpause". Besteht sie auf dem Eingriff, muß er vorgenommen werden. Allerdings nur in staatlichen und halbstaatlichen Krankenhäusern, die die erforderlichen medizinischen Leistungen garantieren müssen. Behandlung und Eingriff gehen auf Kosten des Staates. Die Beratungsstellen sollen die Frauen über Verhütung, ihre Rechte während einer Schwangerschaft und das Gesetz 194 unterrichten. Vielerorts sind die Frauenversammlungen bei den Beratungsstellen zu Kernpunkten des Kampfes für die Durchsetzung bzw. Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes geworden.

Die Radikalen behaupten, die Abtreibung sei „ein Eingriff wie jeder andere", die Frau müsse ohne staatliche Einmischung entscheiden dürfen, ob und wo sie abtreiben will. Deswegen wollen sie aus dem 194 die Einschränkung der Durchführung des Eingriffs auf staatliche und halbstaatliche Einrichtungen streichen. Das würde jedoch konkret den „Abtreibungsmarkt" für die – ohnehin besser ausgestatteten – Privatkliniken eröffnen. Damit wäre der Druck auf den Staat, die Eingriffe in staatlichen Einrichtungen unter ausreichenden Bedingungen stattfinden zu lassen, geschwächt. Zumal die Radikalen aus prinzipieller „Liberalität" eine Regelung beibehalten wollen, die von der Frauenbewegung angegriffen wird: die Möglichkeit für das Krankenhauspersonal, Abtreibungseingriffe oder gar Behandlung von Frauen, die abgetrieben haben, „aus Gewissensgründen zu verweigern". Auch die Kostenfreiheit des Eingriffs würde durch die Eröffnung eines „Abtreibungsmarktes" praktisch unterhöhlt: Viele Frauen – nicht nur die reichen – würden eher das Geld für die Privatklinik zusammenkratzen, als unter unzumutbaren Bedingungen in einem staatlichen Krankenhaus abtreiben zu lassen. Besonders dort, wo das öffentliche Gesundheitswesen miserabel und die Mafia der Privatkliniken stark ist, wie im Süden Italiens. Obwohl also von der demokratischen Bewegung durchaus einige Änderungen des Gesetzes gefordert werden, lehnt sie beide Volksabstimmungen als rückschrittlich ab.

Ergebnis des Papstbesuches: Staatserhaltend, aber Kirche gespalten

mat.Sydney. Offiziell war es kein Staatsbesuch, sondern eine Einladung des Erzbischofs von Manila. Aber, wo immer der Papst hinreiste, in die frisch gestrichenen Slums oder zu Plantagenarbeitern, Imelda Marcos war vor ihm da, den örtlichen Regierungsvertretern und der Presse letzte Instruktionen zu erteilen. Johannes Paul ließ sich nicht lumpen. „Jüngste Initiativen", erklärte er, „sind lobenswert und gute Vorzeichen für die Zukunft." Daß das Kriegsrecht im moslemischen Süden weiterbesteht und die demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte beschränkt bleiben, übersah er geflissentlich. Marcos war davon so begeistert, daß er beim Abschied aus dem Konzept geriet und den staunenden Zuhörern mitteilte, der Papst habe dazu beigetragen, „Demut durch Arroganz und Geistigkeit durch Streben nach zeitlicher Macht" zu ersetzen.

Den Riß in der philippinischen Kirche hat der Besuch eher vertieft. Wo das Leben auf die Sorge um die tägli-

stellen zu Kernpunkten des Kampfes für die Durchsetzung bzw. Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes geworden.

Bewegung durchaus einige Änderungen des Gesetzes gefordert werden, lehnt sie beide Volksabstimmungen als rückschrittlich ab.

Ergebnis des Papstbesuches: Staatserhaltend, aber Kirche gespalten

mat.Sydney. Offiziell war es kein Staatsbesuch, sondern eine Einladung des Erzbischofs von Manila. Aber, wo immer der Papst hinreiste, in die frisch gestrichenen Slums oder zu Plantagenarbeitern, Imelda Marcos war vor ihm da, den örtlichen Regierungsvertretern und der Presse letzte Instruktionen zu erteilen. Johannes Paul ließ sich nicht lumpen. „Jüngste Initiativen", erklärte er, „sind lobenswert und gute Vorzeichen für die Zukunft." Daß das Kriegsrecht im moslemischen Süden weiterbesteht und die demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte beschränkt bleiben, übersah er geflissentlich. Marcos war davon so begeistert, daß er beim Abschied aus dem Konzept geriet und den staunenden Zuhörern mitteilte, der Papst habe dazu beigetragen, „Demut durch Arroganz und Geistigkeit durch Streben nach zeitlicher Macht" zu ersetzen.

Den Riß in der philippinischen Kirche hat der Besuch eher vertieft. Wo das Leben auf die Sorge um die tägli-che Mahlzeit reduziert ist, während der höhere Klerus mit der herrschenden Klasse ein Leben in Luxus führt, da sind viele Gläubige und auch der niedere Klerus nicht mehr bereit, die kirchliche Lehre von der Gleichheit aller Menschen und göttlicher Gerechtigkeit nur auf das Jenseits zu beziehen. „Ich bin von den Männern und Frauen der Volksarmee beeindruckt", berichtete eine Nonne der Presse über ihren Aufenthalt bei einer Einheit der kommunistischen Guerillaverbände. „Sie können die Korruption dieses kapitalistischen Systems, das die Armen ausblutet und die Reichen fett macht und dessen wirtschaftliches Überleben von den USA und anderen Westmächten abhängt, nicht ertragen. Die Kommunisten sind die wahren Nationalisten in den Philippinen. Sie glauben, daß revolutionärer Kampf, der Gewalt einschließen muß, der einzige Weg zur Beendigung der Diktatur ist. Und ich bin ihrer Meinung." Der Verband der Ordensoberen, der die Tätigkeit von 10000 Mönchen und Nonnen aus 104 Orden koordiniert, hat den Papst in einem Brief aufgefordert, für die Volksmassen Partei zu ergreifen. Die Antwort: Die Kirche, „in Besinnung auf Jesus Christus, ist bemüht, die Herzen und Gemüter zu verändern." Bewaffneter Kampf mag die Verhältnisse verändern, auf Herzen und Gemüter kann er nur schädlichen Einfluß haben, ist die Lehre. Den Moslemkämpfern und den Guerillas legt er ans Herz, sich auf friedliche Mittel zu beschränken. – Präsident Marcos hat die Erwartung ausgesprochen, daß der Besuch einen Gegenbesuch im Vatikan wert ist. Schließlich hat er nicht nur die Farbe für die Slums aus den Steuern der Massen gezahlt, sondern auch einen großen Teil der 8 Mio. DM, die der Papstbesuch gekostet hat.

Zimbabwe: Rückschläge im Aufbau der nationalen Armee

Auseinandersetzungen in Bulawayo forderten fast 300 Todesopfer

lup. Anfang des Jahres hatte die Regierung Zimbabwes 11000 ehemalige Angehörige der Guerillastreitkräfte von ZANU-PF und ZAPU in die neue nationale Armee Zimbabwes integriert. Weitere 12000 Guerillas sollen bis April, weitere 12000 in den darauffolgenden 3 Monaten in die neue Armee Zimbabwes überführt werden. Stokkungen im Aufbau der nationalen Armee stellen eines der schwerwiegenden Probleme dar, denen die Republik Zimbabwe bei der Konsolidierung ihrer nationalen Unabhängigkeit gegenübersteht. Die militärischen Verbände, die der Republik Zimbabwe zur Verfügung stehen, werden nach wir vor zum größten Teil aus den alten Verbänden der rhodesischen Kolonialarmee gebildet, die offenbar kein zuverlässiges Instrument der Regierung Zimbabwes sein können. Dies ist um so gefährlicher, als der militärische Druck Südafrikas auf die südafrikanischen Frontstaaten seit dem jüngsten Überfall auf Mozambique ganz offensichtlich zunimmt.



In die nationale Armee Zimbabwes integrierte Einheiten von ZANLA und ZIPRA bei einer Parade während der Unabhängigkeitsfeiern am 18. April 1980

Die bewaffneten Auseinandersetzungen in Bulawayo vor 2 Wochen, die wahrscheinlich an die 300 Todesopfer gefordert haben, stellen einen weiteren schwerwiegenden Rückschlag im Aufbau der nationalen Armee Zimbabwes dar. Um so mehr, als diese Auseinandersetzungen zum ersten Mal auch auf die bereits integrierten Armee-Einheiten übergegriffen haben. Bei früheren Auseinandersetzungen in Bulawayo sowie in Chitungswiza, einer Vorstadt Salisburys, blieben die bewaffneten Auseinandersetzungen auf die nichtintegrierten Verbände von ZANLA und ZIPRA beschränkt und konnten durch den Einsatz von integrierten, aus ehemaligen Angehörigen von ZANLA und ZIPRA gebildeten Einheiten der nationalen Armee beendet werden. Diesmal war die Regierung Zimbabwes gezwungen, die „Rhodesian African Rifles" einzusetzen, Einheiten der alten Kolonialarmee, deren Mannschaften aus Afrikanern, deren Offizierskorps aber fast ausschließlich aus Weißen zusammengesetzt ist. Zudem hatte die Regierung mit dem Einsatz der Luftwaffe gedroht.

Bulawayo, die zweitgrößte Stadt Zimbabwes, ist die traditionelle Hochburg der von Nkomo geführten ZAPU. Bei den Wahlen im letzten Februar hatte Nkomo hier fast alle Stimmen auf sich verbuchen können. Seitdem scheint aber der politische Einfluß der ZAPU auch hier zurückgegangen zu sein. Bei den Lokalwahlen Ende letzten Jahres mußte die ZAPU bedeutende Verluste hinnehmen. In Bulawayo selbst waren die Wahlen aber wegen gewaltsamer Auseinandersetzungen verschoben worden, nachdem ZIPRA-Einheiten eine ZANU-Wahlveranstaltung angegriffen hatten. Der Bürgermeister von Bulawayo hatte damals erklärt, die Anwesenheit der (ZANU-PF-) Minister auf der Wahlveranstaltung sei „unerwünscht" und hätte die Auseinandersetzungen „provoziert".

Im Juni vergangenen Jahres sind örtlich führende Mitglieder der ZAPU zur ZANU übergetreten. Anfang dieses Jahres wurden zwei örtlich führende Funktionäre der ZANU-PF in der Umgebung von Bulawayo von Unbekannten ermordet. Die jüngsten Auseinandersetzungen begannen am 7. Februar und dauerten bis zum 12. Februar an. Sie entstanden offenbar aus einer Streiterei in einer Bierhalle, die dann auf die in Bulawayo stationierten Einheiten der ZIPRA übergriffen. Diese attackierten ZANLA-Lager und erhoben sich dann zu einer regelrechten Meuterei. Befehle Nkomos und des Oberkommandos der ZIPRA, die Angriffe einzustellen, wurden nicht befolgt. In der Umgebung von Bulawayo stationierte ZIPRA-Einheiten versuchten, nach Bulawayo vorzudringen. Sie wurden von Einheiten der nationalen Armee Zimbabwes aufgehalten. Nach dem Ende der Auseinandersetzungen wurden ZANLA-Einheiten aus Bulawayo verlegt, diese und die verbliebenen ZIPRA-Einheiten wurden entwaffnet. Munangagwa, seit der Kabinettsumbildung im Januar Vorsitzender des Oberkommandos der nationalen Armee, kündigte die Entwaffnung aller nichtintegrierten Guerillaeinheiten an. Dies wurde jedoch nicht durchgeführt. In der weiteren Umgebung von Bulawayo sollen nach wie vor ZIPRA-Einheiten in einer Stärke von mehreren tausend Mann stationiert sein, die mit russischen Sam-7-Raketen und AK-52-Gewehren ausgerüstet sind.

Die westliche imperialistische Presse macht allgemein Stammeskonflikte zwischen den Stämmen der Shona und Matabele zur Ursache der gegenwärtig stattfindenden Auseinandersetzungen. Zweifellos gibt es Spannungen zwischen diesen Stämmen, die historische Ursachen haben. Nach ihrer Vertreibung aus Azania durch europäische Kolonialisten waren die Matabele in ihr jetziges Gebiet vorgedrungen und hatten sich vorübergehend zum Herrscher über das Shona-Volk erhoben. Tatsache ist aber auch, daß sich das Volk von Zimbabwe im nationalen Befreiungskampf zu einer einheitlichen Nation zusammengeschlossen hat, wenngleich durch zwei Befreiungsbewegungen repräsentiert wurden. Während des Befreiungskampfes hatten die westlichen Imperialisten, vor allem aber die Sowjetunion, auf stammesmäßige Widersprüche gesetzt und diese zu schüren versucht.

Inwieweit die Sowjetunion die Auseinandersetzungen zwischen ZAPU und ZANU direkt schürt, ist nicht zu sagen. Sicher ist, daß eine Destabilisierung der Lage in Zimbabwe, das ohnehin starkem militärischem und ökonomischem Druck durch Südafrika ausgesetzt ist, im Interesse der Sowjetunion liegt. Die Regierung Zimbabwes ihrerseits hat sich in einer – diplomatisch reichlich ungewöhnlichen und damit um so deutlicheren Form – gegen Einmischungsversuche durch die Sowjetunion verwahrt. Als nach langwierigen Verhandlungen am 18. Februar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion vereinbart wurde, erklärte Außenminister Mangwende: Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes sei eines der wesentlichen Prinzipien, das die Beziehungen zwischen beiden Ländern bestimme. „Auf Basis dieses Prinzips haben beide Seiten festgehalten, daß die Beziehungen zwischen der Republik Zimbabwe und der UdSSR ausschließlich auf Beziehungen *zwischen Regierungen* beruhen und daß ohne vorherige Beratung mit der jeweils anderen Regierung keine Vereinbarungen, Übereinkünfte oder Verhandlungen mit irgendeiner *Organisation* eingeleitet werden können."



In die nationale Armee Zimbabwes integrierte Einheiten von ZANLA und ZIPRA bei einer Parade während der Unabhängigkeitsfeiern am 18. April 1980

Kolonialisten waren die Matabele in ihr jetziges Gebiet vorgedrungen und hatten sich vorübergehend zum Herrscher über das Shona-Volk erhoben. Tatsache ist aber auch, daß sich das Volk von Zimbabwe im nationalen Befreiungskampf zu einer einheitlichen Nation zusammengeschlossen hat, wenngleich durch zwei Befreiungsbewegungen repräsentiert wurden. Während des Befreiungskampfes hatten die westlichen Imperialisten, vor allem aber die Sowjetunion, auf stammesmäßige Widersprüche gesetzt und diese zu schüren versucht.

Inwieweit die Sowjetunion die Auseinandersetzungen zwischen ZAPU und ZANU direkt schürt, ist nicht zu sagen. Sicher ist, daß eine Destabilisierung der Lage in Zimbabwe, das ohnehin starkem militärischem und ökonomischem Druck durch Südafrika ausgesetzt ist, im Interesse der Sowjetunion liegt. Die Regierung Zimbabwes ihrerseits hat sich in einer – diplomatisch reichlich ungewöhnlichen und damit um so deutlicheren Form – gegen Einmischungsversuche durch die Sowjetunion verwahrt. Als nach langwierigen Verhandlungen am 18. Februar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion vereinbart wurde, erklärte Außenminister Mangwende: Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes sei eines der wesentlichen Prinzipien, das die Beziehungen zwischen beiden Ländern bestimme. „Auf Basis dieses Prinzips haben beide Seiten fest-

Die bewaffneten Auseinandersetzungen in Bulawayo vor 2 Wochen, die wahrscheinlich an die 300 Todesopfer gefordert haben, stellen einen weiteren schwerwiegenden Rückschlag im Aufbau der nationalen Armee Zimbabwes dar. Um so mehr, als diese Auseinandersetzungen zum ersten Mal auch auf die bereits integrierten Armee-Einheiten übergegriffen haben. Bei früheren Auseinandersetzungen in Bulawayo so-

ranstaltung sei „unerwünscht" und hätte die Auseinandersetzungen „provoziert".

Im Juni vergangenen Jahres sind örtlich führende Mitglieder der ZAPU zur ZANU übergetreten. Anfang dieses Jahres wurden zwei örtlich führende Funktionäre der ZANU-PF in der Umgebung von Bulawayo von Unbekannten ermordet. Die jüngsten Auseinandersetzungen begannen am 7. Februar und dauerten bis zum 12. Fe-

Karmal zum Parteitag der KPdSU angereist

chm. Babrak Karmal, der Statthalter der SU in Afghanistan, ist zum 26. Parteitag der KPdSU nach Moskau angereist. Auf einer Pressekonferenz in der sowjetischen Hauptstadt, die er unmittelbar nach seiner Ankunft dort abhielt, drückte er seine Hoffnung aus, daß Pakistan und Iran bald aufhören mögen, „Instrumente des Imperialismus" zu sein, und das Angebot Afghanistans zu Dreierverhandlungen annehmen. Am 14.5. hatte die Karmal-Regierung dieses Angebot gemacht, sowohl Iran als auch Pakistan hatten dies abgelehnt. Karmal verkündete, daß „gemäß der afghanischen Verfassung allgemeine und demokratische Wahlen" vorbereitet würden. Die vor einiger Zeit gebildete sogenannte „Nationale Front", die im wesentlichen aus der regierenden Demokratischen Volkspartei besteht, sei ein Schritt dahin.

UNO-Sondersitzung zu Namibia

chm. Der Präsident der UNO-Generalversammlung, Rüdiger von Wechmar, hat am Donnerstag mitgeteilt, daß am 2. März eine dreitägige Sondersitzung der UNO-Generalversammlung zu Namibia einberufen werden wird. Sie soll die Lage beraten, nachdem Südafrika die Namibia-Konferenz, die Mitte Januar in Genf stattgefunden hat, hat platzen lassen. Der Sondersitzung werden Resolutionen vorliegen, die die Zusammenarbeit der imperialistischen Staaten, auch der BRD, mit Südafrika, vor allem auf dem Gebiet der Kernenergie, verurteilt, zusammen mit Frankreich und Israel. Ein anderer Resolutionsentwurf wird die Unterstützung der SWAPO erneut hervorheben.

Verstärkte Flottenpräsenz der SU in Mozambique

chm. Die Sowjetunion hat den Angriff Südafrikas auf Mozambique zum Anlaß genommen, seine Flottenpräsenz in den mozambiquanischen Häfen Maputo und Beira aus „Solidarität" zu verstärken. Zu den jetzt anwesenden zwei Kriegsschiffen sollen in der kommenden Woche noch weitere kommen. – Mit Malta hat die SU einen lange umstrittenen Vertrag über die Lagerung von 300000 t Schiffstreibstoff abgeschlossen. Sowjetische Kriegsschiffe dürfen den maltesischen Hafen zwar immer noch nicht anlaufen, es ist jedoch möglich, daß *Handelsschiffe* den Treibstoff bunkern und an Kriegsschiffe weitergeben. Der maltesische Ministerpräsident hat den Vertrag als „rein kommerzielle Angelegenheit" bezeichnet. Die SU, die noch keine Botschaft auf Malta unterhält, hat wiederholt die Einrichtung einer Botschaft gefordert. Die maltesische Regierung hat diese Aufforderungen bisher zurückgewiesen mit der Begründung, es gebe keine Handels- oder Entwicklungshilfeabkommen, die die Einrichtung einer Botschaft rechtfertigen würden.

NL-Regierung hält an U-Boot-Lieferung an Taiwan fest

lup. Entgegen der anderslautenden Aufforderung durch das Parlament hält die niederländische Regierung an ihrer Entscheidung fest, U-Boote an Taiwan zu liefern. Sicherung von Arbeitsplätzen, die gesetzliche Verpflichtung aufgrund der ursprünglichen Entscheidung und die „Glaubwürdigkeit der niederländischen Regierung" nannte der stellvertretende Premierminister der Niederlande als Gründe für die Entscheidung. Nach wie vor sind die niederländische Bourgeoisie und ihre Politiker über diese Entscheidung gespalten. Schmelzer, früherer Außenminister der Niederlande, erklärte: „Wir können nicht einen Schritt rechtfertigen, durch den wir den Waffenexport in ein Gebiet rechtfertigen, das wir als einen Teil Chinas anerkannt haben. Ich bin fest davon überzeugt, daß dies unzulässig ist sowohl vom Standpunkt des internationalen Rechts aus wie unter politischen Gesichtspunkten."

Mobile Einheit räumt und zerstört 14 Wohnhäuser

rof. Die Mobile Einheit hat Montag früh mit Leopardpanzern 14 besetzte Wohnhäuser in Nimwegen/Holland geräumt und zerstört. Rund 1000 Mann riegelten zuvor die Innenstadt ab. Flugblätter, aus einem Polizeihubschrauber abgeworfen, drohten den Schußwaffeneinsatz an. Der Gemeinderat will eine Parkgarage erbauen. In Nimwegen gibt es 18000 Wohnungssuchende. Die Hausbesetzer, Kraker, kämpfen gegen Wohnraumzerstörung und Bauspekulation. Die Häuser waren 8 Monate besetzt. Trotz der Räumung spricht niemand von Niederlage. „Wir haben Hunderte Solidaritätsresolutionen erhalten und tausende Menschen sind unseren Aufrufen gefolgt. Nicht jeder kann tagtäglich hinter der Barrikade stehen, aber viele Menschen waren zornig über den Verlauf der Sache und werden auf ihre Art mitmachen." Am Dienstag demonstrierten 10000 für das Recht auf Wohnen und gegen den Polizeiüberfall.

Westdeutsche Delegation reist in die Türkei

chm. Bundesminister Matthöfer kündigte an, daß eine Delegation westdeutscher Bundestagsabgeordneter nächste Woche in die Türkei reisen werde, um „Vorwürfe angeblicher Menschenrechtsverletzungen und Folterungen" (FR, 27.2.) nachzugehen. – Die türkische Regierung hatte in den letzten Wochen die Pressezensur verschärft. Zwei Zeitungen sind verboten worden. Ein neues Gesetz droht allen oppositionellen Türken im Ausland mit Ausbürgerung und Beschlagnahmung ihres Eigentums, falls sie sich gegen die türkische Regierung äußern.

Spanien: ,,Die Lage ist absolut normal“

,,Arbeit und nochmals Arbeit ist die Antwort auf die Parlamentsbesetzung!“

mi.Barcelona. Das sind die Worte des Bankiers Jordi Pujol, der gleichzeitig Präsident der Landesregierung von Katalonien ist oder umgekehrt. Egal, er muß es wissen: Zwei Tage nach dem Putschversuch haben sich an der Börse die Bankaktien am besten behauptet. Von 114 gehandelten Werten blieben 53 unverändert, 43 stiegen und nur 18 fielen etwas.

Die Absicht der putschenden Militär- und Guardia-Civil-Einheiten waren von einem der Ihren noch im besetzten Parlament erklärt worden: ,,Wir respektieren den König und wollen ihn an der Spitze des Staatsapparates sehen, mit dem Militär dahinter. Kurz: Wir wollen die Einheit Spaniens, Frieden, Recht und Ordnung! Viva Espania!“ – Als eine Militärdiktatur mit dem König als Einheitsmaskottchen an der Spitze. Das kam aber nicht so an bei der spanischen herrschenden Klasse, im Ausland genauso wenig und bei den Volksmassen schon gar nicht.

Die Angst vor Generalstreik und selbständigen Aktionen der Arbeitermassen als Gegenmaßnahme auf den Putsch ist vielleicht noch größer als die Angst vor den negativen Auswirkungen einer zur Zeit nicht opportunen Militärdiktatur. Dieser würde die mühsam als Demokratie aufgebauten Verhältnisse mindestens vorübergehend als risikoreich für Investitionen aus dem Ausland erscheinen lassen. Dabei haben die Automobilkonzerne General Motors und Ford doch gerade die auf der Automobilausstellung 1979 in Frankfurt angekündigten größten Investitionen ihrer Geschichte hier anlaufen lassen. Und der König höchstpersönlich hatte bei Nissan in Japan auf seiner letzten Reise Kontakte zu Seat in Spanien eingeleitet. Die mittelgroße Fernsehfabrik Vanguard hat schließlich gerade die Zahlungsunfähigkeit erklärt und wartet auf die rettende Kapitalbeteiligung aus dem Ausland. Diese Seite hier würde nicht ausreichen, alle Beispiele dieser Art aufzuzählen. Ganz zu schweigen von EG- und NATO-Beitritt ...

Das alles ist durch selbständige Aktionen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften sehr gefährdet! Deshalb war es das Ziel der Bourgeoisie, eine selbstständige Bewegung der Arbeiter und Volksmassen gegen die Reaktionäre unter allen Umständen zu verhindern. Entsprechend rufen zwar alle bürgerlichen Parteien und die Gewerkschaftsspitze für heute, Freitag, 27. Februar, 17.00 Uhr, im ganzen Land zu Großdemonstrationen in allen Städten gegen den Putschversuch auf, aber alle anderen Demonstrationen und Kundgebungen wurden verboten, und jeder Versuch dazu ist von den Ordnungskräften rabiat zerschlagen worden.

Und *wie* sie auf Einheit, Ruhe und Ordnung bedacht ist, die Bourgeoisie! Im ganzen Land ist ein einziges Transparent erlaubt: ,,Für Freiheit, Demokratie und die Verfassung!“ Allein in Madrid sollen ca. 5000 Ordner der Parteien und Gewerkschaften dafür sorgen, daß keine andere Meinung und kein anderes Transparent auftaucht. Einheit um jeden Preis!

Die *Gewerkschaftsspitze* macht dabei mit. Die lokalen und regionalen Kämpfe gehen aber mit aller Härte weiter. Zum Beispiel die streikenden Transportarbeiter melden hier in Barcelona schon dreißig Verhaftungen nach wenigen Tagen Streik.

Die *Parlamentarier* der verschiedenen bürgerlichen Parteien im Parlament sind sich nach der unfreiwilligen schlaflosen Nacht im Parlament quer durch die Reihen in die Arme gefallen und haben am nächsten Tag wortgewaltig erklärt, warum sie plötzlich mit



Antonio Tejero, Oberstleutnant der Zivilgarde, während der Besetzung des spanischen Parlaments

absoluter Mehrheit für den Kandidaten der UCD zum Amt des Ministerpräsidenten, Calvo-Sotelo, sind. Nur ,,Felipe“ González von der PSOE war enttäuscht, daß sein Aufruf zu einer noch größeren Einheit, nämlich einer Regierung der großen Koalition UCD-PSOE, wohl den größten Beifall des Tages, aber nicht die meisten Stimmen bekam. In der jetzigen Situation des Drucks von innen und außen zur Einheit auch in den Reihen des bürgerlichen Lagers konnte die UCD unangefochten den Ministerpräsidenten stellen und im Handumdrehn ein Kabinett vorstellen, dessen Mitglieder entweder schon unter Franco welche waren oder hätten sein können.

Von der *werktätigen Bevölkerung* denken sicher viele so wie meine Kollegen: ,,Plötzlich sind sie alle Freunde, und einig untereinander, links und rechts, oben und unten, die ich ins Parlament gewählt habe und die ich nicht ins Parlament gewählt habe – so viele Freunde will ich gar nicht haben!“

Aber es gibt noch viel mehr Freunde dieser Art von Einheit und Ruhe, die seine Majestät, der König Juan Carlos, so effektreich mit seiner Fernsehansprache in der Nacht der Parlamentsbesetzung beschworen hat. Es gibt noch viel mehr Freunde der Art von ,,absoluter Ruhe, Ordnung und Besonnenheit im Land“, wie Jordi Pujol schon wenige Minuten nach dem Putschversuch mit zitternder Stimme in einer Radioansprache festgestellt hatte:

Die *Kapitalistenverbände* Spaniens. Sie überhäufen den König mit Lob und Zustimmung dafür, daß er sich dem Plan der Militärs widersetzt hat. ,,Dieser Aufruf, diese Garantie der verfassungsmäßigen Ordnung ist grundlegend wichtig zur Erhaltung der bestehenden Verhältnisse“, meint Carlos Ferrer Salat, Präsident der spanischen Vereinigten Unternehmerverbände. Weiterhin bestätigt der Verbandsboß die ,,Unterstützung der spanischen Unternehmer bei der Erhaltung der Demokratie, dem Respekt vor der Verfassung und die vollständige Loyalität zum König“. Schließlich sei es ,,grundlegend, ein Klima der Stabilität und Sicherheit zu erhalten“. Der Generalsekretär desselben Verbandes trägt noch dicker auf: ,,Wir (!) Spanier, die Tag für Tag arbeiten, haben das Recht auf ein Land in Frieden“ ...

Die Äußerungen der *ausländischen Kapitalisten* sind ebenfalls von einer Freundlichkeit, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen läßt: der Präsident der EG-Kommission Thorn ,,Die Erweiterung der EG um Spanien und Portugal wird ihr wirtschaftliches Gewicht steigern und ihre politische Bedeutung erhöhen. Es soll kein Zweifel an unserem Willen bestehen, diese Erweiterung durchzuführen. Aber sie muß sehr sorgfältig vorbereitet werden, damit sie unter guten Bedingungen durchgeführt wird.“ Und ein anderer Kommissionssprecher: ,,Die Kommission vertraut darauf, daß der gestrige gewaltsame Zwischenfall nichts weiter als ein Unfall war und daß er den Integrationsprozeß Spaniens nicht behindern wird.“

Unheimlich schnell und klar hat der schon erwähnte Bankier und Generalitatspräsident Pujol am Abend des Putschversuchs erkannt, um was es dem Kapital gehen muß. (Generalitat: das Landesparlament Kataloniens entsprechend der getroffenen Autonomieregelung.) In einer Krisensitzung sagte er: ,,Ihnen, die Sie die Vertreter aller politischen Kräfte darstellen, wenigstens der wichtigsten, und Ihnen, den Vertretern der Gewerkschaften, möchte ich mitteilen, daß der König als oberster Heeresführer und ich als Präsident der Generalitat der Meinung sind, daß man ruhig bleiben muß, daß die Lage ganz ruhig bleiben muß, keine Streiks, keine Demonstrationen! Arbeit und nochmals Arbeit ist die Antwort auf die Parlamentsbesetzung!“ Sprach's und ließ alle von den Gewerkschaften schon wie in faschistischen Zeiten in konspirativen Sitzungen ausgerufenen Aktionen, Streiks und Demonstrationen verbieten.

Das ist die Sicherheit und Ordnung, die Ruhe und Besonnenheit, die sich die Bourgeoisie wünscht. Dazu braucht sie zur Zeit keine Militärregierung. So können die Zeitungen die Vorgänge ganz im Sinne von Ruhe und Besonnenheit auch schon herunterspielen, schon wird in Akten gewühlt, welcher der beteiligten Militärführer sowieso in psychiatrischer Behandlung ist, schon werden die Putschgeneräle als Relikt aus der Franco-Zeit abgetan, als Irre und Spinner bezeichnet.

Es kommt aber Tag für Tag mehr ans Licht, wie weit in Militär und Guardia Civil die Putschpläne verbreitet waren. Reihenweise werden hohe und höchste Militärs verhaftet oder wenigstens unter Arrest gestellt, eine Zeitung hat hier schon besorgt vorgerechnet, was für eine teure Beförderungswelle für die Militärführung das wird.

Und wieder mußte der König Klärendes von sich geben. In einer noch nie dagewesenen Spitzensitzung mit allen im Parlament vertretenen Parteiführern rief er angesichts der immer weiter um sich greifenden Verhaftungen: ,,Eine offene und harte Reaktion der politischen Kräfte gegen diejenigen, die die umstürzlerischen Handlungen der letzten Stunden begangen haben, wäre nicht sehr ratsam. Aber es wäre noch viel unpassender, diese Reaktion auf die ganzen Streitkräfte und Sicherheitskräfte auszudehnen ...“

Richtig, es muß auch an alles gedacht werden, wenn man das ,,scheue“ Kapital nicht vertreiben will. Die bewaffneten Kräfte, die ja gerade zum Schutz des Privateigentums da sind, dürfen nicht kopflos gemacht werden! Es ist bekannt, daß in den höheren Militärrängen viele alte Franco-Anhänger sind. Deshalb, ein paar exponierte Putschgeneräle in den Knast (vielleicht auf Bewährung), eine einzige erlaubte Demonstration im ganzen Land, in allen Städten zur gleichen Zeit, unter einer einzigen erlaubten Parole – das soll die Leute beruhigen und gleichzeitig so fesseln, daß die Lage unter Kontrolle bleibt.

Wenn jetzt mehr als 2 Mio. Menschen auf die Straße gehen in Kälte und strömendem Regen, dann sicher nicht für diese Art von ,,Freiheit, Demokratie und Verfassung“, die die Spitzenpolitiker in der ersten Reihe der Demonstration auf ihrem Transparent fordern, sondern gegen die Reaktionäre und für die Erhaltung der wenigen Rechte, die sie sich seit dem Ende der Franco-Diktatur erkämpft haben.

sönlich hatte bei Nissan in Japan auf seiner letzten Reise Kontakte zu Seat in Spanien eingeleitet. Die mittelgroße Fernsehfabrik Vanguard hat schließlich gerade die Zahlungsunfähigkeit erklärt und wartet auf die rettende Kapitalbeteiligung aus dem Ausland. Diese Seite hier würde nicht ausreichen, alle Beispiele dieser Art aufzuzählen. Ganz zu schweigen von EG- und NATO-Beitritt ...

Das alles ist durch selbständige Aktionen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften sehr gefährdet! Deshalb war es das Ziel der Bourgeoisie, eine selbstständige Bewegung der Arbeiter und Volksmassen gegen die Reaktionäre unter allen Umständen zu verhindern. Entsprechend rufen zwar alle bürgerlichen Parteien und die Gewerkschaftsspitze für heute, Freitag, 27. Februar, 17.00 Uhr, im ganzen Land zu Großdemonstrationen in allen Städten gegen den Putschversuch auf, aber alle anderen Demonstrationen und Kundgebungen wurden verboten, und jeder Versuch dazu ist von den Ordnungskräften rabiat zerschlagen worden.

Und *wie* sie auf Einheit, Ruhe und Ordnung bedacht ist, die Bourgeoisie! Im ganzen Land ist ein einziges Transparent erlaubt: ,,Für Freiheit, Demokratie und die Verfassung!“ Allein in Madrid sollen ca. 5000 Ordner der Parteien und Gewerkschaften dafür sorgen, daß keine andere Meinung und

Antonio Tejero, Oberstleutnant der Zivilgarde, während der Besetzung des spanischen Parlaments

absoluter Mehrheit für den Kandidaten der UCD zum Amt des Ministerpräsidenten, Calvo-Sotelo, sind. Nur ,,Felipe“ González von der PSOE war enttäuscht, daß sein Aufruf zu einer noch größeren Einheit, nämlich einer Regierung der großen Koalition UCD-PSOE, wohl den größten Beifall des Tages, aber nicht die meisten Stimmen bekam. In der jetzigen Situation des Drucks von innen und außen zur Einheit auch in den Reihen des bürgerlichen Lagers konnte die UCD unangefochten den Ministerpräsidenten stellen und im Handumdrehn ein Kabinett vorstellen, dessen Mitglieder entweder schon unter Franco welche waren oder hätten sein können.

Von der *werktätigen Bevölkerung* denken sicher viele so wie meine Kolle-

Putschversuch mit zitternder Stimme in einer Radioansprache festgestellt hatte:

Die *Kapitalistenverbände* Spaniens. Sie überhäufen den König mit Lob und Zustimmung dafür, daß er sich dem Plan der Militärs widersetzt hat. ,,Dieser Aufruf, diese Garantie der verfassungsmäßigen Ordnung ist grundlegend wichtig zur Erhaltung der bestehenden Verhältnisse“, meint Carlos Ferrer Salat, Präsident der spanischen Vereinigten Unternehmerverbände. Weiterhin bestätigt der Verbandsboß die ,,Unterstützung der spanischen Unternehmer bei der Erhaltung der Demokratie, dem Respekt vor der Verfassung und die vollständige Loyalität zum König“. Schließlich sei es ,,grundlegend, ein Klima der Stabilität und Si-

muß sehr sorgfältig vorbereitet werden, damit sie unter guten Bedingungen durchgeführt wird.“ Und ein anderer Kommissionssprecher: ,,Die Kommission vertraut darauf, daß der gestrige gewaltsame Zwischenfall nichts weiter als ein Unfall war und daß er den Integrationsprozeß Spaniens nicht behindern wird.“

Unheimlich schnell und klar hat der schon erwähnte Bankier und Generalitatspräsident Pujol am Abend des Putschversuchs erkannt, um was es dem Kapital gehen muß. (Generalitat: das Landesparlament Kataloniens entsprechend der getroffenen Autonomieregelung.) In einer Krisensitzung sagte er: ,,Ihnen, die Sie die Vertreter aller politischen Kräfte darstellen, wenigstens der wichtigsten, und Ihnen, den

weiter um sich greifenden Verhaftungen: ,,Eine offene und harte Reaktion der politischen Kräfte gegen diejenigen, die die umstürzlerischen Handlungen der letzten Stunden begangen haben, wäre nicht sehr ratsam. Aber es wäre noch viel unpassender, diese Reaktion auf die ganzen Streitkräfte und Sicherheitskräfte auszudehnen ...“

Richtig, es muß auch an alles gedacht werden, wenn man das ,,scheue“ Kapital nicht vertreiben will. Die bewaffneten Kräfte, die ja gerade zum Schutz des Privateigentums da sind, dürfen nicht kopflos gemacht werden! Es ist bekannt, daß in den höheren Militärrängen viele alte Franco-Anhänger sind. Deshalb, ein paar exponierte Putschgeneräle in den Knast (vielleicht auf Bewährung), eine einzige erlaubte Demonstration im ganzen Land, in allen Städten zur gleichen Zeit, unter einer einzigen erlaubten Parole – das soll die Leute beruhigen und gleichzeitig so fesseln, daß die Lage unter Kontrolle bleibt.

Wenn jetzt mehr als 2 Mio. Menschen auf die Straße gehen in Kälte und strömendem Regen, dann sicher nicht für diese Art von ,,Freiheit, Demokratie und Verfassung“, die die Spitzenpolitiker in der ersten Reihe der Demonstration auf ihrem Transparent fordern, sondern gegen die Reaktionäre und für die Erhaltung der wenigen Rechte, die sie sich seit dem Ende der Franco-Diktatur erkämpft haben.

El Salvador: ,,Agrarreform“ – Vertreibung und Mord

chm. In einer Denkschrift der CDU zu El Salvador heißt es auf S. 25: ,,Die Landreform, das kann man heute sagen, hat zu bemerkenswerten Erfolgen geführt. Schon allein die Tatsache, daß nun Landarbeiter auf Grund und Boden arbeiten, der ihnen selbst bzw. ihrer Genossenschaft gehört, hat zu einem stark erhöhten Interesse an einer Mitarbeit geführt und somit die Erträge gesteigert.“

Die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 4.2. zitiert den Juntapräsidenten Duarte, daß auf 300000 ha Boden jetzt 380000 besitzlose Bauern angesiedelt würden und daß in den kommenden 6 Jahren von den 2 Mio. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche El Salvadors 1 Mio. verstaatlicht würden. 2 Mio. Bauern sollen Landbesitzer werden. Nach diesen Aussagen muß zu diesem Zeitpunkt die 3. Phase der Agrarreform, die im Mai von der Junta verkündet worden war, beendet sein. In dieser Schlußphase sollen Betriebe in einer Größe zwischen 50 und 150 ha enteignet werden, während in der 1. Phase nur Betriebe in einer Größe von über 500 ha, also nicht die ertragreichsten im Lande, die Kaffeeplantagen, enteignet worden sind. Die Oxfam-USA dagegen erklärte, daß die Landreform gescheitert sei. Tausende von Pächtern und Landarbeitern seien vertrieben worden oder hätten unfruchtbaren Boden erhalten. Bauern, die sich der Vertreibung widersetzt hätten, seien zusammen mit ihren Kindern festgenommen worden. Ein Mitarbeiter von amnesty international berichtet über seine Erfahrungen mit der ,,Agrarreform“:

,,Die Verkündung der Agrarreform durch die Regierung war verbunden mit einem Ausnahmezustand, der die Berichterstattung zensierte ... Truppen (waren) angewiesen, Plantagen zu besetzen ... Unter diesen Anweisungen griffen sie Dörfer an, die oppositionelle Bauernorganisationen unterstützt hatten. Besetztes Land wurde an ORDEN-Mitglieder verteilt, eine von der früheren Regierung El Salvadors gegründete Organisation zur Anwendung ,,guerillaähnlicher“ Terrormethoden gegen Regierungsgegner ... Ich sprach mit Campesinos, die erzählten: Wenn diese Leute erfahren, daß wir Land wollen, geben sie es uns zunächst, um uns dann umzubringen.“ (zit. n. Forché/Wheaton, Geschichte und Hintergründe der Rolle der USA bei der Kontrolle der Bauernbewegung in El Salvador. Die Rolle der AIFLD im Agrarreformprozeß 1970–1980. Washington Mai 1980.)

In dem Bericht heißt es weiter, daß die erzwungene Vertreibung gekoppelt ist mit der Ansiedlung ganz bestimmter, ausgesuchter Bauern, die der Junta und damit dem ORDEN verbunden sind. Als Hauptziel der Agrarreform seitens der herrschenden Militärs kennzeichnet der Bericht die Terrorisierung der Bauern und ihrer Führer, die Zerschlagung ihrer selbständigen Organisationen, um zu verhindern, daß sie sich der revolutionären Bewegung anschließen. Die Methoden der Junta haben sich in den Monaten, die zwischen der Untersuchung der beiden amerikanischen Landwirtschaftsexperten und dem Oxfambericht liegen, offensichtlich nicht verändert.

Die diversen Projekte der ,,Landreform“ in El Salvador gehen auf die 60er Jahre zurück, auf Kennedys ,,Allianz für den Fortschritt“, der angesichts der Bedrohung der Interessen der US-Imperialisten durch die erstarkende revolutionäre Bewegung die herrschende Großgrundbesitzerklasse, vor allem die Kaffeebauer, dazu zu bewegen suchte, geringe Zugeständnisse an die Bauern zu machen, um zu verhindern, daß sie und mit ihnen der US-Imperialismus hinweggefegt werden. Der hohe Grad der Organisierung der salvadorianischen Bauern zwang die USA, dort einen besonderen Weg zu gehen, nämlich dem Aufbau von gelben Bauerngewerkschaften unter der Obhut des AIFLD, des amerikanischen Verbandes für den Aufbau freier Gewerkschaften, einer Tochterorganisation des AFL/CIO, mit der ausdrücklichen Aufgabe, die Gewerkschaftsbewegung in Mittel- und Südamerika zu infiltrieren, und wo das nicht geht, Spaltergewerkschaften zu bilden. Die beiden großen Landarbeiter- und Bauerngewerkschaften, FECCAS und UTC, schlossen sich 1973 zusammen im Kampf für eine echte Agrarreform und für Mindestlöhne für die Landarbeiter. Unter dem Druck der Bauernkämpfe sah sich die Regierung Molina gezwungen, 1976 4% des Bodens an 12000 Bauernfamilien zu verteilen. Ein Institut für die Agrarreform, ISTA, wurde mit der Aufgabe beauftragt. Aber nicht einmal dieses winzige Zugeständnis konnte den Großgrundbesitzern abgepreßt werden: Die Bauern wurden mit Gewalt daran gehindert, den Boden in Besitz zu nehmen. Die wilde Reaktion der Großgrundbesitzer führte zur Spaltung der gelben Gewerkschaft UCS, die Masse der Mitglieder schloß sich dem Revolutionären Volksblock, BPR, an. Die AIFLD gründete einen neuen Verein, ACOPAI, der auch heute die Landreform Duartes bejubelt.

Als die jetzige Junta kurz nach ihrer Installierung durch die US-Imperialisten eine ,,Agrarreform“ verkündet und die ORDEN verbietet, löst dies zunächst Begeisterung bei den Bauern aus, die sich jedoch schnell legt, als sie feststellen, daß die wirklich ertragreichen Gebiete, dort wo Kaffee, Baumwolle und Zuckerrohr angebaut werden, nicht unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen, daß sie in weniger fruchtbare Gebiete zwangsumgesiedelt werden und daß das verteilte Land ihnen nicht gehört, sie es sozusagen nur ,,gemietet“ haben. Das offizielle Verbot der ORDEN-Bande hat auch keine Auswirkungen gehabt: Es existiert weiter, dazu noch zwei andere, die FDN, die Nationaldemokratische Front des Obersten Medrano, und die FAN, geleitet vom Geheimdienstchef des abgesetzten Diktators Romero.

In einer Studie der MPR, der Revolutionären Volksbewegung, die Mitglied der FDR ist, heißt es zur neuesten Version der ,,Agrarreform“, die von der Junta durchgepeitscht wird:

,,... das Land (geht) nicht in den Besitz der Campesinos über, sondern sie haben eine monatliche Abgabe für die Nutzung zu zahlen. Der Wert des enteigneten Landes wurde zu 25% der Oligarchie bar bezahlt, die restlichen 75% in Verträgen, mit denen die Oligarchie in anderen Bereichen investieren kann.“

Die Oberaufsicht über die Durchführung dieser sog. Landreform hat nach kurzer Unterbrechung wieder das AIFLD, geleitet von Roy Prosterman, dessen Name mit der ,,Aktion Phönix“ in Südvietnam verbunden ist, die damals die südvietnamesischen Bauern durch die gleichen Methoden am Kampf gegen den US-Imperialismus hindern sollte.

(Die Studie von Carolyn Forché und Philip Wheaton ist zu beziehen über: Evangelische Studentengemeinde, Universitätsstr. 2, 43 Essen 1)

Abrüstungsverhandlungen und die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion

Breschnews Vorschlag für ein Moratorium bei den Mittelstreckenraketen / Bei Abrüstungsverhandlungen an keinem Punkt Begrenzung der Rüstung, geschweige denn Abrüstung

gkr. Als Breschnew am vergangenen Montag auf dem 26. Parteitag der KPdSU seine Abrüstungsvorschläge vortrug, konnte er sich der Aufmerksamkeit im Lager der NATO sicher sein. ,,Die Begrenzung der strategischen Rüstungen und ihre Reduzierung bilden ein außerordentliches Problem. Wir unsererseits sind bereit, unverzüglich die entsprechenden Verhandlungen mit den USA unter Wahrung all des Positiven, was auf diesem Gebiet bisher erzielt wurde, fortzusetzen. Die UdSSR ist bereit, über die Begrenzung beliebiger Waffen zu verhandeln ... Wir schlagen vor, uns darüber zu einigen, schon jetzt ein Moratorium über die Stationierung neuer nuklearer Kampfmittel mittlerer Reichweite der NATO-Länder und der UdSSR in Europa zu verhängen, das heißt quantitativ und qualitativ das bestehende Niveau solcher Mittel, darunter selbstverständlich der vorgeschobenen Kernmittel der USA in diesem Raum, einzufrieren. Ein solches Moratorium könnte sofort mit Beginn entsprechender Verhandlungen in Kraft treten und gelten, bis ein endgültiger Vertrag über die Begrenzung oder, besser noch, Reduzierung solcher Kernmittel in Europa geschlossen sein wird.''

Der Vorschlag steht in der Tradition einer ganzen Reihe von Friedens- und Abrüstungsvorschlägen der Sozialimperialisten, die um so lauter und intensiver geklungen haben, wenn es darum ging, die eigene Aggressivität zu übertönen oder vergessen zu machen. Aus 1978 stammen umfassende Vorschläge über Truppenreduzierungen im Rahmen der *MBFR-Verhandlungen*. Anfang 1979, kurz nachdem die Marionettentruppen Vietnams in Kampuchea einmarschiert waren, ließ Moskau Polen als Sprecher für eine *Gesamteuropäische Abrüstungskonferenz* im Rahmen der *KSZE* auftreten, von Ende 1979 stammen Vorschläge zur Reduzierung der Waffen im Mittelstreckenbereich und die einseitige Ankündigung, 20000 Mann aus der DDR abzuziehen, einschließlich etwa 10000 Panzern. – Gerade 2 Monate später waren die Truppen der SU in Afghanistan einmarschiert. Gegenüber Schmidt und Genscher bekundete Breschnew im vergangenen Sommer seinen Friedenswillen mit erneuten Vorschlägen zu Verhandlungen über die MBFR-Verhandlungen. Es ist beileibe nicht so, daß die US-Imperialisten nicht ebenfalls eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht haben, aber ihre auf Sicherung ihrer Vorherrschaft als imperialistische Supermacht gerichteten Vorschläge sind aufgrund ihrer Geschichte leichter zu durchschauen, zumal jetzt, wo Reagan diese Linie der Politik offen und aggressiv verkündet.

Verhandlungen über die nuklearen Waffen – SALT

Im Rahmen der SALT-Verhandlungen geht es um die nuklearen Waffen. Die bisher unter dem Namen SALT ausgehandelten Verträge bezogen sich ausschließlich auf die sogenannten strategischen Atomwaffen. Das heißt auf die

nettentruppen Vietnams in Kampuchea einmarschiert waren, ließ Moskau Polen als Sprecher für eine *Gesamteuropäische Abrüstungskonferenz* im Rahmen der *KSZE* auftreten, von Ende 1979 stammen Vorschläge zur Reduzierung der Waffen im Mittelstreckenbereich und die einseitige Ankündigung, 20000 Mann aus der DDR abzuziehen, einschließlich etwa 10000 Panzern. – Gerade 2 Monate später waren die Truppen der SU in Afghanistan einmarschiert. Gegenüber Schmidt und Genscher bekundete Breschnew im vergangenen Sommer seinen Friedenswillen mit erneuten Vorschlägen zu Verhandlungen über die MBFR-Verhandlungen. Es ist beileibe nicht so, daß die US-Imperialisten nicht ebenfalls eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht haben, aber ihre auf Sicherung ihrer Vorherrschaft als imperialistische Supermacht gerichteten Vorschläge sind aufgrund ihrer Geschichte leichter zu durchschauen, zumal jetzt, wo Reagan diese Linie der Politik offen und aggressiv verkündet.

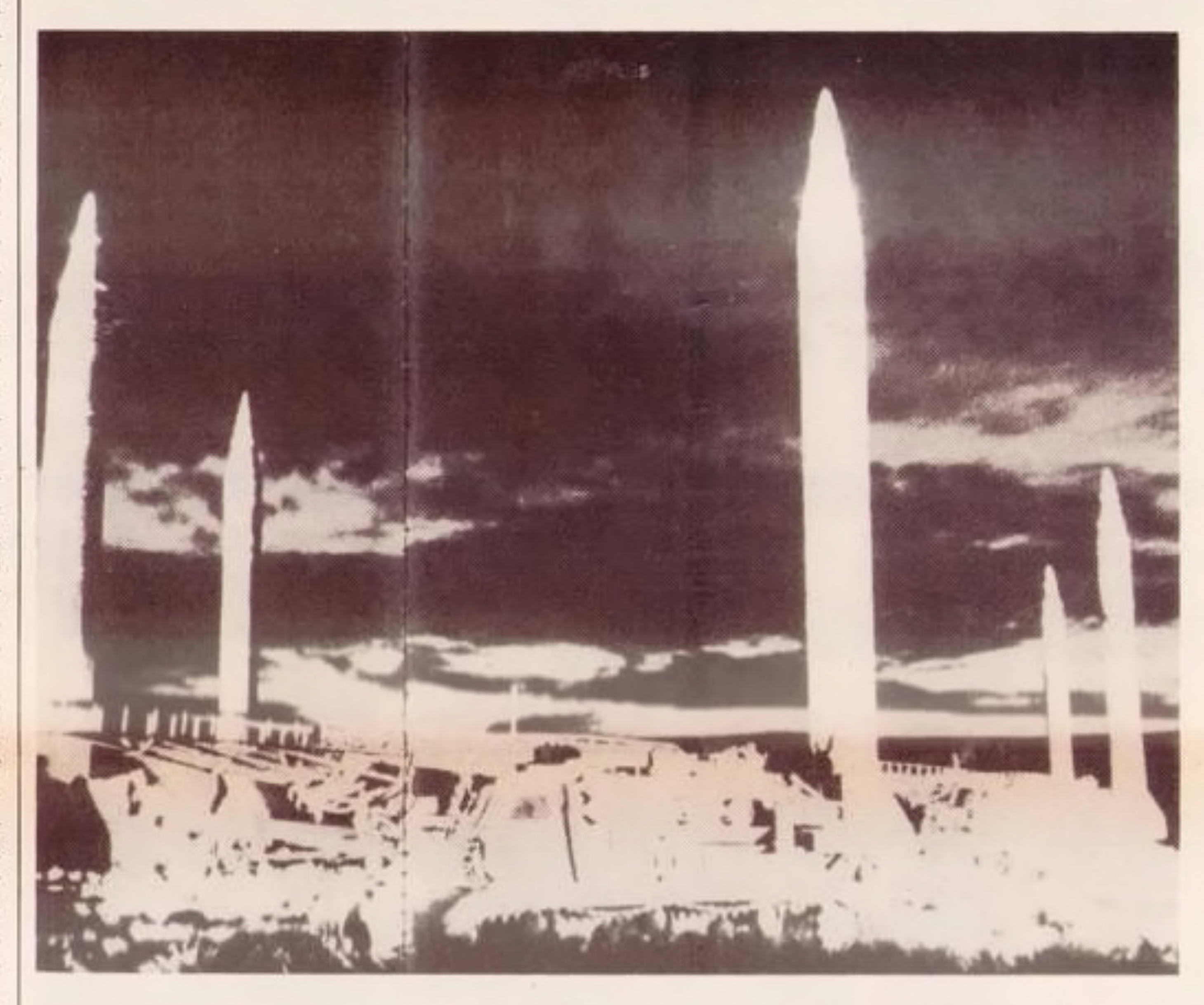
Verhandlungen über die nuklearen Waffen – SALT

Im Rahmen der SALT-Verhandlungen geht es um die nuklearen Waffen. Die bisher unter dem Namen SALT ausgehandelten Verträge bezogen sich ausschließlich auf die sogenannten strategischen Atomwaffen. Das heißt auf die

Waffen, die vom Gebiet der einen Supermacht bis ins Gebiet der anderen Supermacht reichen, das bedeutet eine Reichweite von wenigstens 5500 km (vgl. Kasten). SALT I war 1972 auf 5 Jahre abgeschlossen worden, SALT II wurde zwar ausgehandelt, seine Verabschiedung aber nach dem Einmarsch der Sozialimperialisten in Afghanistan im amerikanischen Kongreß auf Eis gelegt. Seine Geltungsdauer war von vornherein ebenfalls beschränkt bis auf 1985. Über seine Wirkung stellt das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI in seinem jährlich erscheinenden Jahrbuch 1980/81 fest: ,,Obgleich etwa 300 veraltete strategische Trägersysteme außer Dienst gestellt werden müssen (vor allem von der SU, d. Verf.), kann SALT II kaum als wichtige Abrüstungsmaßnahme bezeichnet werden. Die qualitativen Beschränkungen, die es hinsichtlich der Entwicklung und Indienststellung neuer Atomwaffensysteme auferlegt, sind relativ geringfügig. Diese Einschränkungen haben absolut keinen Einfluß auf die gegenwärtigen Pläne zur Entwicklung und Stationierung von ballistischen Raketen oder Marschflugkörpern.'' Deshalb können denn auch alle Seiten erklären, sie würden sich an den Vertrag halten, obwohl er nicht verabschiedet ist, und gleichzeitig können die US-Imperialisten z.B. den Bau und die Stationierung mobiler Interkontinentalraketen MX betreiben oder den neuen Fernstreckenbomber B-1 bauen wollen.

Es kommt hinzu, daß das Niveau der Rüstung alleine mit Interkontinentalwaffen auf der Seite jeder der beiden Supermächte ausreichen würde, um einen ersten Atomschlag zu überstehen und mit den verbleibenden Waffen noch die wichtigsten militärischen Ziele wie auch die größten Städte des Gegners vollständig zu vernichten.

Gar nicht erfaßt von diesen Vereinbarungen sind die Kernwaffensysteme kürzerer Reichweite. Liegt diese über 1000 km, aber unter 5500 km, so werden die Systeme (Raketen, Bomber, U-Boote) zu den Mittelstreckenwaffen gerechnet. Ist die Reichweite noch unter 1000 km, so zählen sie zu den Gefechtsfeldwaffen (TNF = Theater Nuclear Forces). Für die Bewertung der Mittelstreckenwaffen ergeben sich verschiedene Probleme, deren je unterschiedliche Berücksichtigung den unterschiedlichen Interessen der beiden unter Führung der Supermächte stehenden Militärblöcke entspricht: Mit-



Sowjetische Atomraketen in der Ukraine, auf Ziele in Westeuropa gerichtet

telstreckenwaffen auf europäischem NATO-Gebiet stationiert, können direkt die vorherrschende Macht des anderen Militärblocks treffen, Mittelstreckenwaffen des Warschauer Pakts (und das heißt ausschließlich der Sowjetunion) aber nicht von europäischem Gebiet aus die USA; die Zählung der vorhandenen Mittelstreckenwaffen ist nicht eindeutig: rechnen die 4 Atom-U-Boote mit Poseidon-Raketen, die dem NATO-Oberkommandie-

Breschnew am 6. Oktober 1979 in Ostberlin aus: ,,Als Vorsitzender des Verteidigungsrates der UdSSR erkläre ich mit aller Bestimmtheit: In den letzten zehn Jahren ist auf dem Gebiet des europäischen Teils der Sowjetunion die Anzahl der Träger von Kernwaffen mittlerer Reichweite um keine einzige Rakete, um kein Flugzeug vergrößert worden. Im Gegenteil – die Zahl der Abschußrampen für Mittelstreckenraketen sowie die Stärke der Kernladun-

neue Verhandlungsrunde SALT III ist nicht in Aussicht.

Von Abrüstung kann auch bei dem jetzt von Breschnew gemachten Moratoriumsvorschlag nicht die Rede sein. Die Sozialimperialisten hätten damit auf jeden Fall erst einmal die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles durch die NATO verhindert. Der Verzicht auf die Stationierung einiger weiterer SS – 20-Raketen und Backfire-Bomber ließe sich verschmer-



Sowjetische Atomraketen in der Ukraine, auf Ziele in Westeuropa gerichtet

telstreckenwaffen auf europäischem NATO-Gebiet stationiert, können direkt die vorherrschende Macht des anderen Militärblocks treffen, Mittelstreckenwaffen des Warschauer Pakts (und das heißt ausschließlich der Sowjetunion) aber nicht von europäischem Gebiet aus die USA; die Zählung der vorhandenen Mittelstreckenwaffen ist nicht eindeutig: rechnen die 4 Atom-U-Boote mit Poseidon-Raketen, die dem NATO-Oberkommandierenden unterstellt sind, bei den Mittelstreckenwaffen mit, obwohl sie bei den Interkontinentalwaffen schon gezählt sind? Wie steht es mit den Mittelstreckenbombern der USA, die gegenwärtig in den USA stationiert sind, aber nach Europa verlegt werden können? Ganz zu schweigen davon, daß über die Zahl der mittlerweile stationierten sowjetischen Mittelstreckenraketen SS – 20 und über die Zahl der von ihr einsetzbaren Bomber mit dem NATO-Namen ,,Backfire'' nur Schätzungen, die umstritten sind, existieren. Die NATO errechnet so eine Lücke, die es mit dem umstrittenen ,,Nachrüstungsbeschluß'' zu schließen gelte. Andere kommen zu dem Ergebnis, dem sei keineswegs so, die Berechnung sei nur ein Vorwand, um die Absicht der US-Imperialisten durchzusetzen. Einiges spricht dafür, daß die Sozialimperialisten in diesem Bereich auch unter Berücksichtigung von Ausrüstung und Einsatzbereitschaft und vielen anderen Faktoren und unter Einschränkung des Kräftevergleichs auf die Mittelstreckenwaffen, die seitens der SU auf Mitteleuropa gerichtet sind, leicht überlegen sind. Die Stationierung der SS – 20 auf sowjetischer Seite wie die Einführung des Bombers Backfire verstärkt diese Überlegenheit etwas, ohne unbedingt die Zahl der Raketen zu erhöhen (es sollten veraltete Raketen abmontiert werden, was mittlerweils offensichtlich auch angestellt wurde). Die Pershing II und die Cruise Missiles, die nach dem sog. ,,Nachrüstungsbeschluß'' der NATO in Europa stationiert werden sollen, würden umgekehrt weniger die Zahl der Sprengköpfe erhöhen, denn es sollen andere Raketen und Sprengköpfe dafür abgezogen werden, als in allererster Linie die Fähigkeit der US-Imperialisten, exakte Ziele in der SU zu treffen.

Die Abrüstungsvorschläge der Sozialimperialisten

Gründe, gegen die Stationierung der Pershing-II-Raketen und der Cruise Missiles zu sein, gibt es für die Volksmassen in Westeuropa genug, sie sind allerdings entschieden unterschieden von denen der Sozialimperialisten, deren Ziel die Gewinnung eines strategischen Vorteils in der imperialistischen Konkurrenz ist. Die SU hatte denn auch mit ihren Propagandamanövern von Anfang an versucht, den NATO-Beschluß zu verhindern. Zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR führte Breschnew am 6. Oktober 1979 in Ostberlin aus: ,,Als Vorsitzender des Verteidigungsrates der UdSSR erkläre ich mit aller Bestimmtheit: In den letzten zehn Jahren ist auf dem Gebiet des europäischen Teils der Sowjetunion die Anzahl der Träger von Kernwaffen mittlerer Reichweite um keine einzige Rakete, um kein Flugzeug vergrößert worden. Im Gegenteil – die Zahl der Abschußrampen für Mittelstreckenraketen sowie die Stärke der Kernladungen dieser Raketen sind sogar etwas zurückgegangen. Und auf dem Territorium anderer Staaten stationiert die Sowjetunion derartige Waffen überhaupt nicht. Seit Jahren erhöhen wir auch nicht die Stärke unserer Truppen, die in Mitteleuropa stationiert sind. Mehr noch. Wir sind bereit, die Anzahl von Kernwaffenträgern mittlerer Reichweite, die in den westlichen Gebieten der Sowjetunion stationiert sind, im Vergleich zum heutigen Stand zu reduzieren – selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß in Westeuropa keine zusätzlichen Kernwaffenträger mittlerer Reichweite stationiert werden.'' Laut den vorliegenden Daten stiegen gerade 1979, als Breschnew die Rede hielt, Mittelstreckenraketen und Interkontinentalraketen wieder. Das übrige waren hohle Versprechungen.

Kurz danach hatte die NATO am 12. Dezember 1979 den Beschluß zur Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles gefaßt – und war die Sowjetunion in Afghanistan einmarschiert. Erstmals beim Besuch Schmidts in Moskau schlug Breschnew erneut Verhandlungen vor. In der Erklärung des Politbüros des ZK der KPdSU im Anschluß an den Besuch heißt es: ,,Nachdem sie ihre bereits vorher erklärte Haltung hinsichtlich der richtigen Wege zur Lösung der Frage der Mittelstreckenwaffen in Europa bekräftigt hatte, schlug die sowjetische Seite, die sich von den breiten Interessen des Friedens und der Sicherheit leiten läßt, den Beginn der Erörterung der Frage nuklearer Mittelstreckenraketen gleichzeitig und in organischem Zusammenhang mit der Frage vorwärts dislozierter amerikanischer Kernwaffen vor. Dies bedeutet, daß mögliche Vereinbarungen hinsichtlich dieser Frage erst nach Inkrafttreten des sowjetisch-amerikanischen Abkommens über die Begrenzung strategischer Waffen (SALT II) in die Praxis umgesetzt werden können.''

Seinem Inhalt nach bedeutete dies ,,Verhandlungsangebot'' weniger als das Versprechen Breschnews *vor* dem NATO-Beschluß. Denn Breschnew hatte ja ursprünglich für Verhandlungen keine Bedingungen gestellt. Auf seiten der NATO stand auch noch keine einzige neue Rakete, während die SU mittlerweile wenigstens 30 SS – 20 stationiert hatte. Die Vorgespräche über neue Verhandlungen, die Vertreter der beiden Supermächte dann am 10. Oktober aufgenommen hatten, sind ohne Ergebnis verlaufen, eine neue Verhandlungsrunde SALT III ist nicht in Aussicht.

Von Abrüstung kann auch bei dem jetzt von Breschnew gemachten Moratoriumsvorschlag nicht die Rede sein. Die Sozialimperialisten hätten damit auf jeden Fall erst einmal die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles durch die NATO verhindert. Der Verzicht auf die Stationierung einiger weiterer SS – 20-Raketen und Backfire-Bomber ließe sich verschmerzen, zumal der Bau dieser Waffensysteme ja nicht untersagt wäre.

Die Wiener MBFR-Verhandlungen

Seit inzwischen 7 Jahren wird über den Abzug von Truppen aus Mitteleuropa verhandelt (vgl. Kasten). Nach wie vor ist die ,,Datenfrage'' ungelöst. Gibt der Warschauer Pakt seine eigene Mannschaftsstärke im ,,Reduzierungsgebiet'' mit 987000 an, und sind es auf seiten der NATO 941000 Mann, also etwa gleiche Stärke, so gehen die USA von einer etwa 140000 Mann größeren Stärke auf seiten des Warschauer Paktes aus. Während die SU, das Verhältnis der Truppenstärken aufrechterhalten will und nur über prozentuale Reduzierung sprechen will, wollen die NATO-Staaten das Verhältnis durch stärkere Reduzierung auf seiten des Warschauer Paktes zu ihren Gunsten ändern. Noch viel krasser werde das Mißverhältnis unter Berücksichtigung der Panzer, 1:3 zuungunsten der NATO sei es, so jammern die westlichen Militärs. Das Verhältnis wird gegenwärtig fast von keinem Autor angezweifelt. Die SU hatte auch diese Bühne nicht ausgelassen zum Beweis ihres Friedenswillens: Im November 1979 hatte sie den einseitigen Abzug von 20000 Soldaten und 1000 Panzern aus der DDR angekündigt, laut ihrer Propaganda soll dieser Abzug im August 1980 abgeschlossen gewesen sein. In ihrem Plan vom Juli 1980 sollte dann dieser Abzug auch entsprechend gewürdigt werden: Sie wolle noch einmal 20000 Soldaten abziehen, mache insgesamt 40000. Die USA sollten 13000 Mann zurückverlegen. Ob aber mittlerweile weniger Truppen der Sozialimperialisten in der DDR stehen oder eher, im Zuge der Vorbereitung für eine evtl. Intervention in Polen, mehr, das ist schwer zu sagen.

Es seien noch die *KSZE-Verhandlungen* erwähnt, bei denen es in der gegenwärtigen Phase um die Erörterung weiterer Vorschläge geht. Die Sozialimperialisten hatten diesmal Polen als Sprachrohr vorgeschickt, allerdings noch zu einer Zeit, als die Auseinandersetzungen innerhalb Polens noch nicht ausgebrochen waren. Gierek hatte am 11. Februar 1980 vor dem 8. Parteitag der PVAP die Einberufung einer ,,Abrüstungskonferenz in Europa'' auf dem KSZE-Folgetreffen in Madrid erneut begründet: ,,Im vergangenen Jahr haben wir gemeinsam mit unseren Verbündeten aus dem Warschauer Vertrag Vorschläge zur Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa unterbreitet. Die gegenwärtige politische Atmosphäre (nach der Besetzung Afghanistans, gkr.) sollte kein Hindernis sein für die Durchführung dieser Konferenz ... Polen wäre bereit, für eine solche Konferenz Gastgeber in seiner Hauptstadt zu sein. Das wäre für unser Land eine Ehre, gleichsam ein Symbol, denn Warschau, dem die Besatzung ein so schreckliches Schicksal bereitet hat, ist heute von friedlicher, schöpferischer Arbeit erfüllt. Es wäre daher ein würdiger und angebrachter Ort für die Abhaltung eines so wichtigen internationalen Treffens.'' Die Tatsachen lassen sich durch Friedensabsichten nicht so einfach verdrängen, und manchmal holt die Geschichte diese Propaganda in geradezu grotesker Weise ein. Die rings um Polen bereitstehenden Panzer der Sozialimperialisten und die fortwährenden Drohungen der Kremlführung gegenüber Polen sind mehr als ,,gleichsam ein Symbol'' für das wahre Gesicht hinter dem Friedensgerede der Sowjetunion.

Die Verhandlungsangebote der Sozialimperialisten stellen sich immer wieder als hohl heraus. Ihr Ziel ist nicht tatsächlich Einschränkung der Rüstung oder gar Abrüstung. Sie sind vielmehr immer wieder an die eigenen Volksmassen, vor allem aber auch an

Vertrag Vorschläge zur Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa unterbreitet. Die gegenwärtige politische Atmosphäre (nach der Besetzung Afghanistans, gkr.) sollte kein Hindernis sein für die Durchführung dieser Konferenz ... Polen wäre bereit, für eine solche Konferenz Gastgeber in seiner Hauptstadt zu sein. Das wäre für unser Land eine Ehre, gleichsam ein Symbol, denn Warschau, dem die Besatzung ein so schreckliches Schicksal bereitet hat, ist heute von friedlicher, schöpferischer Arbeit erfüllt. Es wäre daher ein würdiger und angebrachter Ort für die Abhaltung eines so wichtigen internationalen Treffens.'' Die Tatsachen lassen sich durch Friedensabsichten nicht so einfach verdrängen, und manchmal holt die Geschichte diese Propaganda in geradezu grotesker Weise ein. Die rings um Polen bereitstehenden Panzer der Sozialimperialisten und die fortwährenden Drohungen der Kremlführung gegenüber Polen sind mehr als ,,gleichsam ein Symbol'' für das wahre Gesicht hinter dem Friedensgerede der Sowjetunion.

Die Verhandlungsangebote der Sozialimperialisten stellen sich immer wieder als hohl heraus. Ihr Ziel ist nicht tatsächlich Einschränkung der Rüstung oder gar Abrüstung. Sie sind vielmehr immer wieder an die eigenen Volksmassen, vor allem aber auch an

die Volksmassen in den Ländern der imperialistischen Konkurrenten gerichtet. Diese wollen Frieden. Daß diese Bewegung nicht eine klare Richtung gegen beide Militärbündnisse entwickelt, sondern sich an die Sowjetunion anlehnt, ist das Ziel dieser Vorschläge. Es stehen sich zwei Supermächte gegenüber, von denen die eine militärisch unterlegen war. Daran versuchen die Sozialimperialisten anzusetzen, während sie mittlerweile in vielen Bereichen gleichgezogen und in manchen Gebieten den US-Imperialismus überholt haben. Bei diesen ,,Abrüstungsverhandlungen'' kann nichts herauskommen. Die einzigen Abkommen, die einen oft noch geringen Fortschritt brachten, wurden im Rahmen der UNO erzielt, durch den Druck der Völker der Dritten Welt.

SALT: Verhandlungsgegenstand: Nuklearwaffen. Bisher sind SALT I und SALT-II abgeschlossen. SALT I galt bis 1977, SALT II, das nicht mehr ratifiziert wurde, sollte von 1979 bis 1985 gelten. Beide Abkommen betreffen Interkontinentalraketen, Langstreckenbomber, vor allem atomgetriebene U-Boote. Die Verhandlungen wurden nur von den beiden Supermächten geführt.

MBFR: Beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen in Mitteleuropa. Verhandlungsgegenstand sind die in Mitteleuropa stationierten Streitkräfte der beiden Militärblöcke. Zu Mitteleuropa zählt das Gebiet von Belgien, BRD, Luxemburg und Niederlande sowie DDR, CSSR und Polen. Neben diesen Staaten sind sog. ,,direkte Teilnehmer'' noch Großbritannien, Kanada, USA und die UdSSR. Beschlüsse sind nur im Konsens dieser Staaten möglich (also einstimmig). Seit Januar läuft die 23. Verhandlungsrunde. Verhandlungsort ist Wien.

KSZE: Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, war am 1. Aug. 1975 in Helsinki beendet worden. Gegenwärtig das zweite Folgetreffen in Madrid. Gegenwärtig wird die Einrichtung einer Gesamteuropäischen Abrüstungskonferenz diskutiert. Teilnehmer der KSZE und ihrer Folgekonferenzen sind die europäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion, hinzu kommen die USA und Kanada.

Arbeitslosigkeit in den EG-Ländern

bep. Das Statistische Amt der EG hat die Angaben über den Stand der Arbeitslosigkeit im Monat Januar veröffentlicht. Insgesamt gab es in der EG im Januar 8,5 Mio. Arbeitslose. Registriert und in diesen Zahlen erfaßt werden nach Angaben des Amts im Durchschnitt 84% der Arbeitslosen (Griechenland die Hälfte). Gegenüber Dezember ist die Arbeitslosigkeit in allen Ländern bis auf Belgien gesteigen, am stärksten in Großbritannien, Dänemark und den Niederlanden. Jüngste Angaben über die BRD sprechen von mittlerweile ca. 1,4 Mio. Arbeitslosen.

	Arbeitslose Anzahl	Quote
BRD	1308600	5,1
Frankreich	1680300	7,5
Italien	1880300	8,6
Niederlande	342800	6,7
Belgien	429500	10,6
Luxemburg	610	1,0
Großbritannien	2419500	9,3
Irland	125100	11,0
Dänemark	247300	9,5
Griechenland	70700	2,1

Auseinandersetzung um EG-Agrarpreise beginnt

bep. Die EG-Kommission hat Vorschläge für die zum 1. April fällige Neufestsetzung der EG-Agrarpreise gemacht. Entgegen den Vorschlägen des europäischen Bauernverbandes, der eine Erhöhung um 15% zur Einkommenssicherung für notwendig hält, liegen die Vorschläge der Kommission zwischen ca. 6% für die sog. Überschußprodukte wie Milch, Getreide und Rindfleisch, 7,5% für Zucker und 8 – 10% für die meisten anderen Produkte. Für Milch und Rindfleisch sind weitere Erhöhungen im Herbst um 2 bzw. 3% vorgesehen. Die „Mitverantwortungsabgabe", eine Abgabe der Bauern zur Finanzierung der EG-Preisstützungsmaßnahmen, also ein Abzug von ihrem Erzeugerpreis, die schon jetzt 2% des Milchpreises beträgt, soll auf Getreide, Olivenöl, Obst, Gemüse und Tabak ausgedehnt werden, falls die Durchschnittsproduktion der letzten Jahre überschritten wird. Bei Milch sind zusätzliche, drastische Sonderabgaben auf Liefermengen vorgesehen, die den Durchschnitt der letzten drei Jahre übersteigen. Zusätzlich soll für Großbritannien und die BRD der Grenzausgleich um 5 Prozentpunkte gesenkt werden. Mit Hilfe des positiven Grenzausgleichs werden die Agrarpreise dieser Länder auf einem Preisniveau gehalten, das über dem liegt, wel-

Hinhaltende Umschuldungsverhandlungen mit Polen

1981 braucht die VR Polen 10 Mrd. $ neue Kredite / Pariser Gläubigerkonferenz vertagt

hku. Nach Beilegung der großen Streiks unter den Studenten und den Bauern durch landesweite Abkommen hat sich die PVAP-Regierung auf die Lösung des brennenden Problems der Auslandsschulden geworfen. General Jaruzelski hat vor der Tagung der wichtigsten westlichen Gläubigerländer, die letzte Woche in Paris stattfand, die Botschafter dieser Länder zu Gesprächen eingeladen. Außenminister Czyrek und Planungsminister Kisiel bereisten Dänemark bzw. die BRD, um den polnischen Kreditwünschen Nachdruck zu verleihen und die Pläne für die Wirtschaftsreform zu erläutern. Die Schulden der VR Polen in westlicher Währung betragen gegenwärtig bereits 25 Mrd. $ und die Rückzahlungsverpflichtungen für die Kredite der frühen 70er Jahre ballen sich. Für den Schuldendienst (fällige Zinsen und Tilgungen) müssen 1981 über 10 Mrd. Dollar aufgebracht werden, das kann im günstigsten Fall gerade durch die Exporte Polens gedeckt werden. Für die dringend benötigten Importe müssen aber *neue* Kredite in mindestens gleicher Höhe aufgenommen werden; darum geht es bei den gegenwärtigen Verhandlungen.

Die VR Polen will auf jeden Fall ein Moratorium vermeiden – also einen Zahlungsaufschub aufgrund offiziell eingestandener Zahlungsunfähigkeit –, das ihnen die Kontrollbehörden der internationalen Bankenorganisationen ins Land holen würde. Sie strebt vielmehr eine umfassende Umschuldungsregelung durch die Aufnahme neuer mittel- und langfristiger Kredite an, um die kritischen nächsten drei Jahre durchzustehen. Die Gläubigerkonferenz von Paris hat eine solche Regelung *nicht* vereinbart. Sie hat sich vertagt auf Anfang April, um „weitere Untersuchungen" anzustellen; bis dahin hat sie wie bereits seit Dezember nur kurzfristige Überbrückungsmaßnahmen vereinbart. Größere Kredite hat Polen zuletzt im Herbst 1980 erhalten, rund eine Mrd. $ aus den USA und 1,2 Mrd. DM aus der BRD. Von der EG subventionierte Lebensmittellieferungen werden nur schleppend abgewickelt, weil mit jedem Lieferland einzeln über die Kreditierung verhandelt werden muß. Weitere vorgetragene Kreditwünsche, meist unter Verpfändung der Rohstoffvorkommen, wurden hinhaltend behandelt.

Die Sowjetunion hat, seit sie Polen offen die Bedingungen für die innere Entwicklung zu diktieren versucht, auch finanziell etwas tun müssen. Nach Krediten über 2,3 Mrd. $ Ende 1980 hat sie jetzt eine Exportvorfinanzierung in Höhe von 2 Mrd. $ zugesagt, die Rückzahlung aller alten Schulden auf 1985 verschoben und die Lieferverpflichtungen Polens bei Kohle, Kupfer, Schwefel u.a. herabgesetzt. Wie 1956 und 1970 hat sie die ökonomischen Fesseln etwas gelockert.

Beim Besuch Kisiels in Bonn haben Regierung und Opposition Unterstützung der polnischen Wünsche versprochen, aber nur in einer *gemeinsamen multilateralen* Aktion. Für die westlichen Imperialisten ist die Lage nicht einfach. Eine abrupte Schuldeneintreibung würde zwar vielleicht die Sowjetunion zwingen, noch mehr einzusteigen, aber Polen vollends in ihre Fänge treiben und auf lange Sicht den Verlust des polnischen Marktes zur Folge haben. Umgekehrt dürfen die Hilfsangebote nicht zu weit gehen: „Die Verhandlungen müssen vermeiden, daß die Sowjetunion ihre Hilfestellung dann einstellt. Außerdem muß sie so beschaffen sein, daß die Sowjets bei einem Einmarsch kein fertiges Finanzierungspaket vorfänden." (FAZ, 20.2.) Daher die Fortsetzung der nur kurzfristigen – für Polen natürlich äußerst teuren – Überbrückungsmaßnahmen, bis sich die Lage in und um Polen weiter geklärt hat; und bis ein diskretes Arrangement mit der Sowjetunion über abgestimmte Maßnahmen getroffen ist. Eine Studie des „Royal Institute of International Affairs" London drückt die diffizile Situation so aus: die finanzielle Hilfe der SU sei ein „Bestandteil seiner Schirmherrschaft, bei der die westliche Finanzhilfe ‚dem Regenmantel unter dem Schirm' gleichkomme." (NZZ, 19.2.)

Die Industrieproduktion Polens ist im Januar noch einmal um 10% zurückgegangen. Das ist zu geringem Teil Folge der Auseinandersetzungen um die Arbeitszeitverkürzung; vor allem aber der mangelnden Rohstoff- und Halbfabrikate, die für die neueren Werke weitgehend importiert werden müssen. Die für April jetzt beschlossene Rationierung von Fleisch und Zucker, bei der „Solidarność" eine Erhöhung der Mengen hat durchsetzen können, basiert auf der Voraussetzung weiterer Importe. Das Saatgut für die Frühjahrsbestellung muß ebenfalls zu einem Drittel noch im Ausland beschafft werden. Die zügellose Akkumulationsjagd der PVAP-Führung in den 70er Jahren hat die polnische Nation in eine äußerst schwierige Lage gebracht.

Polens Schulden in konvertibler Währung (in Mio. $ jeweils am Jahresende)

	1971	1975	1977	1978	1979
Kommerzielle Schulden	420	6547	10393	13430	16000
wovon Kredite westlicher Banken	305	5230	8894	11936	15100
Schulden gegenüber Staaten	718	1467	3547	4414	5100
Bruttoverschuldung	1138	8014	13967	1784	21100
minus belastbarer Handelswaren	374	633	435	872	1100
Nettoverschuldung	764	7381	13532	16972	20000
Schuldendienst in % der Exporte	—	30	59	79	92
Bruttoschuld in % der Exporte	—	194	286	324	333

(Neue Zürcher Zeitung, 19.2.1981)

Hauptschlacht zwischen US- und japanischen Automobilmonopolen

Werksschließungen in Großbritannien und Belgien / Nissan investiert in Großbritannien

frb. Anders noch als die letzte Automobilkrise ist die jetzige weltweite Krise mit deutlichen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in diesem Industriezweig verbunden. Gewinner im Kampf um Marktanteile sind die japanischen Monopole, aber auch die größten unter den anderen Monopolen rüsten zu einem Gegenschlag. Produktionen werden verlagert, fast überall wird kurzgearbeitet, die Belegschaften werden reduziert, ganze Werke werden geschlossen. Die entscheidenden Ereignisse dieser Entwicklung des letzten Monats fanden in Großbritannien oder von dort ausgehend statt. In Schottland wird ein Werk des französischen Peugeot-Talbot-Citroen-Konzerns geschlossen, British Leyland schließt ein Werk in Belgien, Vauxhall, die britische Tochter von General Motors,



teres Kapital mußte in die Beteiligung bei American Motors gesteckt werden, ohne daß die erhofften Verkaufszahlen erreicht wurden. (1979 hatte die American Motor Corporation ohne Jep/Cherokee nur etwas mehr Pkws abgesetzt als VW-USA.)

British Leyland (neuerdings übrigens in vier Bereiche aufgeteilt, wobei die Pkw-Produktion unter BL Cars firmiert), einziger bedeutender Automobilproduzent mit britischem Kapital, mußte nicht nur seine inländische Produktion einschränken, sondern hat jetzt auch sein Werk in Seneffe/Belgien zum 31.3. aufgegeben. Die 2200 Arbeiter, die damit ohne Arbeit sind, haben das Werk derzeit gegen Abtransport der Maschinen gesichert. Einst sollte von hier Leylands Feldzug auf den kontinentalen Markt ausge-

bep. Die EG-Kommission hat Vorschläge für die zum 1. April fällige Neufestsetzung der EG-Agrarpreise gemacht. Entgegen den Vorschlägen des europäischen Bauernverbandes, der eine Erhöhung um 15% zur Einkommenssicherung für notwendig hält, liegen die Vorschläge der Kommission zwischen ca. 6% für die sog. Überschußprodukte wie Milch, Getreide und Rindfleisch, 7,5% für Zucker und 8 – 10% für die meisten anderen Produkte. Für Milch und Rindfleisch sind weitere Erhöhungen im Herbst um 2 bzw. 3% vorgesehen. Die „Mitverantwortungsabgabe", eine Abgabe der Bauern zur Finanzierung der EG-Preisstützungsmaßnahmen, also ein Abzug von ihrem Erzeugerpreis, die schon jetzt 2% des Milchpreises beträgt, soll auf Getreide, Olivenöl, Obst, Gemüse und Tabak ausgedehnt werden, falls die Durchschnittsproduktion der letzten Jahre überschritten wird. Bei Milch sind zusätzliche, drastische Sonderabgaben auf Liefermengen vorgesehen, die den Durchschnitt der letzten drei Jahre übersteigen. Zusätzlich soll für Großbritannien und die BRD der Grenzausgleich um 5 Prozentpunkte gesenkt werden. Mit Hilfe des positiven Grenzausgleichs werden die Agrarpreise dieser Länder auf einem Preisniveau gehalten, das über dem liegt, wel-ches sich bei Umrechnung der EG-Preise in die jeweilige Landeswährung nach den normalen Wechselkursen ergeben würde. Ein Abbau des Grenzausgleichs kommt also einer Minderung der Preiserhöhung gleich; für die Landwirtschaft der BRD blieben also teilweise Erhöhungen von nur 1%. Die Agrarminister müssen diesem Vorschlag erst noch zustimmen; auf einer ersten Beratung zeichneten sich bereits größere Differenzen ab. Vor allem Frankreich hat eine stärkere Erhöhung gefordert; die BRD und England waren gegen eine derart starke Senkung des Grenzausgleichs, die Mittelmeerländer sahen nach wie vor eine Benachteiligung ihrer Produkte.

eingestandener Zahlungsunfähigkeit –, das ihnen die Kontrollbehörden der internationalen Bankenorganisationen ins Land holen würde. Sie strebt vielmehr eine umfassende Umschuldungsregelung durch die Aufnahme neuer

Beim Besuch Kisiels in Bonn haben Regierung und Opposition Unterstützung der polnischen Wünsche versprochen, aber nur in einer *gemeinsamen multilateralen* Aktion. Für die westli-

minus belastbarer Handelswaren	374	633	435	872	1100
Nettoverschuldung	764	7381	13532	16972	20000
Schuldendienst in % der Exporte	—	30	59	79	92
Bruttoschuld in % der Exporte	—	194	286	324	333

(Neue Zürcher Zeitung, 19.2.1981)

Hauptschlacht zwischen US- und japanischen Automobilmonopolen

Werksschließungen in Großbritannien und Belgien / Nissan investiert in Großbritannien

frb. Anders noch als die letzte Automobilkrise ist die jetzige weltweite Krise mit deutlichen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in diesem Industriezweig verbunden. Gewinner im Kampf um Marktanteile sind die japanischen Monopole, aber auch die größten unter den anderen Monopolen rüsten zu einem Gegenschlag. Produktionen werden verlagert, fast überall wird kurzgearbeitet, die Belegschaften werden reduziert, ganze Werke werden geschlossen. Die entscheidenden Ereignisse dieser Entwicklung des letzten Monats fanden in Großbritannien oder von dort ausgehend statt. In Schottland wird ein Werk des französischen Peugeot-Talbot-Citroen-Konzerns geschlossen, British Leyland schließt ein Werk in Belgien, Vauxhall, die britische Tochter von General Motors, wird 5700 von 29000 Arbeitskräften entlassen. Andererseits wird das japanische Kapital, die britische Schwäche nutzend, durch Nissan ein neues Mammutwerk in Großbritannien errichten.

1980 hat sich die japanische Kfz-Industrie erstmals an die Spitze der Weltproduktion gesetzt. Über 11 Mio. Kraftfahrzeuge wurden produziert, 14,6% mehr als ein Jahr zuvor, während die US-Produktion um 30% auf 8 Mio. Stück gefallen ist. Die japanische Pkw-Produktion belief sich auf 7 Mio. Stück, Nutzfahrzeuge wurden 4 Mio. Stück produziert. Möglich war diese Ausweitung nur dadurch, daß der Export ausgeweitet wurde. Obwohl die Kfz-Dichte pro Einwohner in Japan noch weit unter der vergleichbarer Industrieländer liegt, fiel der Absatz in Japan wie in anderen Ländern auch. 5 Mio. Kraftfahrzeuge wurden neu verkauft, die Exportquote erreichte 54%.

Der größte Teil des Exports ging in die USA mit 2,4 Mio. Kfz, 865000 Wagen gingen in die EG, hiervon 257000 in die BRD und 204000 nach Großbritannien. Mehr als 200000 Fahrzeuge gingen jeweils nach Saudi-Arabien und Australien, etwas weniger als 200000 nach Kanada und Indonesien.

Obwohl der Absatz neuer Pkws in allen Ländern Westeuropas kräftig gefallen ist, rührt die Tiefe der Krise nicht eigentlich aus dem Zerfall der inneren Märkte, sondern sie rührt daher, daß sämtliche großen Werke auf hohe Exportanteile ausgelegt sind. Diese Exportmärkte stagnieren ebenfalls und sind unter Beschuß des expandierenden japanischen Kapitals geraten, während die einheimischen Märkte ebenfalls unter Beschuß kommen. Investitionen der Vergangenheit erweisen sich jetzt als ins Blaue kalkuliert.

Ein Beispiel dafür ist British Leyland, der vor über zehn Jahren mit staatlichen Finanzhilfen zusammengezimmerte britische Konzern, in den rund 20 früher eigenständige Unternehmen aufgegangen sind. Binnen eines Jahrzehnts mußte der Konzern seine Produktion halbieren. September 1979 waren 25000 Entlassungen innerhalb von zwei Jahren angekündigt worden, mittlerweile sind die Entlassungen bereits nach einem Jahr abgeschlossen. Gleichzeitig wurde in Longbridge mit einem Aufwand von 250 Mio. Pfund (ca. 4,1 Mrd. DM) das modernste Automobilwerk Europas aus dem Boden gestampft. 6000 bis 6500 Metros können dort pro Woche produziert werden, aber nur 3700 laufen derzeit vom Band. Der britische Markt ist heute bereits zu eng für die Rieseninvestition. Bestenfalls 2000 bis 3000 Stück könnten auf dem Binnenmarkt abgesetzt werden, der Rest müßte ins Ausland gehen, heißt es. Von der Erfüllung der Voraussetzungen kann aber keine Rede sein.

250000 bis 300000 Einheiten Jahresproduktion im Zwei-Schicht-Betrieb werden derzeit als Minimalgrenze für eine profitable Produktion angesehen.



Bei Opel in Rüsselsheim haben Arbeiter letzte Woche erneut gegen die Pläne der Konzernleitung von GM demonstriert

Pkw-Handel 1979 (in Mio. Dollar)

Japan	+ 11389
BRD	+ 9115
Frankreich	+ 4529
Italien	– 61
Großbritannien	– 3732
USA	– 11273

Quelle: OECD

Nur ganz wenige Konzerne können die Errichtung solcher Werke heute durchstehen und dies eben nur mit einer weltweiten Strategie. Daher stehen die beiden großen US-Konzerne General Motors und Ford besser da, als es ihre gegenwärtigen Verluste erscheinen lassen. Weltweit, mit ihren Tochtergesellschaften, übertreffen sie die japanischen Konzerne immer noch. Unter den europäischen Konzernen kann allenfalls VW, mit seinen Produktionen in Brasilien, USA, Mexiko und Südafrika, seine Position wahren. Chrysler konnte eine weltweite Expansion nicht durchhalten. Seine französische Gesellschaft mußte es an Peugeot abgeben, das sich durch Übernahme von Chrysler Großbritannien und Einkauf in Chrysler USA Sicherung einer EG-Basis und einen Brückenkopf auf dem US-Markt versprochen hatte. Doch die Rechnung von Peugeot ist nicht aufgegangen, der Konzern hängt in Chryslers Krise drin, und in Großbritannien schließt er das Werk Linwood (60000 haben dagegen vorletztes Wochenende demonstriert), betreibt aber die Werke in Coventry weiter. Heute ist die Krise der französischen Automobilindustrie, bis vor kurzem Spitzenreiter der Kapitalakkumulation in Frankreich, vor allem eine Krise von Peugeot (worin kürzlich Citroen und Talbot, vormals Chrysler aufgegangen sind). Während Peugeots Absatz kräftig sank, konnte der Staatskonzern Renault vergangenes Jahr seinen Inlandsabsatz um 10% erweitern, war allerdings mit seinem Versuch, auf den US-Markt zu dringen, ebenfalls wenig erfolgreich. Wei-

teres Kapital mußte in die Beteiligung bei American Motors gesteckt werden, ohne daß die erhofften Verkaufszahlen erreicht wurden. (1979 hatte die American Motor Corporation ohne Jep/Cherokee nur etwas mehr Pkws abgesetzt als VW-USA.)

British Leyland (neuerdings übrigens in vier Bereiche aufgeteilt, wobei die Pkw-Produktion unter BL Cars firmiert), einziger bedeutender Automobilproduzent mit britischem Kapital, mußte nicht nur seine inländische Produktion einschränken, sondern hat jetzt auch sein Werk in Seneffe/Belgien zum 31.3. aufgegeben. Die 2200 Arbeiter, die damit ohne Arbeit sind, haben das Werk derzeit gegen Abtransport der Maschinen gesichert. Einst sollte von hier Leylands Feldzug auf den kontinentalen Markt ausge-hen.

So ist es im wesentlichen US-amerikanisches und japanisches Kapital, das die kommende Schlacht um den Automobilmarkt schlägt, in der die Arbeiter das Kanonenfutter sind.

Die Umrüstung der US-Konzerne hat seit einem Jahr begonnen. Siehe bei Opel und Ford/Köln. Henry Ford sprach jüngst davon, die US-Industrie sehe sich einem „ökonomischen Pearl Harbour" gegenüber, wobei er sich wohl den Fortgang ähnlich denkt wie den Kriegsverlauf im Pazifik nach Pearl Harbour. Bis 1985 wollen die US-Monopole den Importanteil an ihrem Markt von derzeit 27% (20% Japan) auf 15% senken.

Japans Kfz-Monopole produzieren fast ausschließlich im eigenen Land. Um der weltweiten Strategie und den drohenden Importbeschränkungen ihrer Konkurrenten zu begegnen, rüsten sie nun zum Sprung in fremde Länder. Nissan (Datsun), zweitgrößter Hersteller und nur wenig kleiner als Toyota (zusammen über ¾ der japanischen Produktion), macht den Vorreiter. Nach dem Kooperationsvertrag mit VW, der Errichtung einer gemeinsamen Fabrik zur Produktion von 60000 Einheiten mit Alfa Romeo bei Neapel, einem 37%-Anteil an Spaniens Nutzfahrzeughersteller Iberica folgt jetzt die Errichtung einer Lkw-Montage in Tennessee/USA für rund 1 Mrd. DM, Produktionsbeginn Herbst 1983. Die geplante 1,5-Mrd.-DM-Investition Nissans in Großbritannien wird die erste große Pkw-Produktion Japans in Europa sein. 200000 Einheiten pro Jahr sollen produziert werden, gegenwärtig werden 100000 Datsuns in Großbritannien abgesetzt. Die Investition zielt also auf den gesamten europäischen Markt. Und sicherlich wird Toyota dem Rivalen folgen müssen. Weitere Kapitalvernichtung bei anderen Konzernen ist also vorprogrammiert.

Reagan setzt Abkommen mit dem Iran in Kraft

bep. Durch Veröffentlichung im US-Bundesanzeiger und Erlaß von Durchführungsbestimmungen durch das Finanzministerium ist das Abkommen mit dem Iran vom 19. Januar über die iranischen Vermögen in den USA jetzt von seiten der US-Regierung in Kraft gesetzt worden, nachdem trotz ausgedehnter Prüfungen kein juristischer Einwand gefunden worden war. Zivilklagen gegen den Iran werden an ein internationales Schiedsgericht verwiesen. Amerikanische Banken müssen die noch auf ihren Konten befindlichen iranischen Guthaben samt Zinsen an die Zentralbank überweisen, von wo sie auf ein Treuhandkonto der Bank von England weitergeleitet werden sollen. Nach US-Schätzungen belaufen sich die iranischen Vermögen in den USA noch auf 2 Mrd. $ Bankguthaben und 1 bis 2 Mrd. sonstige Vermögensgegenstände. Den Banken, die die Anweisung zur Auslieferung der Vermögen nicht erfüllen, drohen allerdings „bis auf weiteres keine Sanktionen".

Landwirtschaftliche Entwicklung in Ägypten

IWF und Weltbank wollen Kapitalisierung der Landwirtschaft beschleunigen

heh.Rom. Eine der ersten Maßnahmen der neuen ägyptischen Regierung nach dem Umsturz von 1952 war die Einleitung einer Landreform. Die Lage der ländlichen Massen war unerträglich geworden.

Durch die Landreform wurde der Landbesitz auf ein Maximum eingeschränkt, zuletzt 1969 auf 50 feddan (1 feddan = 0,42 ha). Darüber hinausgehender Besitz wurde gegen Entschädigung enteignet. 7% allen bebauten Bodens wurden so insgesamt an arme und landlose Bauern verteilt, u.a. die Ländereien der Königsfamilie und ausländischer Grundbesitzer. Die anderen Großgrundbesitzer entzogen sich jedoch meistens der Enteignung, indem sie das Land an Familienmitglieder übertrugen. Die Bauern dagegen, die Land erhielten, mußten dafür zahlen und sich in den staatlichen Kooperativen organisieren. Mehr Bauern waren von der Reform des Pachtverhältnisses betroffen als von der Bodenverteilung; denn etwa 60% der kultivierten Fläche unterlagen 1952 einem Pachtverhältnis. Eine Höchstrente wurde festgelegt, der Pachtvertrag mußte schriftlich niedergelegt sein, und die Pachtdauer durfte drei Jahre nicht unterschreiten.

Für die Landarbeiter wurde ein Mindestlohn gesetzlich festgelegt und die gewerkschaftliche Organisierung erlaubt.

	1952	1965
Anteil d. Bauern unter 5 feddan	94%	95%
durchschn. Landgröße feddan	0,8	1,2
Anteil an Gesamtfläche	35%	57%
Anteil Großgr.besitzer (über 50 feddan)	0,5%	0,3%
Anteil an Gesamtfläche	35%	12,6%
mittl. u. reiche Bauern (5–50 feddan)	5%	5%
Anteil an Gesamtfläche	30%	30%
landlose Bauern, Anteil an Gesamtbev.	60%	45%*

* 1972



Nur 4% der Oberfläche Ägyptens werden landwirtschaftlich genutzt. Bei Bewässerung und Drainage trägt der Boden bis zu 3 Ernten pro Jahr.

Es ist offensichtlich, daß diese Reform den Landhunger der Bauernmassen nicht befriedigen konnte.

Die Hauptresultate der Landreform dürften vielmehr die Ersetzung halbfeudaler, in der Stadt lebender Großgrundbesitzer durch eine Schicht kapitalistischer Bauern sein und die Ersetzung feudaler Praktiken durch Lohnarbeit.

Wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung

40% der Arbeitskräfte waren 1979 in der Landwirtschaft beschäftigt, 60% der Exporte und ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts kommen aus der Landwirtschaft. Die jährliche Wachstumsrate von etwa 20% bleibt jedoch unter dem Bevölkerungswachstum. 1977 mußten für 75 Mio. Dollar und 1978 für 114 Mio. Dollar Lebensmittel eingeführt werden.

In der Folge der Agrarreform organisierte die ägyptische Regierung die Bauern in staatlichen Kooperativen. Durch diese Kooperativen wurden Kredite verfügbar gemacht, ertragreiches Saatgut, Dünger und Pflanzenschutzmittel geliefert. Die Bewässerung wird organisiert, und die Bodennutzung weitgehend vorgeschrieben (Flurzusammenlegungen, Fruchtfolge). Die meisten Produkte werden zu staatlich festgelegten Preisen vermarktet. Für die wichtigen Produkte (Baumwolle, Weizen u.a.) werden zugleich Mengen festgelegt, die an den Staat zu liefern sind. Jeder Kooperative ist ein Beamter des Landwirtschaftsministeriums zugeordnet, der die Mitglieder überwacht und berät.

Diese Maßnahmen waren hinsichtlich einer Steigerung der Produktion zunächst recht erfolgreich. Gleichzeitig sorgten hohe Baumwollpreise (Korea Boom) und Beschränkung der Grundrente für eine vorübergehende Besserung in der Lage der Bauernmassen. Der bürokratische Charakter der Agrarreform trat jedoch klar zutage, und das Problem der landlosen Bauern war nach wie vor ungelöst.

Zwar verfolgte die Regierung eine Politik der Neulandgewinnung durch großangelegte Bewässerungsprogramme, die jedoch hinter die gesteckten Ziele weit zurückfielen. 0,9 Mio. feddan zu den 5,6 Mio. existierenden wurden bis 1976 urbar gemacht, die jedoch nur 3% aller Erträge lieferten. Zugleich führten steigender Grundwasserspiegel und unzureichende Drainage zur Versalzung der alten Böden und machten umfangreiche Investitionen erforderlich.

Auch kamen die Landwirtschaftskredite mehr den reichen und mittleren Bauern zugute, und die staatlich festgelegte Fruchtfolge zwang die armen, überwiegend für den Eigenbedarf produzierenden Bauern, Lebensmittel teuer einzukaufen. Ihre Verschuldung ist heute noch drückender als vor der Landreform.

Zugleich verfolgte die nationale Bourgeoisie eine Politik rascher Industrialisierung. Die Mittel dazu wurden aus der Landwirtschaft gepreßt. In den jüngsten Berichten schätzt die Weltbank, daß etwa 30% des in der Landwirtschaft erzeugten Wertes über niedrige Erzeugerpreise vom Staat angeeignet werden. Die Spanne zwischen Marktpreisen und Erzeugerpreisen beträgt manchmal über 100%. Die Folgen davon sind: 1) eine weitere Verelendung der Bauernmassen. Der landwirtschaftliche Lohn ist in den letzten Jahren rascher gesunken als der städtische und betrug 1979 etwa ein Drittel des Stadtlohnes. 2) Die Stagnation der Produktion von Grundnahrungsmitteln (v.a. Weizen), die in wachsendem Umfang eingeführt werden müssen. Die importierten Lebensmittel werden durch staatliche Lebensmittel dem niedrigen nationalen Preisniveau angeglichen. 1974 betrugen die staatlichen Lebensmittelsubventionen 410 Mio. äg. Pfund, 1979 schon 1370 Mio. 3) Die Bauern versuchen (teilweise trotz Strafandrohung) auf Produkte umzustellen, die über den freien Markt vertrieben werden (Fleisch, Obst, Gemüse). Die dafür notwendigen Investitionen können meist wieder nur die mittleren und reichen Bauern vornehmen. So unterscheidet man zwischen zwei Sektoren: den armen Bauern, die mit primitiven Methoden arbeiten und großenteils für die Eigenkonsumtion produzieren, und dem kapitalistischen Sektor.

mat.Sydney. Am 1. April soll das im vergangenen November zwischen Produzenten- und Verbraucherländern ausgehandelte dritte Weltkakaoabkommen in Kraft treten. Kakao steht nach Kaffee und Zucker an dritter Stelle im Export landwirtschaftlicher Produkte der 3. Welt. Ursprünglich eine tropische Kulturpflanze der mittelamerikanischen Indianergesellschaften, wurde der Kakaobaum im 19. Jahrhundert in allen tropischen Kolonien eingeführt. Nach Erringung der Unabhängigkeit reagierten die Länder auf die steigende Nachfrage mit Ausweitung der Anbauflächen und Einführung ertragreicherer Sorten. In den letzten 20 Jahren stieg die Weltproduk-

Weltkakao-Abkommen wieder erfolglos?

Zahlreiche Länder haben unterzeichnet / Inkrafttreten dennoch gefährdet

gen Eigenschaften nur, wenn es gelingt, die Wirkungen der krisenhaften kapitalistischen Weltwirtschaft in Grenzen zu halten.
Ein Abkommen zur Stabilisierung des Preises ist deshalb eine alte Forderung der Produzentenländer. Das erste Abkommen trat 1972 in Kraft, das zweite lief im März 1980 aus. Der Kern des Abkommens war derselbe wie bei dem jetzt angestrebten dritten Abkommen: Es wurde ein Interventionsfonds

nach einem unteren Interventionspreis von 1,20 Pfund Sterling den gegenwärtigen Weltmarktpreis sichern, wobei sie von den meisten Produzenten unterstützt wurde. Die meisten Verbraucherländer schlugen 1,10 Pfund Sterling vor, und Ghana sowie einige kleinere Produzenten waren bereit, darauf einzugehen. Die USA waren anfänglich sogar nur zu 1,00 Pfund Sterling bereit. Die endgültige Formulierung des Abkommens, das für 3 Jahre gel-

duzentenländer in eine schwierige Lage bringen, wenn auch das neue Abkommen wirkungslos bleibt. Stabile Kakaoeinnahmen können sie dazu nutzen, die Verarbeitung der Kakaobohnen im eigenen Land voranzubringen, was den Wert der Exporte erhöht. Welche Fortschritte dabei bereits erzielt worden sind, zeigt der Im- und Export von Schokolade der afrikanischen Länder. 1961–65 betrug das Verhältnis Import: Export noch 140:1;

in Kraft treten kann, sind die Unterschriften der Produzenten von mindestens 80% des Exports erforderlich. Der Exportanteil der Elfenbeinküste beträgt aber allein 22%, so daß das Abkommen durch deren Weigerung, ihm beizutreten, bisher blockiert ist. Eine Änderung der 80%-Regelung ist deshalb schon im Gespräch. Es wäre bedauerlich, wenn die Elfenbeinküste erneut versuchen sollte, die von ihr angestrebten besseren Bedingungen allein durchzusetzen. Landwirtschaftsminister Bra Kanon hat angekündigt, daß das Land eine eigene Kakaoreserve von 100000 Tonnen anlegen will, um seinen Preis zu stützen. Ein ähnlicher Versuch endete Anfang 1980 in Verlusten von 98 Mio. $, als das Land bei

Anteil d. Bauern unter 5 feddan 94% 95%
durchschn. Landgröße feddan 0,8 1,2
Anteil an Gesamtfläche 35% 57%
Anteil Großgr.besitzer (über 50 feddan) 0,5% 0,3%
Anteil an Gesamtfläche 35% 12,6%
mittl. u. reiche Bauern (5–50 feddan) 5% 5%
Anteil an Gesamtfläche 30% 30%
landlose Bauern, Anteil an Gesamtbev. 60% 45%*
* 1972

dürften vielmehr die Ersetzung halbfeudaler, in der Stadt lebender Großgrundbesitzer durch eine Schicht kapitalistischer Bauern sein und die Ersetzung feudaler Praktiken durch Lohnarbeit.

Wirtschaftliche Maßnahmen der Regierung

40% der Arbeitskräfte waren 1979 in der Landwirtschaft beschäftigt, 60% der Exporte und ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts kommen aus der Landwirtschaft. Die jährliche Wachs-

In der Folge der Agrarreform organisierte die ägyptische Regierung die Bauern in staatlichen Kooperativen. Durch diese Kooperativen wurden Kredite verfügbar gemacht, ertragreiches Saatgut, Dünger und Pflanzenschutzmittel geliefert. Die Bewässerung wird organisiert, und die Bodennutzung weitgehend vorgeschrieben (Flurzusammenlegungen, Fruchtfolge). Die meisten Produkte werden zu staatlich festgelegten Preisen vermarktet. Für die wichtigen Produkte (Baumwolle, Weizen u.a.) werden zugleich Mengen festgelegt, die an den Staat zu liefern

lich einer Steigerung der Produktion zunächst recht erfolgreich. Gleichzeitig sorgten hohe Baumwollpreise (Korea Boom) und Beschränkung der Grundrente für eine vorübergehende Besserung in der Lage der Bauernmassen. Der bürokratische Charakter der Agrarreform trat jedoch klar zutage, und das Problem der landlosen Bauern war nach wie vor ungelöst.
Zwar verfolgte die Regierung eine Politik der Neulandgewinnung durch großangelegte Bewässerungsprogramme, die jedoch hinter die gesteckten Ziele weit zurückfielen. 0,9 Mio. fed-

lebensmittelsubventionen 410 Mio. äg. Pfund, 1979 schon 1370 Mio. 3) Die Bauern versuchen (teilweise trotz Strafandrohung) auf Produkte umzustellen, die über den freien Markt vertrieben werden (Fleisch, Obst, Gemüse). Die dafür notwendigen Investitionen können meist wieder nur die mittleren und reichen Bauern vornehmen. So unterscheidet man zwischen zwei Sektoren: den armen Bauern, die mit primitiven Methoden arbeiten und großenteils für die Eigenkonsumtion produzieren, und dem kapitalistischen Sektor.

Weltkakao-Abkommen wieder erfolglos?

Zahlreiche Länder haben unterzeichnet / Inkrafttreten dennoch gefährdet

mat.Sydney. Am 1. April soll das im vergangenen November zwischen Produzenten- und Verbraucherländern ausgehandelte dritte Weltkakaoabkommen in Kraft treten. Kakao steht nach Kaffee und Zucker an dritter Stelle im Export landwirtschaftlicher Produkte der 3. Welt. Ursprünglich eine tropische Kulturpflanze der mittelamerikanischen Indianergesellschaften, wurde der Kakaobaum im 19. Jahrhundert in allen tropischen Kolonien eingeführt. Nach Erringung der Unabhängigkeit reagierten die Länder auf die steigende Nachfrage mit Ausweitung der Anbauflächen und Einführung ertragreicherer Sorten. In den letzten 20 Jahren stieg die Weltproduktion von 1,2 auf 1,6 Mio. Tonnen, der Hektarertrag konnte von 500 auf bis zu 1300 kg gesteigert werden. Mittelfristig bleibt die Produktion noch immer hinter dem Bedarf zurück.

Die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt spiegelt diese Entwicklung nur wenig wider. Hauptsächlich ist sie von den kurzfristigen Schwankungen der Nachfrage bestimmt, die mit den Krisen der imperialistischen Länder, die die Hauptkäufer sind, auf und ab geht. So stieg der Preis für ein pound (englisches Pfund = 0,45 kg) zwischen 1975 und 1977 auf das Vierfache, von 0,565 auf 2,14 Pfund Sterling. Bis 1979 fiel er auf 1,40 Pfund Sterling, und heute steht er bei unter 1,30 Pfund Sterling. Unter derart unsicheren Bedingungen ist es den Ländern der 3. Welt nahezu unmöglich, eine langfristige Planung der Kakao-Produktion zu entwickeln, die wegen der natürlichen Bedingungen des Kakaoanbaus dringend notwendig ist. 4–5 Jahre braucht ein Baum, bis er die ersten Früchte trägt. Erst im zehnten bis zwölften Jahr ist er voll ertragsfähig, und nach 30–40 Jahren muß er ersetzt werden, wenn er nicht vorher schon wegen Schädlingsbefall unrentabel geworden ist.

Für den Aufbau einer leistungsfähigen Landwirtschaft in den Tropenländern ist Kakao besonders geeignet. Er kann von Kleinbauern und Dorfgemeinschaften ebenso erfolgreich angepflanzt werden wie in Plantagen, und da er mehrere Monate hindurch gleichmäßig Früchte trägt, garantiert er ihnen einen gleichbleibenden Strom von Einnahmen über den größten Teil des Jahres. Nutzbar werden diese günstigen Eigenschaften nur, wenn es gelingt, die Wirkungen der krisenhaften kapitalistischen Weltwirtschaft in Grenzen zu halten.

Ein Abkommen zur Stabilisierung des Preises ist deshalb eine alte Forderung der Produzentenländer. Das erste Abkommen trat 1972 in Kraft, das zweite lief im März 1980 aus. Der Kern des Abkommens war derselbe wie bei dem jetzt angestrebten dritten Abkommen: Es wurde ein Interventionsfonds geschaffen und ein Reservelager eingerichtet, und es wurden obere und untere Interventionspreise festgelegt. Beim Sinken des Marktpreises unter den unteren Interventionspreis sollte der Fonds Kakao ankaufen, beim Steigen über den oberen Interventionspreis Kakao aus dem Lagerbestand auf den Markt bringen.

Tatsächlich ist es nie dazu gekommen. Den imperialistischen Verbraucherländern war es gelungen, derart niedrige Interventionspreise durchzusetzen, daß der aktuelle Weltmarktpreis Jahre hindurch weit darüber lag, das Reservelager schnell erschöpft und für Preisregulierung nichts vorhanden war. Noch 1978 wurden 0,65–0,81 Pfund Sterling als revidierte Interventionspreise festgesetzt, nach Angaben der Produzenten und dem Eingeständnis der Verbraucherländer weniger als der Produktionspreis. Das größte Verbraucherland, die USA, trat beiden Abkommen bis zuletzt nicht bei, und in Zeiten der Krise mußten die Produzentenländer eigene Lager anlegen, um den Preis zu stützen.

Die Folgen waren für einige Länder verheerend. In Nigeria sank die Produktion beträchtlich. Ghana, 1960 mit 40% des Exports größter Produzent, hat seine Pflanzungen nur wenig erneuert, so daß die Produktion dort seitdem von 4,35 auf 2,95 Mio. Tonnen gefallen ist. Es steht heute an dritter Stelle nach der Elfenbeinküste und Brasilien. Die verschiedene Entwicklung in den einzelnen Ländern wirkte sich auf die Position der Produzenten in den Verhandlungen für das neue Abkommen nachteilig aus. Die Elfenbeinküste wollte mit der Forderung nach einem unteren Interventionspreis von 1,20 Pfund Sterling den gegenwärtigen Weltmarktpreis sichern, wobei sie von den meisten Produzenten unterstützt wurde. Die meisten Verbraucherländer schlugen 1,10 Pfund Sterling vor, und Ghana sowie einige kleinere Produzenten waren bereit, darauf einzugehen. Die USA waren anfänglich sogar nur zu 1,00 Pfund Sterling bereit. Die endgültige Formulierung des Abkommens, das für 3 Jahre gelten soll, sieht untere und obere Interventionspreise von 1,10 und 1,50 Pfund Sterling vor. Zwei Mal während der Laufzeit des Abkommens ist eine Revision um jeweils 4 Cent möglich; der untere Interventionspreis wird auf 1,06 und, falls nötig, erneut auf 1,02 Pfund Sterling gesenkt, wenn das Reservelager auf über 100000 anwächst. Die USA haben inzwischen zwar die festgesetzte Preisspanne akzeptiert, verlangen aber eine Revision um jeweils 5 statt 4 Cent und wollen dem Abkommen deshalb nicht beitreten. Die Elfenbeinküste, die der Preisspanne ebenfalls zugestimmt hat, will Revision nur um 3 Cent zulassen und bleibt dem Abkommen deshalb fern.

Die infolge der anhaltenden Krise weiter geringe Nachfrage wird die Produzentenländer in eine schwierige Lage bringen, wenn auch das neue Abkommen wirkungslos bleibt. Stabile Kakaoeinnahmen können sie dazu nutzen, die Verarbeitung der Kakaobohnen im eigenen Land voranzubringen, was den Wert der Exporte erhöht. Welche Fortschritte dabei bereits erzielt worden sind, zeigt der Im- und Export von Schokolade der afrikanischen Länder. 1961–65 betrug das Verhältnis Import: Export noch 140:1; umgekehrt auf 1,5:1 zugunsten des Exports. Sicherlich sind diese Zahlen keine korrekte Beschreibung der wahren Verhältnisse, weil Kakaoverarbeitung und Schokoladenproduktion oft von imperialistischen Konzernen kontrolliert werden. Dasselbe gilt aber zum Teil auch vom Anbau selbst, und ohnehin ist es so, daß ein Weltkakaoabkommen nur anstreben kann, einen stabilen Preisrahmen zu schaffen für die Anstrengungen der Dritten Welt, ihre wirtschaftliche Selbständigkeit zu stärken. Ob die Vorteile des Abkommens den Bauernmassen zugute kommen oder imperialistischen Agrar- und Nahrungsmittelkonzernen, entscheidet sich in der Politik jedes einzelnen Landes.

Damit das Abkommen am 1. April in Kraft treten kann, sind die Unterschriften der Produzenten von mindestens 80% des Exports erforderlich. Der Exportanteil der Elfenbeinküste beträgt aber allein 22%, so daß das Abkommen durch deren Weigerung, ihm beizutreten, bisher blockiert ist. Eine Änderung der 80%-Regelung ist deshalb schon im Gespräch. Es wäre bedauerlich, wenn die Elfenbeinküste erneut versuchen sollte, die von ihr angestrebten besseren Bedingungen allein durchzusetzen. Landwirtschaftsminister Bra Kanon hat angekündigt, daß das Land eine eigene Kakaoreserve von 100000 Tonnen anlegen will, um seinen Preis zu stützen. Ein ähnlicher Versuch endete Anfang 1980 in Verlusten von 98 Mio. $, als das Land bei sinkenden Preisen gezwungen war, seinen Lagerbestand schließlich auf den Markt zu bringen.

Die Arbeiterklasse in den Verbraucherländern kann die Bemühungen der Dritten Welt um angemessene Preise für ihre Produkte unterstützen, indem sie darauf drängt, daß ihre Regierungen das Abkommen einhalten und sich an der Finanzierung des Reservelagers beteiligen. Vor allem müssen die USA gezwungen werden, endlich Mitglied des Kakaoabkommens zu werden. In diesem Jahr stehen Verhandlungen für mehrere Rohstoffabkommen an. Die Furcht, ein Erfolg der Dritten Welt beim Kakaoabkommen werde die Position der Imperialisten dafür schwächen, ist einer der Gründe, warum die USA sich so hartnäckig weigern.



Kakao ist für den Anbau auf Dorfebene gut geeignet. Trocknen der Bohnen in Papua-Neuguinea

Gewerkschaften im öffentlichen Dienst: 7%

Starke Strömung für Fest- und Mindestbeträge / Unterstützung der IGM-Aktionen

vol. Die Tarifkommissionen und Hauptvorstände der sechs Gewerkschaften im öffentlichen Dienst haben sich auf eine Forderung von 7% mehr Lohn, 70 DM plus Umwandlung der 40 DM für die über 18jährigen in einen festen Bestandteil für alle Auszubildenden geeinigt. In der Debatte um die Aufstellung der Forderung hat es eine starke Strömung für Festgeld zwischen 120 und 170 DM und mehr gegeben, die eine Schranke gegen Abgruppierung und Aufsplitterung des Lohngefüges als erstes Ziel in diesem Tarifkampf zum Ziel hat. In die gleiche Richtung gehen die vielen Forderungsvorschläge für einen Mindestbetrag. Diese Interessen haben sich vorläufig nicht durchsetzen lassen in der Forderung, sie sind aber für den weiteren Verlauf des Tarifkampfes von Bedeutung, weil sie für die Verhandlungsführung der Gewerkschaften Marken setzen. ÖTV-Vorsitzender Kluncker hat dies insofern aufgenommen, als er vor den Fernsehkameras betonte, daß es ihm und den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst insbesondere um die Realeinkommenssicherung für die Lohnabhängigen im einfachen und mittleren Dienst gehe. Die ÖTV hat laut ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' die Gegenseite deshalb auch aufgefordert, ihre Vorstellung über die Begrenzung der Erhöhung für höhere Einkommen zu konkretisieren. Ob sich dieses Ziel mit einer Prozentforderung bzw. Prozentabschluß tatsächlich erreichen läßt, wird sich zeigen. Sicher ist, daß, wenn prozentual unter 5% abgeschlossen werden soll, mit einer Umrechnung dieses Abschlusses auf Festgeld dieses Ziel sich besser erreichen läßt, ohne irgendwelche Zugeständnisse an eine Lohnpause zu machen – auch wenn sie nur für höhere Gehälter ins Auge gefaßt wird.

Die Propagandakampagne gegen die Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst hat mit der Forderungsaufstellung wieder Auftrieb. ,,Nicht weniger, sondern mehr arbeiten'' bei gleichbleibendem Nominal- und sinkendem Reallohn ist die Devise, die das Kieler Institut für Weltwirtschaft und ein paar Professoren insbesondere für den öffentlichen Dienst ausgeben. Die ,,Tagesthemen'' im ersten westdeutschen Fernsehprogramm haben gleich eine Zusammenstellung der im Haushaltsausschuß besprochenen Kürzungspläne für den öffentlichen Dienst bei Bekanntgabe der Forderung der ÖTV mitgeliefert: Streichung der Ministerialzulage bringt 150 Mio. DM im Jahr, Besoldungsstopp bei den Beamten 160 Mio. DM monatlich, ca. 2 Mrd. DM im Jahr (dabei gehen sie von ca. 3% Lohnsteigerung im öffentlichen Dienst aus); Streichung der Verheiratetenbestandteile (Ortszuschlag, Wohngeld) 1,6 Mrd. DM.

Die Vertreter von Ländern und Gemeinden haben die Forderung als ,,unannehmbar'' charakterisiert. Baum hält sich im Augenblick im Hintergrund, wobei er in der Parlamentsdebatte alle Vorschläge für ,,diskussionswürdig'' erklärte. Ausgangspunkt für die bürgerliche Propaganda wie auch die Stellungnahmen der Regierungen ist die Behauptung, daß das sinkende Bruttosozialprodukt und das daraus folgende – vereinfacht gesprochen – sinkende Steueraufkommen des bürgerlichen Staates ,,alle'' zum Zurückstecken zwinge. Nur stimmt es so eben nicht. Das Sinken des Bruttosozialprodukts und des Steueraufkommens ist Ausdruck des Überflusses an gesellschaftlichem Reichtum und Ausdruck für die hohe Produktivkraft der Arbeit der Lohnabhängigen. Nur weil dieser gesellschaftliche Reichtum in der Form von Kapital in Westdeutschland existiert und die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit tendenziell die Profitrate der Kapitalistenklasse senkt, sinkt auch das Bruttosozialprodukt aufgrund des erlahmenden Akkumulationsinteresses der Kapitalistenklasse. Die Vorschläge nach ,,mehr Arbeit'' und Kürzung des Lohns haben von daher auch nicht den Zweck der Ausdehnung der Produktion, sondern der Steigerung der Profitrate auf der Grundlage der Steigerung der Ausbeutung der beschäftigten Lohnabhängigen.

Die Stellungnahmen der Regierung und der bürgerlichen Journaille bestätigen die Richtigkeit der Vorbereitungen der Gewerkschaften, mit den Forderungen auch die Aktionsmöglichkeiten der Belegschaften zu besprechen. Ab der nächsten Woche wird die IG Metall in den Betrieben, aber auch in den Städten zur Durchsetzung ihrer Forderungen Aktionen durchführen, die von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst unterstützt werden sollten. Am 6. März findet die erste Verhandlung in Stuttgart statt.



Metall: Aktionen, Verhandlungen, Friedenspflicht beendet

Die ergebnislosen Verhandlungen der letzten Woche wurden begleitet durch Demonstrationen und Streiks gegen die 2,5% und 3%-Angebote der Metallkapitalisten. *Bild 1:* Wiesbaden, 2000 Metallarbeiter demonstrierten zum Verhandlungslokal. *Bild 2:* Die Forderungen richten sich gegen das 2,5%-Angebot, fordern 8% und die Anhebung der unteren Lohngruppen. *Bild 3:* Der IGM-Bezirksleiter Pleitgen: ,,Reale Kaufkraft sichern, darunter geht nichts.'' ,,Wenn die Arbeitgeber meinen, hier (bei den unteren Lohngruppen) kämen sie mit kleinen Garnierungen weg, haben sie sich geirrt''. ,,Dies ist ein Beispiel der ,neuen Beweglichkeit' ... wir werden nicht nur die Betriebe, die Metaller, sondern die ganze Stadt mobilisieren''. ,,Wenn diese ,neue Beweglichkeit' nicht reicht, werden wir auf die alte zurückgreifen: Streik, Urabstimmung''. *Bild 4:* Ludwigsburg, die Kapitalisten mußten unter den Forderungen hindurch.







950 Entlassungen bei Kreidler IG-Metall fordert Sozialplan

jüs.Stuttgart. Vorletzten Freitag wurde dem Betriebsrat der Kreidler-Werke GmbH schlicht und einfach mitgeteilt: der Liquidationsvergleich für die Firma mußte angemeldet werden, die 1 400 Arbeiter und Angestellten (außer den Prokuristen) der Werke in Stuttgart-Zuffenhausen, Kornwestheim und Werl in Westfalen – sollen am Montag nicht mehr erscheinen, – der Produktionsbereich Nicht-Eisen-Metalle (950 Beschäftigte) wird stillgelegt, die 450 Leute im Fahrzeugbau können bald weiterarbeiten.

Noch am selben Tag demonstrierten Arbeiter spontan vor dem Werkstor. Die Kapitalisten versuchen am Vormittag massiv Waren rausschaffen zu lassen. Nicht lange: Im Werk III wird ein mit Zink beladener LKW blockiert und abgeladen. Der Betriebsrat organisiert für die Nacht und das Wochenende Be-

schäftsleitung will mit der Polizei räumen lassen, zieht jedoch zurück. – Am Montag finden Versammlungen statt. Die Arbeiter des Fahrzeugbaus werden teilweise telephonisch für den Dienstag wieder zur Arbeit bestellt.

⅓ der 800 betroffenen Arbeiter in Stuttgart sind älter als 45 Jahre oder ungelernt. 60 % in der Produktion sind ausländische Arbeiter. Einen Sozialplan haben die Kapitalisten nicht vorgelegt. Immer deutlicher stellt sich heraus, daß der Nicht-Eisen-Metallbereich schon lange profitliche Manövriermasse in den Plänen der Geschäftsleitung war: deshalb wurde schon im Oktober der ,,rentable Fahrzeugbau'' ausgegliedert, deshalb sind im Januar 300 Entlassungen angemeldet worden, werden seit November die Sozialabgaben an die AOK nicht mehr gezahlt

gentumswohnungen an Arbeiter verkauft. Kräftig haben die Kreidler-Kapitalisten noch ranklotzen lassen. Anfang des Jahres wurde im Werk III eine Halle neu eingerichtet und bis zu 80 Überstunden im Monat gemacht. Überstunden an Maschinen, die ein Arbeiter folgendermaßen beschrieb: ,,Als ich vor 28 Jahren anfing, arbeitete ich schon damals an derselben Maschine wie heute, die der Seniorchef schon gebraucht angeschafft hatte.''

Die IG-Metall fordert jetzt verstärkt einen Sozialplan für alle 950 Entlassenen und die Sicherung der Lohnzahlung sowie der Sozialabgaben. Frech halten nun die Kreidler-Kapitalisten die Forderungen der Gläubiger mit 160 Mio. DM den Arbeitern entgegen. Der baldige Verkauf des Fahrzeugbaus an eine ,,Auffanggesellschaft'' wurde an-

Begrenzung der Erhöhung für höhere Einkommen zu konkretisieren. Ob sich dieses Ziel mit einer Prozentforderung bzw. Prozentabschluß tatsächlich erreichen läßt, wird sich zeigen. Sicher ist, daß, wenn prozentual unter 5% abgeschlossen werden soll, mit einer Um-

hält sich im Augenblick im Hintergrund, wobei er in der Parlamentsdebatte alle Vorschläge für ,,diskussionswürdig'' erklärte. Ausgangspunkt für die bürgerliche Propaganda wie auch die Stellungnahmen der Regierungen ist die Behauptung, daß das sinkende

Metall in den Betrieben, aber auch in den Städten zur Durchsetzung ihrer Forderungen Aktionen durchführen, die von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst unterstützt werden sollten. Am 6. März findet die erste Verhandlung in Stuttgart statt.







950 Entlassungen bei Kreidler IG-Metall fordert Sozialplan

jüs.Stuttgart. Vorletzten Freitag wurde dem Betriebsrat der Kreidler-Werke GmbH schlicht und einfach mitgeteilt: der Liquidationsvergleich für die Firma mußte angemeldet werden, die 1 400 Arbeiter und Angestellten (außer den Prokuristen) der Werke in Stuttgart-Zuffenhausen, Kornwestheim und Werl in Westfalen – sollen am Montag nicht mehr erscheinen, – der Produktionsbereich Nicht-Eisen-Metalle (950 Beschäftigte) wird stillgelegt, die 450 Leute im Fahrzeugbau können bald weiterarbeiten.

Noch am selben Tag demonstrierten Arbeiter spontan vor dem Werkstor. Die Kapitalisten versuchen am Vormittag massiv Waren rausschaffen zu lassen. Nicht lange: Im Werk III wird ein mit Zink beladener LKW blockiert und abgeladen. Der Betriebsrat organisiert für die Nacht und das Wochenende Bewachungsmannschaften. Die Ge-

schäftsleitung will mit der Polizei räumen lassen, zieht jedoch zurück. – Am Montag finden Versammlungen statt. Die Arbeiter des Fahrzeugbaus werden teilweise telephonisch für den Dienstag wieder zur Arbeit bestellt.

⅓ der 800 betroffenen Arbeiter in Stuttgart sind älter als 45 Jahre oder ungelernt. 60 % in der Produktion sind ausländische Arbeiter. Einen Sozialplan haben die Kapitalisten nicht vorgelegt. Immer deutlicher stellt sich heraus, daß der Nicht-Eisen-Metallbereich schon lange profitliche Manövriermasse in den Plänen der Geschäftsleitung war: deshalb wurde schon im Oktober der ,,rentable Fahrzeugbau'' ausgegliedert, deshalb sind im Januar 300 Entlassungen angemeldet worden, werden seit November die Sozialabgaben an die AOK nicht mehr gezahlt und wurden Werkswohnungen als Eigentumswohnungen an Arbeiter verkauft. Kräftig haben die Kreidler-Kapitalisten noch ranklotzen lassen. Anfang des Jahres wurde im Werk III eine Halle neu eingerichtet und bis zu 80 Überstunden im Monat gemacht. Überstunden an Maschinen, die ein Arbeiter folgendermaßen beschrieb: ,,Als ich vor 28 Jahren anfing, arbeitete ich schon damals an derselben Maschine wie heute, die der Seniorchef schon gebraucht angeschafft hatte.''

Die IG-Metall fordert jetzt verstärkt einen Sozialplan für alle 950 Entlassenen und die Sicherung der Lohnzahlung sowie der Sozialabgaben. Frech halten nun die Kreidler-Kapitalisten die Forderungen der Gläubiger mit 160 Mio. DM den Arbeitern entgegen. Der baldige Verkauf des Fahrzeugbaus an eine ,,Auffanggesellschaft'' wurde angekündigt.

,,Schandurteil'' – Gerechtfertigter Kommentar

bee.Stuttgart. Der Bezirksleiter der IG Metall Stuttgart, Franz Steinkühler, wurde am Donnerstag, den 25. Februar im sogenannten ,,Schandurteils-Prozeß'' vor dem Stuttgarter Amtsgericht freigesprochen. Steinkühler hatte im letzten Jahr in den ,,Metall-Nachrichten'' das Urteil, mit dem das Karlsruher Amtsgericht die Entlassung des Schweißers W. Reizig wegen Anzeige der ihn beschäftigenden Fa. Barth beim Gewerbeaufsichtsamt bestätigt hatte, als Schandurteil bezeichnet. Das Amtsgericht: Reizig hatte Nachteile für seinen Arbeitgeber provoziert, ,,geringer eigener Vorteile wegen''. Diese bestanden im Interesse am Schutz vor Dämpfen, die aus beschweißtem Kunststoff frei werden. Der Kommentar der IGM sei noch schwach, sagte jetzt Amtsrichter Wolf. Nicht die Unabhängigkeit der Justiz sei hier zu schützen, sondern die Freiheit der Rede: Steinkühlers Kampagne für mehr Sicherheit am Arbeitsplatz sei nur zu unterstützen.

IG Druck fordert 8%

ck. Die Große Tarifkommission der IG Druck und Papier hat am 25.2.81 für den Bereich der Druckindustrie 8% mehr Lohn und Gehalt, den Wegfall der Lohngruppe I und die Anhebung der Ausbildungsvergütung um den DM-Betrag gefordert, der die Erhöhung des Ecklohns ausmacht. Der Vorsitzende der IG Druck, Mahlein, begründete die Forderung mit der Notwendigkeit eines einheitlichen Kampfes aller Gewerkschaften des DGB um die Erhaltung des Reallohns. Als Mindestforderung hatte auch das Vorstandsmitglied Hensche eine Woche zuvor die Absicherung des Reallohns gefordert. Die Mehrheit der großen und kampfstarken Ortsvereine hatte Festgeld oder Mindestabschlüsse um 180 DM gefordert, so daß die lineare %-Forderung nicht besonders gut ankommen wird. Notwendig muß es deswegen sein, den Reallohn *auch wirklich* und *für alle abzusichern*

5-Tagewoche in Ungarn vorzeitig eingeführt

krk. Für 1982 kündigte der im Dezember vorgelegte Entwurf des ungarischen Fünfjahrplanes die Einführung der Fünftagewoche an. Arbeitsminister Threton Ferenc erklärte nun auf der zentralen Konferenz für Arbeitskräftewirtschaft: für Betriebe, in denen in drei Schichten gearbeitet wird, könne die Umstellung am 1. Juli beginnen, für andere Bereiche am 1. Januar nächsten Jahres. Noch im Laufe von 1982 soll die Umstellung vollzogen sein. Die Betriebe müssen die Verkürzung der Arbeitszeit aus eigener Kraft verwirklichen, dabei darf weder der Lohn sinken noch die Produktion vermindert oder die Versorgung der Bevölkerung verschlechtert werden. Die Verminderung der Arbeitszeit soll durch bessere Arbeitsorganisation ausgeglichen werden. Seit Anfang des Jahres hat die Regierung außerdem ein Gesetz zur Einschränkung der Repräsentation von Betrieben und der Privilegien von Betriebs-, Partei- und Staatsfunktionären in dem Bereich verabschiedet.

Berufungsverhandlung von 25 Arbeiterinnen von Thyssen

bil. Das Landesarbeitsgericht Frankfurt hat am 26.2. noch keine Entscheidung über die Berufung der Thyssen-Kapitalisten getroffen, sondern will die Beweisaufnahme fortsetzen. In erster Instanz hatte das Arbeitsgericht Wetzlar auf die Klage von 25 Kabelspulerinnen entschieden, daß die Kabelspulerinnen von Lohngruppe 3 in Lohngruppe 4 eingestuft werden müssen. Die durch die Gewerkschaft vertretenen Kabelspulerinnen hatten Eingruppierung in die Lohngruppe 5 verlangt. Die Kapitalisten haben vorgetragen, daß im Fall einer Höhergruppierung das ganze Tarifsystem durcheinandergebracht wird. Rund 100 Gewerkschafter versammelten sich vor und im Landesarbeitsgericht mit Transparenten u.a. mit der Aufschrift gegen ,,Ausbeutung und Billiglöhne''.



Eine fünfköpfige Delegation der polnischen ,,Solidarność'' unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Bogdan Lis (Bildmitte) hat dem schwedischen Gewerkschaftsverband LO einen offiziellen Besuch abgestattet. LO hat seine Unterstützung nochmals bekräftigt. Eine Geldsammlung für Druck- und Büroausrüstungen ist im Gange, vier polnische Gewerkschafter werden zur Zeit von der Druckergewerkschaft in den Druckereien großer Zeitungen ausgebildet.

Neuer Manteltarifvertrag

urf. Nach über einjähriger Verhandlung zwischen der Gewerkschaft HBV und den Kapitalisten im hessischen Einzelhandel konnte am 16.1.81 endlich eine Einigung erzielt werden. Am 19.1.81 hat die Große Tarifkommission der HBV zugestimmt. Wichtigste Ergebnisse sind: Verlängerung des Jahresurlaubs in Jahresstufen bis 1984 um 3 – 6 Tage. 6 Wochen Jahresurlaub für alle Arbeitnehmer nach vollendetem 30. Lebensjahr ab 1984. Verdienstsicherung und Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer ab 55. Lebensjahr bei 15 Jahren Betriebszugehörigkeit. Verbesserung für Auszubildende: 3 Monate vor voraussichtlicher Beendigung der Ausbildung muß der Arbeitgeber schriftlich mitteilen, wenn der Auszubildende nicht angestellt werden soll. Nach erfolgreicher Beendigung der Verkäuferausbildung ist die Fortsetzung der Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann zu ermöglichen. Wenn der Arbeitgeber selber die Ausbildung nicht weiterführen kann, hat er sich um einen anderen Ausbildungsplatz zu bemühen. Erhöhung der Zuschläge für Mehr-, Nacht- und Sonntagsarbeit. Die Zuschläge sind so geringfügig, daß sie keine wirksame Einschränkung von Überstunden bilden. Für den Lohnkampf ist entscheidend, daß die Unterschiede zwischen Land- und Stadttarif wegfallen. (Bis zu 50 DM Unterschied.) Zwei wesentliche Forderungen konnten bis jetzt nicht verankert werden. Über sie wird weiterverhandelt: Ladenschlußzeit soll gleich spätestes täglicher Arbeitsende gelten, und die Arbeit an Bildschirmen muß geregelt werden.

Arbeitsmarktpolitische Forderungen des DGB

Illusionäre Vorstellungen aber im einzelnen notwendige Forderungen

ped. Seitdem im letzten Aufschwungzyklus der kapitalistischen Wirtschaft die Arbeitslosigkeit sich konsolidiert hat und zunehmend die klassischen Formen sowohl der flüssigen als auch der latenten und stockenden Form annimmt, hat sich die beschäftigungspolitische Debatte in den Gewerkschaften von einer reinen Zielsetzung der „beruflichen Anpassung" zusätzlich hin zur „Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen" geändert.

Mit Beginn der einsetzenden erneuten Wirtschaftskrise verstärkten sich die Forderungen der Gewerkschaften an die Regierung. Der DGB stellt fest, daß die von ihm vertretene Arbeitsmarktpolitik erfolgreich nur sein kann, koordiniert mit Maßnahmen in der Wirtschaft (Anschlußprogramm Zukunftsinvestitionen), der Bildung (10. Schuljahr, Ganztagsschule, kleinere Klassen) und der Tarifpolitik (Verkürzung der Arbeitszeit, Senkung des Rentenalters, Abbau von Mehr- und Schichtarbeit).

Der Schwerpunkt der Schaffung neuer Arbeitsplätze liegt bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Laut DGB gibt es „erhebliche Wachstumsnischen" im Dienstleistungs- und Infrastrukturbereich, vor allem aber in den sozialen Diensten: „Durch zunehmende Auflösung des traditionellen Familienverbandes werden Funktionen, die bisher in der Familie bewältigt wurden, ‚freigesetzt', ohne daß sie vollständig vom Markt aufgegriffen, geschweige denn gelöst werden. Es sind dies vor allem: Pflege-, Betreuungs- und Sozialisationsfunktionen." Kindergarten, Ganztagsschulen etc. Hier lauern alle Versprechungen der mit der „Reformpolitik" angetretenen SPD-Regierung unter Brandt. Ernüchternd wird aber dann selbst eingewandt: „Die bestechende Brillianz ... sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen. Die Expansion höherwertiger Güter- und Dienstleistungen muß durch Produktivitätsfortschritte in den Sektoren der Basisgüter erwirtschaftet werden." (Gewerkschaftliche Monatshefte, 7/80)

Mit diesem Schluß ist man dann wieder beim harten Kern der Sache: der kapitalistischen Produktion, der Produktion von Gütern in der Form von Waren, die allein die Grundlage aller Reproduktion in der Gesellschaft abgeben. Dort, wo unbestritten sowohl die zyklischen Krisen wie die wachsende Produktion überflüssiger Arbeitskräfte ihre Ursachen haben.

Die wachsende Produktivität der Arbeit in der Industrie beruht auf einer sich ändernden Zusammensetzung des fungierenden Kapitals. Die Auslage für die sachlichen Anlagen der Produktion wächst, während die Auslage für den Ankauf der Arbeitskraft demgegenüber sinkt. Trotz steigender Produktion steigt die Anzahl der in der Produktion Beschäftigten nicht entsprechend. Sie sinkt auch absolut, indem die Expansion der Produktion zunehmend an die Grenzen der Mehrwertproduktion gelangt. Der Mehrwert ist nur Produkt der neue Werte schaffenden lebendigen Arbeitskraft in der Produktion. Die Rate des Mehrwerts pro Kapitalauslage für eine Arbeitskraft steigt ständig. Da aber der Kapitalist diesen Mehrwert auf sein gesamtes angewandtes Kapital, also inklusive der Auslagen für Maschinerie, bezieht, sinkt die Rate. Das führt zu einem Stocken der Kapitalakkumulation. Der realisierte Mehrwert in der Hand des Kapitalisten wird nicht neu als Zusatzkapital investiert, sowohl weil die Profitrate darauf zu gering erscheint als auch weil jede Neuanlage von produktiven Zusatzkapitalen wachsende Summen erheischt. Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen bestimmen heute das Bild. Die kapitalistische Wirtschaft hat ihre expansive Kraft zur Einsaugung aller Arbeitskräfte der Gesellschaft eingebüßt.

Gesetzmäßig produziert die kapitalistische Produktion zugleich mit wachsendem Reichtum eine wachsende Arbeiterüberbevölkerung und, indem sie dies tut, schafft sich sehr die Bedingungen, um über die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt die ganze Arbeiterklasse in ihrem Lohnniveau tiefer und tiefer zu drücken. So sehr es im einzelnen von der Kampfkraft der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung abhängt, ob es gelingt, über Staatssubventionen bestimmte Betriebe und die Beschäftigung dort zu erhalten oder eine Erhöhung der Staatsausgaben für die gesellschaftliche Produktion der Lohnabhängigen (etwa ausreichende Kindergärten oder das 10. Schuljahr) durchzusetzen, so wenig kann es insgesamt gelingen,darüber eine Vollbeschäftigung zu erkämpfen, ohne das Privateigentum der Kapitalisten zu beseitigen.

Mit 337000 gibt der DGB für 1978 die Zahl derjenigen an, die, gegenüber 997000 unbeschäftigten Arbeitslosen, in den verschiedenen beschäftigungspolitischen Programmen durch Subvention der Arbeitslosenversicherung zum Teil von Kapitalisten beschäftigt wurden, zum Teil sich in Ausbildung befanden. Von den Zahlen her würde

Arbeitslose, stille Reserve und Arbeitslosenanteile (in %) nach verschiedenen Merkmalen: Mai 1975, Mai 1979 und September 1980

Jahr	Ende Mai 1975	Ende Mai 1979	Veränder. in %	Ende Sept. 1980
Arbeitslose	1017903	775548	−23,8	822701
Stille Reserve*	349000	650000	+86,2	
Frauen	41,7	55,5	+ 1,4	55,3
unter 25	24,9	23,8	− 27,3	27,3
über 55	10,4	16,1	+ 17,9	15,5
länger als ein Jahr arbeitslos	7,0	21,0	+130,0	17,0
ohne Ausbildung	61,3	55,4	− 31,2	61,8
mit gesundheitlichen Einschränkungen	18,0	33,8	+ 42,9	34,7**
Schwerbehinderte	3,2	7,8	+ 86,9	8,0
teilzeitsuchende Arbeitslose	15,3	22,1	+ 10,0	19,7
Angestellte	28,1	38,5	+ 4,5	39,1
Arbeiter	71,9	61,5	− 34,8	60,9

*Jahresdurchschnitt; Quelle: ANBA, H. 10/1979 und eigene Berechnungen – ** Mai 1980

Geschätzte Nettoeffekte der selektiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf die Arbeitslosigkeit sowie die potentielle Arbeitslosenquote **

BRD	1967	1970	1973	1974	1975	1976	1977	1978
(1) Berufliche Bildung	5	32	68	81	96	78	56	57
(2) Kurzarbeit und saisonale Maßnahmen	70	113	49	111	202	108	90	94
(3) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Winterbau	5	3	52	56	72	91	106	119
(4) Wiedereinglied. i. d. Berufsleben o. Subvent. v. Arb.plätzen	k.A.	19	33	50	54	68	67	
(5) Gesamt (1+2+3+4)	80	167	202	288	420	331	320	337
(6) Arbeitslose*	459	149	273	582	1074	1060	1030	997
(7) Potentielle Arbeitslose(5+6)	539	316	475	870	1494	1391	1350	1334

k.A. = keine Angaben – * Die hier verwendete Arbeitslosenquote stimmt nicht mit der amtlichen Statistik überein: Im Ländervergleich wird die Gesamtzahl der Erwerbspersonen zugrundegelegt; bei der amtlichen Arbeitslosenquote dagegen die Zahl der Arbeitslosen zu Zahl der abhängigen Erwerbspersonen – ** in 1000 der Erwerbspersonen.

eine Beschäftigung auch der Arbeitslosen für 1978 zumindest eine Vervierfachung der Ausgaben ernötigen, ganz davon abgesehen, daß die industrielle Reservearmee mit der jetzt einsetzenden neuen Krise noch ganz andere Umfänge beginnt anzunehmen. Einmal abgesehen von der Tatsache, daß sowohl die Kapitalisten wie die SPD/FDP-Regierung die Beschränkung der Kosten der beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Arbeitslosenversicherung propagieren und einen 81er Haushalt durchgesetzt haben, der zum Teil diese Kürzungen bereits beinhaltet, zum anderen sich im Laufe des Jahres als ungedeckt herausstellen wird, so daß dann weitere Leistungskürzungen folgen sollen. Nehmen wir an, daß eine andere oder eine stark gemachte Regierung den Kapitalisten das notwendige Geld abknöpft für die notwendigen Kosten eines entsprechenden Beschäftigungsprogramms (wenngleich es schon eine verwegene Annahme ist, daß der Wachhund den Herrn sich dressiert). Das hieße, daß allen Kapitalisten der Akkumulationsfonds verkürzt würde, um im einzelnen eine Produktion damit zu subventionieren, die hinter den erreichten Stand der Produktivität zurückfallen würde (weil niederer technischer Zusammensetzung mit höherem Anteil lebendiger Arbeit), und daß ebenfalls durch die Kürzung des Akkumulationsfonds der ganzen Kapitalistenklasse die Produktivität der ganzen Produktion weiter sinken würde. Man denke nur an den in vielen Branchen veralteten Produktionsapparat Großbritanniens gegenüber ihrer Konkurrenz. Es würde sich ergeben, daß die so produzierten Waren nicht auf dem Markt zu realisieren sind. Die Beschäftigung wird in der Produktion weiter zurückgehen. Allein dadurch, daß ein Kapitalist subventioniert wird (oder die ehemaligen Hermann Göhring Werke als Salzgitter Konzern verstaatlicht), ändert sich am Zweck und Charakter der Produktion nichts. Nach wie vor mißt sich die Produktion an der Realisierung der Waren auf dem Markt, und ist Warenproduktion für den Markt ihr Zweck entsprechend ihrem privatkapitalistischen Charakter. Das kapitalistische System hat seine eigene Logik und nur die maximale Verwertung des Kapitals als Ziel.

Was sich an der wachsenden industriellen Reservearmee zeigt, ist, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln längst seine Berechtigung verloren hat. Daß die gesellschaftlich betriebene Produktion immer mehr in Gegensatz zu den Bedürfnissen ihrer Träger gerät. Es zeigt sich, nicht erst, um sich von der Ausbeutung zu befreien, schon um die bloße Existenz als Arbeiter zu sichern, muß die Arbeiterbewegung die herrschenden Produktionsverhältnisse umwälzen und die Produktion als gesellschaftliches Eigentum und zum Zwecke der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse in Gang setzen. Die fehlende Schlüssigkeit der reformistischen Beschäftigungs- und Wirtschaftskonzepte innerhalb der Gewerkschaften ist nur Ausdruck davon.

Es ist schon darauf hingewiesen, daß in dem mit der Stimmenmehrheit von Regierungs- und Kapitalistenvertretern diktierten Haushaltsansatz 1981 der Bundesanstalt für Arbeit Kürzungen der Leistungen bei den Einarbeitungszuschüssen, der Förderung der Arbeitsaufnahme und den ABM-Maßnahmen beschlossen wurden. Im einzelnen findet man in den Ausführungen des DGB notwendige Forderungen, um dem entgegenzutreten, was das Handelsblatt zynisch so formulierte: Statt tariflich überhöhte Löhne für einfache Arbeit durch Subventionen wieder herunterzuschleusen, wäre eine differenzierte Tarifpolitik die bessere und billigere Alternative. Um solch ein Tariflohnniveau durchzusetzen, wird versucht, die Versicherungsleistungen zu kürzen und gleichzeitig die Verordnungen über die Mobilität der Arbeitslosen wie über die Zumutbarkeit der Arbeit zu verschärfen. Spätestens Mitte des Jahres wird sich der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit als unterdeckt herausstellen. Auf den 1. Mai-Demonstrationen muß die Arbeiterbewegung ihre Forderungen erheben. Keine Kürzung der Leistungen, sondern Ausbau aller Leistungen fordert der DGB. Zur Finanzierung die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Selbständige. Diese Forderung kann man unterstützen, sie wird finanziell aber nicht ausreichen. Um so weniger, als sich im Verlauf der Krise die Notwendigkeit eines längeren Bezugs des Arbeitslosengeldes – für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit – dringlich stellen wird.

Eine Erhöhung der Beiträge ist notwendig, kann aber seitens der Arbeiterbewegung nur verfochten werden, wenn sie zu keiner weiteren Kürzung des Nettoentgelts führt, das heißt der Form nach ausschließlich von den Kapitalisten geleistet wird und damit die Beitragsform derart verändert wird, daß die Kapitalisten die Beiträge sämtlichst zusätzlich zum bisherigen Bruttolohn der Lohnabhängigen zu zahlen haben. Mit dieser Form wird sich um so notwendiger die Forderung des DGB nach einer vollständigen Selbstverwaltung der Versicherungen ausschließlich durch Vertreter der Gewerkschaften stellen. Ohne diese Forderung wird auch an einer Aufrechterhaltung der bisherigen beschränkten Schutzmaßnahmen der Arbeitslosenversicherung nicht zu den[illegible]n sein, weil Kapitalistenvertreter und Regierungsvertreter die bisherigen „Selbstverwaltungsorgane" mehrheitlich im Griff haben.

vom Markt aufgegriffen, geschweige denn gelöst werden. Es sind dies vor allem: Pflege-, Betreuungs- und Sozialisationsfunktionen." Kindergarten, Ganztagsschulen etc. Hier lauern alle Versprechungen der mit der „Reformpolitik" angetretenen SPD-Regierung unter Brandt. Ernüchternd wird aber dann selbst eingewandt: „Die bestechende Brillianz ... sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen. Die Expansion höherwertiger Güter- und Dienstleistungen muß durch Produktivitätsfortschritte in den Sektoren der Basisgüter erwirtschaftet werden." (Gewerkschaftliche Monatshefte, 7/80)

Mit diesem Schluß ist man dann wieder beim harten Kern der Sache: der kapitalistischen Produktion, der Produktion von Gütern in der Form von Waren, die allein die Grundlage aller Reproduktion in der Gesellschaft abgeben. Dort, wo unbestritten sowohl die zyklischen Krisen wie die wachsende Produktion überflüssiger Arbeitskräfte ihre Ursachen haben.

Die wachsende Produktivität der Arbeit in der Industrie beruht auf einer sich ändernden Zusammensetzung des fungierenden Kapitals. Die Auslage für die sachlichen Anlagen der Produktion wächst, während die Auslage für den Ankauf der Arbeitskraft demgegenüber sinkt. Trotz steigender Produktion steigt die Anzahl der in der Produktion Beschäftigten nicht entsprechend. Sie sinkt auch absolut, indem die Expansion der Produktion zuneh-

Jahr	Ende Mai 1975	Ende Mai 1979	Veränder. in %	Ende Sept. 1980
Arbeitslose	1017903	775548	−23,8	822701
Stille Reserve*	349000	650000	+86,2	
Frauen	41,7	55,5	+ 1,4	55,3
unter 25	24,9	23,8	− 27,3	27,3
über 55	10,4	16,1	+ 17,9	15,5
länger als ein Jahr arbeitslos	7,0	21,0	+130,0	17,0
ohne Ausbildung	61,3	55,4	− 31,2	61,8
mit gesundheitlichen Einschränkungen	18,0	33,8	+ 42,9	34,7**
Schwerbehinderte	3,2	7,8	+ 86,9	8,0
teilzeitsuchende Arbeitslose	15,3	22,1	+ 10,0	19,7
Angestellte	28,1	38,5	+ 4,5	39,1
Arbeiter	71,9	61,5	− 34,8	60,9

*Jahresdurchschnitt; Quelle: ANBA, H. 10/1979 und eigene Berechnungen – ** Mai 1980

Geschätzte Nettoeffekte der selektiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf die Arbeitslosigkeit sowie die potentielle Arbeitslosenquote **

BRD	1967	1970	1973	1974	1975	1976	1977	1978
(1) Berufliche Bildung	5	32	68	81	96	78	56	57
(2) Kurzarbeit und saisonale Maßnahmen	70	113	49	111	202	108	90	94
(3) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Winterbau	5	3	52	56	72	91	106	119
(4) Wiedereinglied. i. d. Berufsleben o. Subvent. v. Arb.plätzen	k.A.	19	33	50	54	68	67	
(5) Gesamt (1+2+3+4)	80	167	202	288	420	331	320	337
(6) Arbeitslose*	459	149	273	582	1074	1060	1030	997
(7) Potentielle Arbeitslose(5+6)	539	316	475	870	1494	1391	1350	1334

k.A. = keine Angaben – * Die hier verwendete Arbeitslosenquote stimmt nicht mit der amtlichen Statistik überein: Im Ländervergleich wird die Gesamtzahl der Erwerbspersonen zugrundegelegt; bei der amtlichen Arbeitslosenquote dagegen die Zahl der Arbeitslosen zu Zahl der abhängigen Erwerbspersonen – ** in 1000 der Erwerbspersonen.

zung mit höherem Anteil lebendiger Arbeit), und daß ebenfalls durch die Kürzung des Akkumulationsfonds der ganzen Kapitalistenklasse die Produktivität der ganzen Produktion weiter sinken würde. Man denke nur an den in vielen Branchen veralteten Produktionsapparat Großbritanniens gegenüber ihrer Konkurrenz. Es würde sich ergeben, daß die so produzierten Waren nicht auf dem Markt zu realisieren sind. Die Beschäftigung wird in der Produktion weiter zurückgehen. Allein dadurch, daß ein Kapitalist subventioniert wird (oder die ehemaligen Hermann Göhring Werke als Salzgitter Konzern verstaatlicht), ändert sich am Zweck und Charakter der Produktion nichts. Nach wie vor mißt sich die Produktion an der Realisierung der Waren auf dem Markt, und ist Warenproduktion für den Markt ihr Zweck entsprechend ihrem privatkapitalistischen Charakter. Das kapitalistische System hat seine eigene Logik und nur die maximale Verwertung des Kapitals als Ziel.

Was sich an der wachsenden industriellen Reservearmee zeigt, ist, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln längst seine Berechtigung verloren hat. Daß die gesellschaftlich betriebene Produktion immer mehr in Gegensatz zu den Bedürfnissen ihrer Träger gerät. Es zeigt sich, nicht erst, um sich von der Ausbeutung zu befreien, schon um die bloße Existenz als Arbeiter zu sichern, muß die Arbeiter-

wegung ihre Forderungen erheben. Keine Kürzung der Leistungen, sondern Ausbau aller Leistungen fordert der DGB. Zur Finanzierung die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Selbständige. Diese Forderung kann man unterstützen, sie wird finanziell aber nicht ausreichen. Um so weniger, als sich im Verlauf der Krise die Notwendigkeit eines längeren Bezugs des Arbeitslosengeldes – für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit – dringlich stellen wird.

Eine Erhöhung der Beiträge ist notwendig, kann aber seitens der Arbeiterbewegung nur verfochten werden, wenn sie zu keiner weiteren Kürzung des Nettoentgelts führt, das heißt der Form nach ausschließlich von den Kapitalisten geleistet wird und damit die Beitragsform derart verändert wird, daß die Kapitalisten die Beiträge sämtlichst zusätzlich zum bisherigen Bruttolohn der Lohnabhängigen zu zahlen haben. Mit dieser Form wird sich um so notwendiger die Forderung des DGB nach einer vollständigen Selbstverwaltung der Versicherungen ausschließlich durch Vertreter der Gewerkschaften stellen. Ohne diese Forderung wird auch an einer Aufrechterhaltung der bisherigen beschränkten Schutzmaßnahmen der Arbeitslosenversicherung nicht zu den[illegible]n sein, weil Kapitalistenvertreter und Regierungsvertreter die bisherigen „Selbstverwaltungsorgane" mehrheitlich im Griff haben.

8. März – Internationaler Frauentag

Ein Teil der Forderungen von 1911 ist noch heute aktuell

wal. Auf Kundgebungen, Veranstaltungen und Demonstrationen werden am 8. März weltweit die Forderungen der gewerkschaftlichen Frauenbewegung für soziale Gleichstellung und politische Gleichberechtigung der Frauen erhoben. Der Internationale Frauentag geht zurück auf Demonstrationen und Streiks New Yorker und Manhattaner Arbeiterinnen im vergangenen und Anfang dieses Jahrhunderts. Die Arbeiterinnen kämpften für gleiche Löhne und gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Um die Durchsetzung dieser wirtschaftlichen Forderungen und der Forderungen nach politischer Gleichstellung der Frauen zu unterstützen, wurde von den Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei Ende Februar 1909 in fast allen größeren Städten der USA zu einem Frauentag aufgerufen, auf dem diese Forderungen einheitlich erhoben wurden.

1910 wurde auf der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz auf Antrag von Clara Zetkin beschlossen, einen Internationalen Frauentag durchzuführen. Clara Zetkin und die Mehrheit der Sozialistischen Internationale traten für einen gemeinsamen Kampf der Frauen und Männer für die soziale und politische Gleichberechtigung der Frauen und für die Verbindung dieses Kampfes mit dem Kampf für den Sozialismus auf. Sie sprachen sich, gegenüber Forderungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, die auf eine Einschränkung der Frauenarbeit hinausliefen, entschieden für die Frauenerwerbstätigkeit aus.

An dem ersten Internationalen Frauentag 1911 haben sich in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Dänemark und den USA über eine Million Frauen an den Demonstrationen beteiligt. Danach haben immer mehr Gewerkschaften und politische Organisationen aus anderen Ländern beschlossen, sich an der Durchführung des Internationalen Frauentages zu beteiligen, der seit dieser Zeit jährlich in den meisten Ländern begangen wird und der in Erinnerung des Beginns der russischen Februarrevolution (23. Februar nach dem alten Kalender) auf den 8. März festgelegt worden war.

Auf den ersten Internationalen Frauentagen wurden vor allem die Forderungen nach dem Frauenwahlrecht und wirtschaftliche Forderungen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Achtstundentag, gleiche Bildung und gleiche Berufsmöglichkeiten, nach Verbesserung des Arbeiterinnen- und Mutterschutzes erhoben. In dem Maße, wie die Kriegsgefahr wuchs, wurden die Internationalen Frauentage zu Protestaktionen gegen den Militarismus und den imperialistischen Krieg.

Der Internationale Frauentag hat in Westdeutschland, nachdem er unter dem Faschismus verboten und in den ersten Nachkriegsjahren kaum begangen wurde, wieder große Bedeutung bekommen. Die Einbeziehung der Frauen in die Produktion ist weiter gestiegen, und viele Forderungen von 1910 sind heute noch aktuell und werden innerhalb der Gewerkschaftsbewegung verstärkt aufgegriffen. „Die Frauen sind noch mehr der Ausbeutung ausgesetzt als die Männer. Bei ihnen besteht auch kaum Aussicht auf Erholung, weil sie nach der Erwerbsarbeit noch Hausarbeit und Erziehungsarbeit leisten müssen", wurde auf einem der letzten Kongresse des „Internationalen Metallgewerkschaftsbundes" festgestellt. Dieser Kongreß nahm auch eine Entschließung an, in der die Mitgliedsverbände zu verstärktem Kampf für die Rechte und Forderungen der Arbeiterinnen in der ganzen Welt aufgefordert wurden.

Der DGB hat in diesem Jahr die Aktivitäten der gewerkschaftlichen Frauengruppen und -ausschüsse unterstützt. Im vergangenen Jahr noch hatte der DGB-Bundesvorstand am 15.1. einen Beschluß gefaßt, der die Beteiligung der Gewerkschaften am Internationalen Frauentag ablehnte, obwohl von vielen Kreisverbänden die Veranstaltungen schon vorbereitet und die Flugblätter bereits gedruckt waren. Der DGB-Bundesvorstand hatte seine Ablehnung damit begründet, daß der 8. März ein parteipolitischer Gedenktag sei, der dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft widerspreche, und daß der DGB keine Aktionsgemeinschaft mit anderen Gruppen (z.B. Frauengruppen) eingehe.

Gegen diesen Beschluß gab es breiten Protest in den Einzelgewerkschaften. Auf 10 Gewerkschaftstagen wurde der Beschluß des DGB-Vorstandes verurteilt und der DGB aufgefordert, in diesem Jahr die Aktivitäten zum Internationalen Frauentag zu unterstützen. In einem Initiativantrag des Kreisfrauenausschusses der ÖTV Frankfurt heißt es: „Der Internationale Frauentag ist vor 70 Jahren aus der Arbeiterbewegung entstanden, um für die Gleichberechtigung der Frauen im politischen, gesellschaftlichen und beruflichen Bereich einzutreten und gegen die Benachteiligung zu protestieren.

Dieser Tag bietet deshalb einen besonders guten Anlaß, um über Gewerkschaftsforderungen und ihre Durchsetzung zur Beseitigung der Diskriminierung der Frauen zu informieren und zu diskutieren, und eröffnet die Möglichkeit, noch nicht gewerkschaftlich organisierte Frauen für die Gewerkschaft zu gewinnen."

Es ist gut, daß der DGB aufgrund der vielen Anträge von den Gewerkschaftstagen in diesem Jahr beschlossen hat, Aktivitäten zum Internationalen Frauentag einzuleiten, allerdings dürfen keine Aktionsbündnisse mit anderen Organisationen und Gruppen eingegangen werden. Die IG Metall hat dazu als erste Einzelgewerkschaft ein Faltblatt herausgegeben. Sie schreibt darin: „Die Rechte der Frauen, die wir heute haben, sind nicht kampflos errungen worden. Heute kämpfen wir für: – Frieden und Abrüstung und *gegen* die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr – Mehr qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze auch für Frauen – Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – Kindertagesstätten, Gesamtschulen und Ganztagsschulen – Elternurlaub."

Der ÖTV-Kreisfrauenausschuß in Frankfurt schreibt in einem Artikel zum Internationalen Frauentag in seiner Zeitung: „Weltweit sind es Frauen, die in besonderem Maße unterdrückt werden. D[illegible] 8. März wird daher von Frauen aller Länder genutzt, um ihre Forderungen zu erheben. Ein Teil der Forderungen von 1911 ist auch heute noch aktuell, denn

– noch immer sind Frauen überwiegend in den unteren Lohngruppen;

– noch immer müssen Frauen häufig extrem schlechte Arbeitsbedingungen hinnehmen;

– noch immer sind Frauen in der schulischen und beruflichen Bildung benachteiligt;

– noch immer müssen Frauen an der Doppelbelastung Beruf und Haushalt leiden;

– die Dauer der Freistellung bei Krankheit eines Kindes ist nach wie vor unzureichend;

– die Bezahlung des Mutterschaftsurlaubs ist zu niedrig;

– noch immer gibt es nicht genügend Krippen- und Kindertagesstättenplätze; die Öffnungszeiten der Einrichtungen entsprechen nicht den Arbeitszeiten der Eltern;

– noch immer ist der §218 nicht abgeschafft, die Mehrzahl der Ärzte und Krankenhäuser lehnen Schwangerschaftsunterbrechungen ab.

Mobilisierung und gewerkschaftliche Organisierung ist erste und wichtigste Voraussetzung zur Beseitigung dieser Mißstände."

Keine Logik – ‚Tod eines Schülers‘

acm. In der bürgerlichen Presse von ,,Bild" bis ,,Zeit" ist ein Streit entbrannt um die Frage: Durfte dieser Film zu Zeiten der Zeugnisvergabe gezeigt werden, durfte sechsmal die Selbsttötung wiederholt werden, und das auch noch zu einer attraktiven Sendezeit, durfte überhaupt dieses Thema Gegenstand einer Fernseh*reihe* sein? – Anknüpfungspunkte hatte die Presse in mehreren Selbsttötungen im Zusammenhang mit den Zeugnissen gefunden. Während die einen die Absetzung der Sendung wegen drohender Gefahren verlangten, wiesen andere darauf hin, daß endlich wieder ,,humane Verhältnisse" an den Schulen herrschen müßten und die ,,Leistungsansprüche" von Lehrern und Eltern zurückgeschraubt werden müßten. Lösungen sollten gefunden werden, war der Tenor.

Die Quintessenz der Reihe läßt sich gut fassen in der folgenden Aussage eines Autors des Buches zur Sendung: ,,Anstatt individuelle Schuld da zu akzeptieren, wo sie auftritt, bedient man sich hoch differenzierter wissenschaftlicher Methoden, Schuld zu erklären und verständlich zu machen. ... Die Erkenntnisse der Sozialwissenschaften tragen schließlich dazu bei, Schuld völlig aus dem persönlichen Bereich herauszulösen, um sie dann in den sozialen und politischen Strukturen dingfest zu machen. Nicht der einzelne wird an der Gesellschaft schuldig, die Gesellschaft hat sich an ihm schuldig gemacht. Eine Anonymisierung der Verantwortung aber hat zwangsläufig die Anonymität der Schuld zur Folge" (S. 10). Diese letztere Gefahr hat die Reihe auf jeden Fall vermieden, sie hat es vermocht, an jede Person, Gruppe der Handlung etwas von ,,Schuld" zu hängen. Das erreicht sie nicht dadurch, daß sie es direkt den Personen, Gruppen usw. anhängt, sondern durch eine Ansammlung von ,,Sozialkritischem", die es ihrer Form nach unmöglich macht, Haupt- und Nebenwidersprüche zu trennen bzw. zu verfolgen. Es ist halt alles drin: NC, Schulstreß, Noten-, Zeugnis- und Prüfungsterror, konkurrierende Schüler und böse Lehrer, Schulstreik, Generationskonflikt, Demokratieverständnis, Selbstverwirklichung, Rauschgift- und Alkoholsucht. Aber in dem Film wirkt das alles als Zutaten, als Konstruktionselemente einer Handlung, in der die Logik und die Wirklichkeit verlorengeht.

Da wird ein Streik gemacht, um den offensichtlich überforderten Lehrer abzusetzen, und Claus als Kurssprecher – er ist eigentlich gegen den Streik – managt aber eine ganze Versammlung, wo der Zusammenschluß der Schüler nicht zu sehen ist, es außer ihm keinen Sprecher der Schüler gibt und am Ende alle gegen ihn stimmen. Aber woher kam die Kraft zum Streik, warum ist ausgerechnet Claus der Sprecher der Schüler? Keine Antwort. Und auch die Forderungen der Schüler: ,,Wir fordern den Lehrer auf Noten" und ,,Keine Unterrichtsbeamten auf Lebenszeit" entsprechen nicht den Auseinandersetzungen an den Schulen und legen einem vielmehr den Widersinn des Streiks der Schüler in den Kopf. Ob das Absicht ist? Zum Streik gehört schon ein gewisser Zusammenschluß, warum dieser sich in Luft auflöst, bleibt unerklärlich. – Sowieso gibt es nur Extreme: Entweder es ist gleich Streik – oder die Schüler bekriegen sich aufs Messer. Genau das gleiche bei der Freundin. Was Claus zu einer zehn Jahre Älteren treibt, entbehrt jeder Erklärung, warum diese mit ihm zusammen ist auch und warum sie sich trennen auch (bis auf Plattitüden, von wegen Alter ... und das sei ja von Anfang an ...).

Konstruierte Verhältnisse bestimmen das Bild, Erscheinungen sind in Szene gesetzt, ohne ihre Grundlagen und Ursachen auch nur zu berühren. Und so hängt dann nach sechs immer langweiliger werdenden Folgen – denn die Handlung ist eh bekannt – einzig die ,,Schuldfrage" in der Luft, wie auch der Pfarrer sie zu Anfang des Films eindringlich formuliert: ,,Wer ist schuldig geworden an Claus Wagner?" Und natürlich ist eine persönliche Schuld immer zu finden, denn wie sollte es in einer Gesellschaft, wo Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung als Gesetzmäßigkeiten wirken und die Existenzweise der Gesellschaftsmitglieder natürlich berühren, anders sein, als daß diese auch individuell in der *Wirkung* sind. Aber sie zu *Ursachen* zu machen, die individuelle Schuld, das ist das eigentliche Ergebnis des Films, der die Möglichkeit der Auseinandersetzung um die Erscheinungen der Unterdrückung usw. auf die einzelnen Individuen zurückwirft und damit vom *Wesen* ablenkt. Gegenüber solchen Bemühungen wirkte der vor kurzem im ARD gezeigte Film ,,Das Ende des Regenbogens" über einen jugendlichen Arbeitslosen in Westberlin (dessen Selbsttötung in dem Film nicht vorkommt, sondern nur im Abschlußtext bekanntgegeben wird) als eine treffende Milieustudie, die nicht durch Konstrukte die ,,Schuldfrage" auf ,,Gewissenskonflikte- und Erforschung" brachte, sondern durch einfache und packende Darstellung ohne Schnörkel enthüllte. Dadurch eignet er sich ausgezeichnet für die Vorführung und Debatte in der Gewerkschaftsjugend, Jugendzentren, kommunalen Kinos usw.

vds-Mitgliederversammlung vor wichtigen Entscheidungen

MSB will den Kampf der Studentenbewegung den Interessen der Sozialimperialisten opfern / Möglichkeiten für ein vds-Aktionsprogramm

vol. Die Kämpfe der Studenten in diesem Semester und die daraus folgenden zum Teil empfindlichen Wahlniederlagen von MSB und Jusos haben die Fronten der Fraktionen im vds in Bewegung gebracht. MSB und Jusos haben jetzt vor der Mitgliederversammlung (MV) Stellungnahmen herausgebracht, weil sie unbedingt Fachschaftsgruppen und Basisgruppen für ihre Position gewinnen müssen.

Die Kämpfe des letzten Semesters gegen Überfüllung und Verschlechterung der Studienbedingungen sind am vds, dessen Vorstand durch MSB, SHB, Jusos, LHV und seit neuestem einem Vertreter der Basisgruppen gebildet wird, vorbeigerauscht. Außer einer Erklärung des Zentralrats zu den Kürzungsmaßnahmen hat der Vorstand keinerlei Versuche unternommen, diese Kämpfe auf bestimmte Forderungen zu vereinheitlichen oder sie wenigstens organisatorisch zu unterstützen. Ziele und Ursachen der Politik der Bundesregierung, die wahrhaftig nicht über Nacht gekommen ist, hat der vds nicht aufgeklärt. Dies hat schon seine Ursache in der Führung der ,,Anti-Strauß-Kampagne" während der Bundestagswahl. Der Kampf gegen Strauß ist mit keinerlei positiven Forderungen im Interesse der Studenten verbunden worden, weshalb die Bundesregierung zusätzlich freie Hand hatte, die Kürzungsmaßnahmen zu beschließen und durchzuführen.

Daß sich diese Angriffe auf die Interessen der Studenten verschärfen werden und auf dieser Grundlage die Kampftätigkeit an den Hochschulen, davon gehen alle Organisationen im vds aus. Der MSB schreibt: ,,Die Bedeutung von gemeinsamen Aktionen der Studenten läge u.a. darin, daß mit ihnen deutlich würde, daß nicht Haltungen des ‚Sich-Abfindens', der Anpassung und Gewöhnung an Bildungs- und Sozialabbau sich durchsetzen. Vielmehr könnten von einer aktiven Protesthaltung der Studenten Impulse zur Beeinflussung des bildungspolitischen Klimas ausgehen, die insgesamt auch die Voraussetzungen ... von örtlichen und Teilerfolgen verbessern könnten ..." Gegenüber dieser Mißachtung für die kämpfenden Studenten und der absichtsvollen Unbestimmtheit schreiben die Jusos ein detailliertes Programm mit Forderungen zum Hochschulausbau, Studienreform, Aufhebung und Bekämpfung des NC, Übernahme der BAföG-Forderungen der GEW, Durchsetzung der Verfaßten Studentenschaft als ,,Muß-Bestimmung" mit entsprechenden Rechten, Abschaffung des Ordnungsrechts, den Forderungen zum Wohnen in Anlehnung an das Deutsche Studentenwerk. Aus diesem Teil des Programms ist es wahrscheinlich möglich, sich auf ein tatsächliches Aktionsprogramm zu diesen Fragen und auch den entsprechenden Aktionsformen und Schritten zu einigen.



7000 Studenten demonstrierten gegen die 2. Novelle zum Niedersächsischen Hochschulgesetz am 11. Dezember in Hannover.

Konkret wird das MSB-Programm da, wo es nicht um die Frage wofür gekämpft werden soll, sondern gegen was. Bei den Maßnahmen gegen die Kürzungen soll die Hochrüstung angegriffen werden. Nicht die kapitalistische Krise, die Überproduktion von Reichtum in Form des Kapitals soll angegriffen werden, sondern die Rüstung. Damit wird sowohl die mögliche Verbindung von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung in den Kämpfen gegen die Krise angegriffen als auch die Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus durch die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums durch die Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse verschüttet.

Genauso soll der Kampf gegen den imperialistischen Krieg den Interessen des Sozialimperialismus untergeordnet werden. Der MSB fordert, daß die vds 100000 Unterschriften unter den ,,Krefelder Appell" sammeln, der die Rüstung und Aggression der UdSSR mit keinem Wort erwähnt. Dies geht soweit, daß nur solche Kämpfe der Völker der Welt unterstützt werden sollen, die gegen die US-Supermacht gerichtet sind, Schwerpunkt Lateinamerika und südliches Afrika.

Da die Jusos scheinbar bereit sind, dies mitzumachen, wird es starken Spaltungsdruck in den Aktionen dieses Sommersemesters geben – wenn sich die Revisionisten damit durchsetzen. Denn es wird kaum jemandem einleuchten, warum er mit gerechten Forderungen der Studenten gleichzeitig den Einfluß des Sozialimperialismus in Westeuropa bzw. Westdeutschland erhöhen soll.

Vieles wird davon abhängen, welche Positionen die Basisgruppen und Fachschaftsgruppen vertreten. Für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Stationierung der Mittelstreckenraketen sollten die vds für die Unterzeichnung und Unterstützung des Aufrufes der Russell-Peace-Foundation gewonnen werden. Die vds sollten Verbindung mit dem neu gegründeten unabhängigen Studentenverband in Polen aufnehmen und Vertreter davon nach Westdeutschland einladen. Auch wenn diese Fragen nicht auf der vds-MV endgültig entschieden werden, so sollte man sich doch dafür einsetzen, daß möglichst viele gewählte Vertreter der Studenten an den Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen auf der vds-MV teilnehmen. Dies wird auf jeden Fall die Bedingungen für kluge Entscheidungen zu dem Aktionsprogramm und den Aktionsformen im Jahr 1981 verbessern.

Erklärung des Studentenkongresses

rakter der Gesellschaft und die bestehenden Interessengegensätze politisch auseinanderzusetzen und zu verständigen;
– daß es dementsprechend die Aufgabe der Kommunisten ist, die Bestrebungen der

gen der Arbeiterklassse und der Volksmassen wie der Völker der Welt insgesamt durch imperialistischen Krieg, der von der Rivalität der beiden Supermächte ausgeht und in den die Arbeiterklasse und die

gung als vereinheitlichendes und vorantreibendes Element zu wirken. Sie haben die Aufgabe, den dialektischen Materialismus und die Kritik der politischen Ökonomie so zu entwickeln und anzuwenden, daß diese

nats sollen die Kleingärtner die Insel räumen. Zuerst waren die Bewohner erleichtert, als sie von den Plänen hörten, weil die Insel bisher im Flächennutzungsplan als Industrieerweiterungsgebiet ausgewiesen war und jetzt zum Wohnungsbaugebiet erklärt wurde. Sie hatten nicht geahnt, daß sie Neubauten weichen sollten. Im Stadtentwicklungskonzept des Hamburger Senats vom 30.9.80 liest sich das folgendermaßen: ,,Zur Stärkung der Wohnfunktion ist Wohnungsneubau auf den Behelfsheimflächen der Billerhuder Insel und an der Schurzallee sowie auf kleineren Flächen in Rothenburgsort vorgesehen. Die Wohnbebauung – überwiegend aus der Zeit nach 1948 – wird den Erfordernissen entsprechend modernisiert werden. Kleinere Wohnungen sollen zusammengelegt werden, um die Stadtteile auch wieder für junge Familien mit Kindern attraktiv zu machen." (Stadtentwicklungskonzept S.68) Auf einer wohnungspolitischen Fachkonferenz der SPD erklärte Bausenator Lange, daß jetzt zügig neue Bauflächen gesichert und erschlossen werden, im Interesse qualität gemacht werden müßten" (Bericht S.26). Wie sehen diese Abstriche aus? Ausgangsbasis für die Vergleichsrechnung soll ein 114 m² großes Reihenhaus sein. Der in Hamburg übliche hochwertige Standard soll demnach folgendermaßen aussehen: Mauerwerksbau, Verblend-Sichtmauerwerk, Gas-Fußbodenheizung, zentrale Warmwasserbereitung, Vollkeller, Kelleraußentreppe, Balkon im Obergeschoß, farbige Sanitärobjekte, Naßräume farbig gefliest nach Wahl, 2 Bäder, komplette Küchenausstattung. Die Baukosten sollen bei 228000 DM liegen. Jetzt kommen die Abstriche. Erste Einsparung: Betonkonstruktion anstelle Mauerwerksbau (Serienproduktion wird vorausgesetzt) 10000DM; zweite Einsparung: Verringerung der Wohnfläche von 114 m² auf 100 m² = 30000 DM; dritter Abstrich: Reduzierung der Ausstattung (einfachere Küchenausstattung, einfachere Wand-und Bodenfliesen, Verzicht auf farbige Sanitäreinrichtung, einfacherer Teppichboden) Einsparung: 13000 DM; vierter Abstrich: Verzicht auf einen Vollkeller, ca. 27000 DM könnten

wird. Nach den Abstrichen soll das Haus noch 113000 DM kosten. (a.a.O., S.26 ff.) Das Volk soll sich auf das einfachere Leben einstellen.

Mit verschiedenen Versprechungen versucht der Senat, die Bewohner von seinen Plänen zu überzeugen. So soll niemand aus Gründen der Neuordnung die Insel verlassen müssen. Jeder soll die Möglichkeit erhalten, eine Neubauwohnung zu beziehen. Und wer sich ein Einzelhaus bauen möchte, könne sich in eine Bewerberliste eintragen. Sie sind nachzulesen in einer Informationsbroschüre anläßlich der Plandiskussion. Auf die Bewohner hat diese Broschüre wenig Eindruck gemacht. Schon vor längerer Zeit hatte sich ein Arbeitskreis ,,Hände weg von der Billerhuder Insel" zusammengeschlossen. Auf der Versammlung wurde auf die beträchtlichen Lärm- und Schadstoffemissionen der benachbarten Industriebetriebe hingewiesen. Der Hamburger Senat wurde aufgefordert, das Gebiet in ein Dauerkleingartengebiet umzuwandeln, um es als Naherholungsgebiet für die benachbarten, dichtbesiedelten Stadtteile zu erhalten.

ros. Die Entwicklung der Lage in Kampuchea ist wieder in die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse geraten. Nach Berichten, die anerkennen müssen, daß die Regierung des Demokratischen Kampuchea einen wirksamen Widerstandskrieg gegen die vietnamesischen Besatzer organisiert hat, sorgen jetzt vor allem Meldungen über Fortschritte bei der Bildung einer Regierung der nationalen Eintracht für Aufmerksamkeit. Der ,,Arbeiterkampf" trägt dem auf seine Art Rechnung.

In der Ausgabe vom 16.2. (Nr.195, S.48) bringt der ,,Arbeiterkampf" einen Artikel seiner Asien-Australien-Kommission mit der Überschrift ,,Kampuchea: Hungersnot überwunden!". Der Inhalt des Artikels besteht in dem Versuch nachzuweisen, wie sich die Ernährungslage unter dem Heng-Samrin-Regime verbessert habe. Dabei verlieren die Artikel-Schreiber bezeichnender Weise nicht ein Wort darüber, wie nach all der vielfach geschilderten Unterdrückung die Volksmassen unter dem Heng-Samrin-Regime ihre Initiative zur Überwindung der Hungerkatastrophe entwickeln konnten, sondern sie beschränken sich darauf, die Bedeutung ,,brüderlicher Hilfe" dabei herauszustellen.

Nach einer Kritik an den Nahrungsmittellieferungen des Internationalen Roten Kreuzes und der UN-Organisationen, die Kampuchea langfristig von ausländischen Nahrungsmittellieferungen abhängig mache, werden die tatsächlichen Garanten für die eigenständige Entwicklung Kampucheas vorgestellt. ,,Im weiteren ist die positive Entwicklung hauptsächlich der vietnamesischen-, RGW- und privaten Hilfe zuzuschreiben. Wesentlich scheint mir jedoch, daß die Verbesserung der Lage, die ich feststellen konnte, allein mit russischer und vietnamesischer Hilfe hatte zustande kommen können (Brian Walker, Direktor der britischen, privaten Hilfsorganisation Oxfam, Vietnam Kurier, 3/80)". Der Nutzen des Heng-Samrin-Regimes für das kampucheanische Volk besteht nach dieser Logik darin, daß es mittels dieses Regimes dieser ,,Hilfe" teilhaftig werden kann.

Zweck dieser Logik ist es, die sowjetisch-vietnamesische Invasion erneut zu rechtfertigen und darüber hinaus gegen die militärischen Erfolge im Befreiungskrieg und gegen die politischen Fortschritte bei der Bildung einer Regierung der nationalen Eintracht Stimmung zu machen und den vietnamesischen Marionetten eine erneute Legitimierung zu verschaffen.

Dies geht freilich nur, wenn man sich daran macht, das Lügengebäude über das Demokratische Kampuchea erneut auszubauen. Allerdings werden dabei die Widersprüche in seiner Konstruktion noch offenkundiger. Zu der Lüge, die Regierung des demokratischen Kampuchea habe das eigene Volk ermordet, tritt nun hinzu, daß das Volk in Hunger und Elend gelebt habe – woraus es jetzt eben dank der sowjetisch-vietnamesischen Intervention erlöst werde.

Es ist müßig, im einzelnen zu schildern, in welch kurzer Zeit das Volk von Kampuchea nach der katastrophalen Zerstörung des Landes durch den US-Imperialismus die Ernährungsfrage gelöst hat. Berichte darüber gibt es genug. Beispielhaft seien nur die Äußerungen des Botschafters von Tansania in Beijing nach einem Besuch Kampucheas angeführt: ,,Noch nie in meinem Leben habe ich so ausgedehnte Reisfelder gesehen, es ist das erste Mal. Wir sind Hunderte von Kilometern durch Reisanbaugebiete gefahren... (zit. nach: Kampuchea kämpft, S.30) Und bereits im Oktober 1975 erklärte Sihanouk auf der 30. Sitzung der UNO-Vollversammlung: ,,Was die Landwirtschaft betrifft, für die die größten unserer Anstrengungen vollbracht wurden, so werden von nun an beträchtliche Ergebnisse erzielt. Die Tatsache, daß wir jetzt genügend Getreide haben, um 7,5 Millionen Kambodschaner und Kambodschanerinnen, die gegenwärtig in Kambodscha leben, in angemessener Weise zu ernähren, ohne im Ausland um Hilfe bitten zu müssen, erfüllt uns mit größter Befriedigung." (zit. n. Dokumente d. Rev. Kombodscha, S.15f.)

Während das Demokratische Kampuchea also sofort nach der Befreiung des Landes von der Herrschaft des US-Imperialismus alle Kraft des Landes auf den Aufbau des Landes und die Lösung der Ernährungsfrage konzentrierte, versuchte Vietnam von Beginn an, gegenüber seinen Nachbarn mit militärischen Mitteln Gebietsansprüche durchzusetzen und politisch mit der Forderung nach Aufnahme ,,besonderer Beziehungen" gegenüber Laos und Kampuchea deren Befreiung vom US-Imperialismus noch zu ,,vertiefen". Was die Ernährungsfrage angeht, so verhehlt die vietnamesische Regierung heute nicht mehr, daß sie zu deren Lösung nicht in der Lage ist.

Zur Ernährungslage in den von Vietnam besetzten Gebieten Kampucheas, hat Kieu Samphan gerade in einem Interview mitgeteilt, daß dort täglich über 3000 Menschen pro Tag an Hunger und Krankheiten aufgrund von Kleidermangel sterben. (KVZ 9/81, S.7)

Doch all dies ficht den ,,AK" nicht an. Im Gegenteil: Der Befreiungskrieg des kampucheanischen Volkes gilt ihm als ,,ständige (-) Störaktionen gegen Kampuchea". Er fordert deshalb auch die sofortige Anerkennung des Heng-Samrin-Regimes. Nicht nur daran, auch an der gewachsenen Mehrheit für die Beibehaltung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea in der UNO-Vollversammlung, was für den ,,AK" lediglich ,,Engagement der imperialistischen Mächte und Chinas" ist, wird deutlich, wie sehr der ,,AK" mit dieser Politik der einen Supermacht in die Hände spielt und einer vollen Unterstützung des Kampfes der Dritten Welt durch die westdeutsche Arbeiter- und demokratische Bewegung schadet. Eine Korrektur dieser Politik wäre fällig.

Presseschau

Das Verbot der Demonstration gegen das KKW Brokdorf

,,BILD-Hamburg" 23.2.81

Landrat Brümmer begründet das Verbot

BILD: Warum das Demonstrationsverbot?

BRÜMMER: Weil wir wissen, daß ganz schwere Gewalttaten geplant sind. Und weil wir die Kreisbevölkerung schützen müssen.

BILD: Was für Gewalttaten sind geplant? Woher wissen Sie das?

BRÜMMER: Wir haben Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden, über die ich nicht reden kann. Wir haben einen Riesenhaufen Flugblätter, auf denen verschiedene Gruppen zu Gewalt aufrufen. Täglich kommen neue Informationen.

BILD: Glauben Sie, daß das Verbot beachtet wird?

BRÜMMER: Ich hoffe, daß es die friedlichen Demonstranten tun. Ich rechne nicht, daß sich die Krawallmacher abhalten lassen. Auseinandersetzungen sind, fürchte ich, unvermeidlich.

BILD: Wie wollen Sie das Verbot durchsetzen?

BRÜMMER: Die Verbotsverfügung bestimmt, daß jede Ansammlung von der Polizei aufgelöst werden kann. Wie weiträumig die Wilster Marsch abgeriegelt werden kann, wird die Polizei nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen entscheiden...

,,Hamburger Abendblatt" 23.2.81

Bourgeoisie setzt auf Spaltung

Die Reaktion auf eine solche Maßnahme muß zwiespältig sein. Demonstrationen sind ein Teil der im Grundgesetz gesicherten freien Meinungsäußerung. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß das Verbot neben zustimmenden Äußerungen auch ein negatives Echo findet. Doch es ist überzogen, wenn der frühere Düsseldorfer Innenminister Hirsch von einem ,,Offenbarungseid der Demokratie" spricht. Und eine ,,Ungeheuerlichkeit" (Jusos) ist dieses Verbot auch nicht.

An Demonstrationen hat es bei uns in letzter Zeit wahrlich nicht gefehlt, und oft genug ging es dabei gewalttätig zu. Die Behörden bewiesen machmal erstaunliche Geduld. Friedliche Demonstranten konnten nicht verhindern, daß ihre guten Absichten mißbraucht wurden. Es hieße den Bogen überspannen, wollte man in dem Verbot einfach einen Maulkorberlaß sehen.

Radikale Gruppen fühlen sich jetzt möglicherweise erst recht zum Marsch nach Brokdorf herausgefordert. Und es ist durchaus auch möglich, daß sich enttäuschte Jugendliche ihnen anschließen. Aber sie müssen wissen, daß sie sich mit der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration ins Unrecht setzen. Der Staat hat nicht nur das Recht, die freie Meinungsäußerung zu garantieren, er hat auch seine Bürger zu schützen. Durch ein Verbot geht unsere demokratische Welt nicht unter.

,,Morgenpost" 28.2.81

,,Demokratie im Zwielicht"

Beschwörende Appelle zur Vernunft hat es genug gegeben – Brokdorf ist dennoch ein Symbol der Gewalt geblieben. Auf der einen Seite die Gewalt des Staates, der hier sein Atomprogramm durchsetzen will. Auf der anderen Seite die Gewalt von Steinewerfern und Chaoten.

Zwischen den Fronten die Umweltschützer, denen es angst ist um unsere Zukunft, um die Sorglosigkeit, mit der hier wieder eine Nuklear-Anlage hochgezogen werden soll – ohne einen Platz für Atom-Müll. Zwischen den Fronten auch die Masse der Bürger, die den Politikern vertraut, wenn diese mit Brokdorf für ,,Erhaltung der Arbeitsplätze" argumentieren.

Doch wer heute direkt in Brokdorf und vor dem Bauzaun demonstriert, verstößt gegen geltendes Recht – der Landrat und das Gericht in Schleswig haben es verboten. Aber hat es nicht in Deutschland für jede Unvernunft und Greueltat schon Gesetze und Vorschriften geben? Man mag die Beispiele gar nicht allle aufzählen.

Wer möchte darauf verzichten, für seine Rechte auf die Straße zu gehen? Und schweigend zusehen, wenn andere über seine Zukunft entscheiden? Aber wer möchte gern als Polizeibeamter den Marschbefehl nach Brokdorf bekommen? Und dort die Aggressionen junger Leute ausbaden, jener Steinewerfer, bei denen unsere Gesellschaft versagt hat? Der Staat, der NPD-Kundgebungen oft genug zu schützen wußte – kann er das bei Atomkraftgegnern nicht?

Dennoch der Appell, heute nicht nach Brokdorf zu marschieren: Wer am 28. Februar 1981 dort der Gewalt ins offene Messer läuft, beweist keinen Mut. Er hilft auch der ins Zwielicht geratenen Demokratie nicht weiter. Denn Helmut Brümmer (so heißt der Landrat von Steinburg) wird Deutschlands Geschichte nicht aufhalten.

,,Frankfurter Allgemeine" 28.2.81

Verbot unwirksam

BROKDORF, 27. Februar. Noch weiß niemand, wer kommt. Noch ist ungewiß, was auf die Stadt und die Dörfer zukommt. Nur die Polizei ist schon da. Die ersten Sandcontainer sind auf die Straßen gestellt, die durch die Marsch an die Elbe führen. Man kann zwar noch bis Wilster fahren, aber nicht mehr so ohne weiteres in die Ecke, wo die Stöhr einmündet. Nach Brokdorf zu kommen, ist schwer. Die Kinder laufen Rollschuh auf der Straße, mit Autos ist nicht zu rechnen.

Ob Demonstranten bis zum Bauzaun vordringen werden, kann man so genau nicht sagen. Es ist bitterkalt während der Nachtstunden. Und die Sonne, die tagsüber durch die klare Luft brennt, vermag bis zum Abend wenig auszurichten. Das bedeutet, daß der Boden der Wiesen hart gefroren ist. Zwar kann man dem Eis auf den Wassergräben nicht trauen, aber das Fortkommen querfeldein dürfte dieses Mal leichter sein als 1977. Damals hatten Dauerregen und wärmere Temperaturen bewirkt, daß es genügte, die Straßenkreuzungen und Brücken zu blockieren.

Die Billerhuder Insel soll geräumt werden

Das städtbauliche Konzept des Senats wird in die Tat umgesetzt

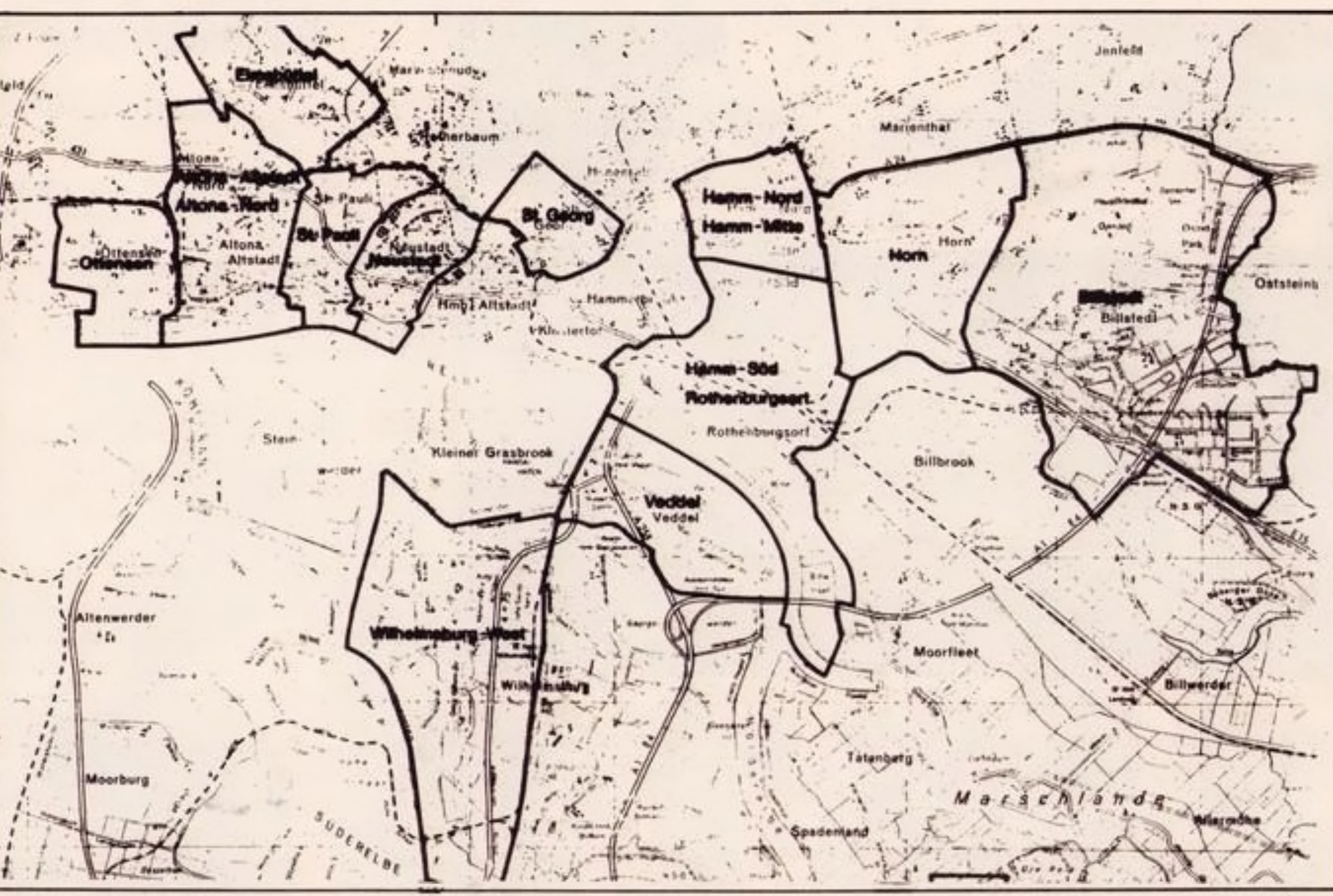
are. Am 19.Februar hat in der Schule Osterbrook in Hamm-Süd eine Plandiskussion über Bebauungspläne des Hamburger Senats für das Gebiet der Billerhuder Insel und für Flächen nordöstlich der Bille stattgefunden. Diese öffentliche Veranstaltung wurde von über 600 betroffenen Bürgern genutzt, um gegen den Senatsbeschluß – die Kleingartenkolonie in innerstädtisches Wohnungsgebiet umzuwandeln – zu protestieren.

Die Billerhuder Insel liegt in Hamburg/Hamm-Süd und wird von der Bille und dem Bullenhuser Kanal umschlossen. Im Hamburger Stadtplan ist dieses Gebiet als Kleingartengelände 114 ausgewiesen. Nördlich erstreckt sich das Industriegebiet Rothenburgsort und Billbrook und westlich das Industriegebiet Steinbeker Straße. Betroffen von den Bauplänen des Senats sind 550 Kleingartenparzellen, fast die Hälfte der Gartenhäuser sind dauerbewohnte Behelfsheime. Hier wohnen über 600 Menschen und von ihnen sind 141 über 65 Jahre alt. Diese Behelfsheime wurden nach dem Krieg von ihnen in Eigeninitiative erbaut.

Nach den jetzigen Bauplänen des Senats sollen die Kleingärtner die Insel räumen. Zuerst waren die Bewohner erleichtert, als sie von den Plänen hörten, weil die Insel bisher im Flächennutzungsplan als Industrieerweiterungsgebiet ausgewiesen war und jetzt zum Wohnungsbaugebiet erklärt wurde. Sie hatten nicht geahnt, daß sie Neubauten weichen sollten. Im Stadtentwicklungskonzept des Hamburger Senats vom 30.9.80 liest sich das folgendermaßen: „Zur Stärkung der Wohnfunktion ist Wohnungsneubau auf den Behelfsheimflächen der Billerhuder Insel und an der Schurzallee sowie auf kleineren Flächen in Rothenburgsort vorgesehen. Die Wohnbebauung – überwiegend aus der Zeit nach 1948 – wird den Erfordernissen entsprechend modernisiert werden. Kleinere Wohnungen sollen zusammengelegt werden, um die Stadtteile auch wieder für junge Familien mit Kindern attraktiv zu machen.“ (Stadtentwicklungskonzept S.68) Auf einer wohnungspolitischen Fachkonferenz der SPD erklärte Bausenator Lange, daß jetzt zügig neue Bauflächen gesichert und erschlossen werden, im Interesse der Gesamtbevölkerung auch gegen örtliche Widerstände. Besonders in Allermöhe, Bergstedt, Neugraben und auf der Billerhuder Insel soll der Bau von Mietwohnungen „mit allem Einsatz“ vorangetrieben werden.

Das „Patentrezept“ des Bausenators sind die sogenannten Hollandhäuser. Im östlichen Bereich der Insel ist eine dichte Bebauung mit drei- bis viergeschossigen Häusern vorgesehen. Auf dem gegenüberliegenden Teil sollen vor allem ein- bis dreigeschossige Reihenhäuser und Einzelhäuser gebaut werden. Die Hamburger Baubehörde hat im Januar eine „Auswertung einer Hollandreise“ der Öffentlichkeit vorgelegt. Darin werden Grundkonzeptionen des niederländischen Wohnungsbaus untersucht, um ihre Eignung für westdeutsche Verhältnisse in Erfahrung zu bringen. Im folgenden soll nur auf dem Abschnitt „Konsequenzen der Holland-Studien für den Hamburger Wohnungsbau“ eingegangen werden. Als Knüller werden mögliche Kosteneinsparungen bis zu 100000 DM bei einem „gut ausgestatteten, größeren deutschen Reihenhaus“ gehandelt. „Dies erscheint möglich, ohne daß unvertretbare Abstriche an der Wohnqualität gemacht werden müßten“ (Bericht S.26). Wie sehen diese Abstriche aus? Ausgangsbasis für die Vergleichsrechnung soll ein 114 m² großes Reihenhaus sein. Der in Hamburg übliche hochwertige Standard soll demnach folgendermaßen aussehen: Mauerwerksbau, Verblend-Sichtmauerwerk, Gas-Fußbodenheizung, zentrale Warmwasserbereitung, Vollkeller, Kelleraußentreppe, Balkon im Obergeschoß, farbige Sanitärobjekte, Naßräume farbig gefliest nach Wahl, 2 Bäder, komplette Küchenausstattung. Die Baukosten sollen bei 228000 DM liegen. Jetzt kommen die Abstriche. Erste Einsparung: Betonkonstruktion anstelle Mauerwerksbau (Serienproduktion wird vorausgesetzt) 10000DM; zweite Einsparung: Verringerung der Wohnfläche von 114 m² auf 100 m² = 30000 DM; dritter Abstrich: Reduzierung der Ausstattung (einfachere Küchenausstattung, einfachere Wand-und Bodenfliesen, Verzicht auf farbige Sanitäreinrichtung, einfacherer Teppichboden) Einsparung: 13000 DM; vierter Abstrich: Verzicht auf einenVollkeller, ca. 27000 DM könnten eingespart werden und zum Schluß: „Darüber hinausgehend lassen sich Einsparungen nur noch vornehmen, indem der gewohnte Standard auch des sozialen Wohnungsbaus unterschritten wird.“ Nach den Abstrichen soll das Haus noch 113000 DM kosten. (a.a.O., S.26 ff.) Das Volk soll sich auf das einfachere Leben einstellen.

Mit verschiedenen Versprechungen versucht der Senat, die Bewohner von seinen Plänen zu überzeugen. So soll niemand aus Gründen der Neuordnung die Insel verlassen müssen. Jeder soll die Möglichkeit erhalten, eine Neubauwohnung zu beziehen. Und wer sich ein Einzelhaus bauen möchte, könne sich in eine Bewerberliste eintragen. Sie sind nachzulesen in einer Informationsbroschüre anläßlich der Plandiskussion. Auf die Bewohner hat diese Broschüre wenig Eindruck gemacht. Schon vor längerer Zeit hatte sich ein Arbeitskreis „Hände weg von der Billerhuder Insel“ zusammengeschlossen. Auf der Versammlung wurde auf die beträchtlichen Lärm- und Schadstoffemissionen der benachbarten Industriebetriebe hingewiesen. Der Hamburger Senat wurde aufgefordert, das Gebiet in ein Dauerkleingartengebiet umzuwandeln, um es als Naherholungsgebiet für die benachbarten, dichtbesiedelten Stadtteile zu erhalten.



Der Plan zeigt die Prioritätsgebiete des Stadtteilentwicklungskonzeptes, wie sie der Hamburger Senat festgelegt hat (aus: Stadtentwicklungskonzept S. 60)

„Arbeiterkampf“ über die Zukunft des Heng-Samrin-Regimes besorgt

ros. Die Entwicklung der Lage in Kampuchea ist wieder in die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse geraten. Nach Berichten, die anerkennen müssen, daß die Regierung des Demokratischen Kampuchea einen wirksamen Widerstandskrieg gegen die vietnamesischen Besatzer organisiert hat, sorgen jetzt vor allem Meldungen über Fortschritte bei der Bildung einer Regierung der nationalen Eintracht für Aufmerksamkeit. Der „Arbeiterkampf“ trägt dem auf seine Art Rechnung.

In der Ausgabe vom 16.2. (Nr.195, S.48) bringt der „Arbeiterkampf“ einen Artikel seiner Asien-Australien-Kommission mit der Überschrift „Kampuchea: Hungersnot überwunden!“. Der Inhalt des Artikels besteht in dem Versuch nachzuweisen, wie sich die Ernährungslage unter dem Heng-Samrin-Regime verbessert habe. Dabei verlieren die Artikel-Schreiber bezeichnender Weise nicht ein Wort darüber, wie nach all der vielfach geschilderten Unterdrückung die Volksmassen unter dem Heng-Samrin-Regime ihre Initiative zur Überwindung der Hungerkatastrophe entwickeln konnten, sondern sie beschränken sich darauf, die Bedeutung „brüderlicher Hilfe“ dabei herauszustellen.

Nach einer Kritik an den Nahrungsmittellieferungen des Internationalen Roten Kreuzes und der UN-Organisationen, die Kampuchea langfristig von ausländischen Nahrungsmittellieferungen abhängig mache, werden die tatsächlichen Garanten für die eigenständige Entwicklung Kampucheas vorgestellt. „Im weiteren ist die positive Entwicklung hauptsächlich der vietnamesischen-, RGW- und privaten Hilfe zuzuschreiben. Wesentlich scheint mir jedoch, daß die Verbesserung der Lage, die ich feststellen konnte, allein mit russischer und vietnamesischer Hilfe hatte zustande kommen können (Brian Walker, Direktor der britischen, privaten Hilfsorganisation Oxfam, Vietnam Kurier, 3/80)“. Der Nutzen des Heng-Samrin-Regimes für das kampucheanische Volk besteht nach dieser Logik darin, daß es mittels dieses Regimes dieser „Hilfe“ teilhaftig werden kann.

Zweck dieser Logik ist es, die sowjetisch-vietnamesische Invasion erneut zu rechtfertigen und darüber hinaus gegen die militärischen Erfolge im Befreiungskrieg und gegen die politischen Fortschritte bei der Bildung einer Regierung der nationalen Eintracht Stimmung zu machen und den vietnamesischen Marionetten eine erneute Legitimierung zu verschaffen.

Dies geht freilich nur, wenn man sich daran macht, das Lügengebäude über das Demokratische Kampuchea erneut auszubauen. Allerdings werden dabei die Widersprüche in seiner Konstruktion noch offenkundiger. Zu der Lüge, die Regierung des demokratischen Kampuchea habe das eigene Volk ermordet, tritt nun hinzu, daß das Volk in Hunger und Elend gelebt habe – woraus es jetzt eben dank der sowjetisch-vietnamesischen Intervention erlöst werde.

Es ist müßig, im einzelnen zu schildern, in welch kurzer Zeit das Volk von Kampuchea nach der katastrophalen Zerstörung des Landes durch den US-Imperialismus die Ernährungsfrage gelöst hat. Berichte darüber gibt es genug. Beispielhaft seien nur die Äußerungen des Botschafters von Tansania in Beijing nach einem Besuch Kampucheas angeführt: „Noch nie in meinem Leben habe ich so ausgedehnte Reisfelder gesehen, es ist das erste Mal. Wir sind Hunderte von Kilometern durch Reisanbaugebiete gefahren... (zit. nach: Kampuchea kämpft, S.30) Und bereits im Oktober 1975 erklärte Sihanouk auf der 30. Sitzung der UNO-Vollversammlung: „Was die Landwirtschaft betrifft, für die die größten unserer Anstrengungen vollbracht wurden, so werden von nun an beträchtliche Ergebnisse erzielt. Die Tatsache, daß wir jetzt genügend Getreide haben, um 7,5 Millionen Kambodschaner und Kambodschanerinnen, die gegenwärtig in Kambodscha leben, in angemessener Weise zu ernähren, ohne im Ausland um Hilfe bitten zu müssen, erfüllt uns mit größter Befriedigung.“ (zit. n. Dokumente d. Rev. Kombodscha, S.15f.)

Während das Demokratische Kampuchea also sofort nach der Befreiung des Landes von der Herrschaft des US-Imperialismus alle Kraft des Landes auf den Aufbau des Landes und die Lösung der Ernährungsfrage konzentrierte, versuchte Vietnam von Beginn an, gegenüber seinen Nachbarn mit militärischen Mitteln Gebietsansprüche durchzusetzen und politisch mit der Forderung nach Aufnahme „besonderer Beziehungen“ gegenüber Laos und Kampuchea deren Befreiung vom US-Imperialismus noch zu „vertiefen“. Was die Ernährungsfrage angeht, so verhehlt die vietnamesische Regierung heute nicht mehr, daß sie zu deren Lösung nicht in der Lage ist.

Zur Ernährungslage in den von Vietnam besetzten Gebieten Kampucheas, hat Kieu Samphan gerade in einem Interview mitgeteilt, daß dort täglich über 3000 Menschen pro Tag an Hunger und Krankheiten aufgrund von Kleidermangel sterben. (KVZ 9/81, S.7)

Doch all dies ficht den „AK“ nicht an. Im Gegenteil: Der Befreiungskrieg des kampucheanischen Volkes gilt ihm als „ständige (-) Störaktionen gegen Kampuchea“. Er fordert deshalb auch die sofortige Anerkennung des Heng-Samrin-Regimes. Nicht nur daran, auch an der gewachsenen Mehrheit für die Beibehaltung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea in der UNO-Vollversammlung, was für den „AK“ lediglich „Engagement der imperialistischen Mächte und Chinas“ ist, wird deutlich, wie sehr der „AK“ mit dieser Politik der einen Supermacht in die Hände spielt und einer vollen Unterstützung des Kampfes der Dritten Welt durch die westdeutsche Arbeiter- und demokratische Bewegung schadet. Eine Korrektur dieser Politik wäre fällig.

Presseschau

Das Verbot der Demonstration gegen das KKW Brokdorf

„BILD-Hamburg“ 23.2.81

Landrat Brümmer begründet das Verbot

BILD: Warum das Demonstrationsverbot?

BRÜMMER: Weil wir wissen, daß ganz schwere Gewalttaten geplant sind. Und weil wir die Kreisbevölkerung schützen müssen.

BILD: Was für Gewalttaten sind geplant? Woher wissen Sie das?

BRÜMMER: Wir haben Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden, über die ich nicht reden kann. Wir haben einen Riesenhaufen Flugblätter, auf denen verschiedene Gruppen zu Gewalt aufrufen. Täglich kommen neue Informationen.

BILD: Glauben Sie, daß das Verbot beachtet wird?

BRÜMMER: Ich hoffe, daß es die friedlichen Demonstranten tun. Ich rechne nicht, daß sich die Krawallmacher abhalten lassen. Auseinandersetzungen sind, fürchte ich, unvermeidlich.

BILD: Wie wollen Sie das Verbot durchsetzen?

BRÜMMER: Die Verbotsverfügung bestimmt, daß jede Ansammlung von der Polizei aufgelöst werden kann. Wie weiträumig die Wilster Marsch abgeriegelt werden kann, wird die Polizei nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen entscheiden...

„Hamburger Abendblatt“ 23.2.81

Bourgeoisie setzt auf Spaltung

Die Reaktion auf eine solche Maßnahme muß zwiespältig sein. Demonstrationen sind ein Teil der im Grundgesetz gesicherten freien Meinungsäußerung. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß das Verbot neben zustimmenden Äußerungen auch ein negatives Echo findet. Doch es ist überzogen, wenn der frühere Düsseldorfer Innenminister Hirsch von einem „Offenbarungseid der Demokratie“ spricht. Und eine „Ungeheuerlichkeit“ (Jusos) ist dieses Verbot auch nicht.

An Demonstrationen hat es bei uns in letzter Zeit wahrlich nicht gefehlt, und oft genug ging es dabei gewalttätig zu. Die Behörden bewiesen machmal erstaunliche Geduld. Friedliche Demonstranten konnten nicht verhindern, daß ihre guten Absichten mißbraucht wurden. Es hieße den Bogen überspannen, wollte man in dem Verbot einfach einen Maulkorberlaß sehen.

Radikale Gruppen fühlen sich jetzt möglicherweise erst recht zum Marsch nach Brokdorf herausgefordert. Und es ist durchaus auch möglich, daß sich enttäuschte Jugendliche ihnen anschließen. Aber sie müssen wissen, daß sie sich mit der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration ins Unrecht setzen. Der Staat hat nicht nur das Recht, die freie Meinungsäußerung zu garantieren, er hat auch seine Bürger zu schützen. Durch ein Verbot geht unsere demokratische Welt nicht unter.

„Morgenpost“ 28.2.81

„Demokratie im Zwielicht“

Beschwörende Appelle zur Vernunft hat es genug gegeben – Brokdorf ist dennoch ein Symbol der Gewalt geblieben. Auf der einen Seite die Gewalt des Staates, der hier sein Atomprogramm durchsetzen will. Auf der anderen Seite die Gewalt von Steinewerfern und Chaoten.

Zwischen den Fronten die Umweltschützer, denen es angst ist um unsere Zukunft, um die Sorglosigkeit, mit der hier wieder eine Nuklear-Anlage hochgezogen werden soll – ohne einen Platz für Atom-Müll. Zwischen den Fronten auch die Masse der Bürger, die den Politikern vertraut, wenn diese mit Brokdorf für „Erhaltung der Arbeitsplätze“ argumentieren.

Doch wer heute direkt in Brokdorf und vor dem Bauzaun demonstriert, verstößt gegen geltendes Recht – der Landrat und das Gericht in Schleswig haben es verboten. Aber hat es nicht in Deutschland für jede Unvernunft und Greueltat schon Gesetze und Vorschriften geben? Man mag die Beispiele gar nicht allle aufzählen.

Wer möchte darauf verzichten, für seine Rechte auf die Straße zu gehen? Und schweigend zusehen, wenn andere über seine Zukunft entscheiden? Aber wer möchte gern als Polizeibeamter den Marschbefehl nach Brokdorf bekommen? Und dort die Aggressionen junger Leute ausbaden, jener Steinewerfer, bei denen unsere Gesellschaft versagt hat? Der Staat, der NPD-Kundgebungen oft genug zu schützen wußte – kann er das bei Atomkraftgegnern nicht?

Dennoch der Appell, heute nicht nach Brokdorf zu marschieren: Wer am 28. Februar 1981 dort der Gewalt ins offene Messer läuft, beweist keinen Mut. Er hilft auch der ins Zwielicht geratenen Demokratie nicht weiter. Denn Helmut Brümmer (so heißt der Landrat von Steinburg) wird Deutschlands Geschichte nicht aufhalten.

„Frankfurter Allgemeine“ 28.2.81

Verbot unwirksam

BROKDORF, 27. Februar. Noch weiß niemand, wer kommt. Noch ist ungewiß, was auf die Stadt und die Dörfer zukommt. Nur die Polizei ist schon da. Die ersten Sandcontainer sind auf die Straßen gestellt, die durch die Marsch an die Elbe führen. Man kann zwar noch bis Wilster fahren, aber nicht mehr so ohne weiteres in die Ecke, wo die Stöhr einmündet. Nach Brokdorf zu kommen, ist schwer. Die Kinder laufen Rollschuh auf der Straße, mit Autos ist nicht zu rechnen.

Ob Demonstranten bis zum Bauzaun vordringen werden, kann man so genau nicht sagen. Es ist bitterkalt während der Nachtstunden. Und die Sonne, die tagsüber durch die klare Luft brennt, vermag bis zum Abend wenig auszurichten. Das bedeutet, daß der Boden der Wiesen hart gefroren ist. Zwar kann man dem Eis auf den Wassergräben nicht trauen, aber das Fortkommen querfeldein dürfte dieses Mal leichter sein als 1977. Damals hatten Dauerregen und wärmere Temperaturen bewirkt, daß es genügte, die Straßenkreuzungen und Brücken zu blockieren.

baut.

Nach den jetzigen Bauplänen des Senats sollen die Kleingärtner die Insel räumen. Zuerst waren die Bewohner erleichtert, als sie von den Plänen hörten, weil die Insel bisher im Flächennutzungsplan als Industrieerweiterungsgebiet ausgewiesen war und jetzt zum Wohnungsbaugebiet erklärt wurde. Sie hatten nicht geahnt, daß sie Neubauten weichen sollten. Im Stadtentwicklungskonzept des Hamburger Senats vom 30.9.80 liest sich das folgendermaßen: „Zur Stärkung der Wohnfunktion ist Wohnungsneubau auf den Behelfsheimflächen der Billerhuder Insel und an der Schurzallee sowie auf kleineren Flächen in Rothenburgsort vorgesehen. Die Wohnbebauung – überwiegend aus der Zeit nach 1948 – wird den Erfordernissen entsprechend modernisiert werden. Kleinere Wohnungen sollen zusammengelegt werden, um die Stadtteile auch wieder für junge Familien mit Kindern attraktiv zu machen.“ (Stadtentwicklungskonzept S.68) Auf einer wohnungspolitischen Fachkonferenz der SPD erklärte Bausenator Lange, daß jetzt zügig neue Bauflächen gesichert und erschlossen werden, im Interesse

„Dies erscheint möglich, ohne daß unvertretbare Abstriche an der Wohnqualität gemacht werden müßten“ (Bericht S.26). Wie sehen diese Abstriche aus? Ausgangsbasis für die Vergleichsrechnung soll ein 114 m² großes Reihenhaus sein. Der in Hamburg übliche hochwertige Standard soll demnach folgendermaßen aussehen: Mauerwerksbau, Verblend-Sichtmauerwerk, Gas-Fußbodenheizung, zentrale Warmwasserbereitung, Vollkeller, Kelleraußentreppe, Balkon im Obergeschoß, farbige Sanitärobjekte, Naßräume farbig gefliest nach Wahl, 2 Bäder, komplette Küchenausstattung. Die Baukosten sollen bei 228000 DM liegen. Jetzt kommen die Abstriche. Erste Einsparung: Betonkonstruktion anstelle Mauerwerksbau (Serienproduktion wird vorausgesetzt) 10000DM; zweite Einsparung: Verringerung der Wohnfläche von 114 m² auf 100 m² = 30000 DM; dritter Abstrich: Reduzierung der Ausstattung (einfachere Küchenausstattung, einfachere Wand-und Bodenfliesen, Verzicht auf farbige Sanitäreinrichtung, einfacherer Teppichboden) Einsparung: 13000 DM; vierter Abstrich: Verzicht auf einenVollkeller, ca. 27000 DM könnten

indem der gewohnte Standard auch des sozialen Wohnungsbaus unterschritten wird.“ Nach den Abstrichen soll das Haus noch 113000 DM kosten. (a.a.O., S.26 ff.) Das Volk soll sich auf das einfachere Leben einstellen.

Mit verschiedenen Versprechungen versucht der Senat, die Bewohner von seinen Plänen zu überzeugen. So soll niemand aus Gründen der Neuordnung die Insel verlassen müssen. Jeder soll die Möglichkeit erhalten, eine Neubauwohnung zu beziehen. Und wer sich ein Einzelhaus bauen möchte, könne sich in eine Bewerberliste eintragen. Sie sind nachzulesen in einer Informationsbroschüre anläßlich der Plandiskussion. Auf die Bewohner hat diese Broschüre wenig Eindruck gemacht. Schon vor längerer Zeit hatte sich ein Arbeitskreis „Hände weg von der Billerhuder Insel“ zusammengeschlossen. Auf der Versammlung wurde auf die beträchtlichen Lärm- und Schadstoffemissionen der benachbarten Industriebetriebe hingewiesen. Der Hamburger Senat wurde aufgefordert, das Gebiet in ein Dauerkleingartengebiet umzuwandeln, um es als Naherholungsgebiet für die benachbarten, dichtbesiedelten Stadtteile zu erhalten.

des Heng-Samrin-Regimes besorgt

ros. Die Entwicklung der Lage in Kampuchea ist wieder in die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse geraten. Nach Berichten, die anerkennen müssen, daß die Regierung des Demokratischen Kampuchea einen wirksamen Widerstandskrieg gegen die vietnamesischen Besatzer organisiert hat, sorgen jetzt vor allem Meldungen über Fortschritte bei der Bildung einer Regierung der nationalen Eintracht für Aufmerksamkeit. Der „Arbeiterkampf“ trägt dem auf seine Art Rechnung.

In der Ausgabe vom 16.2. (Nr.195, S.48) bringt der „Arbeiterkampf“ einen Artikel seiner Asien-Australien-Kommission mit der Überschrift „Kampuchea: Hungersnot überwunden!“. Der Inhalt des Artikels besteht in dem Versuch nachzuweisen, wie sich die Ernährungslage unter dem Heng-Samrin-Regime verbessert habe. Dabei verlieren die Artikel-Schreiber bezeichnender Weise nicht ein Wort darüber, wie nach all der vielfach geschilderten Unterdrückung die Volksmassen unter dem Heng-Samrin-Regime ihre Initiative zur Überwindung der Hungerkatastrophe entwickeln konnten, sondern sie beschränken sich darauf, die Bedeutung „brüderlicher Hilfe“ dabei herauszustellen.

tisch-vietnamesischen Intervention erlöst werde.

Es ist müßig, im einzelnen zu schildern, in welch kurzer Zeit das Volk von Kampuchea nach der katastrophalen Zerstörung des Landes durch den US-Imperialismus die Ernährungsfrage gelöst hat. Berichte darüber gibt es genug. Beispielhaft seien nur die Äußerungen des Botschafters von Tansania in Beijing nach einem Besuch Kampucheas angeführt: „Noch nie in meinem Leben habe ich so ausgedehnte Reisfelder gesehen, es ist das erste Mal. Wir sind Hunderte von Kilometern durch Reisanbaugebiete gefahren... (zit. nach: Kampuchea kämpft, S.30) Und bereits im Oktober 1975 erklärte Sihanouk auf der 30. Sitzung der UNO-Vollversammlung: „Was die Landwirtschaft betrifft, für die die größten unserer Anstrengungen vollbracht wurden, so werden von nun an beträchtliche Ergebnisse erzielt. Die Tatsache, daß wir jetzt genügend Getreide haben, um 7,5 Millionen Kambodschaner und Kambodschanerinnen, die gegenwärtig in Kambodscha leben, in angemessener Weise zu ernähren, ohne im Ausland um Hilfe bitten zu müssen, erfüllt uns mit größter Befriedigung.“ (zit. n. Dokumente d. Rev. Kombodscha, S.15f.)

Während das Demokratische Kam-

Presseschau

Das Verbot der Demonstration gegen das KKW Brokdorf

gegen geltendes Recht – der Landrat und das Gericht in Schleswig haben es verboten. Aber hat es nicht in Deutschland für jede Unvernunft und Greueltat schon Gesetze und Vorschriften geben? Man mag die Beispiele gar nicht allle aufzählen.



Am Montag demonstrierten Lehrer und Erzieher mit einem Fackelzug gegen die Politik des Hamburger Senats. „Schluß mit der Mehrarbeit – Einstellung aller Erzieher und Sozialarbeiter, Weg mit den Sparmaßnahmen – Einstellung aller Lehrer, Kleine Klassen statt Schulschließungen" war u.a. auf den mitgeführten Transparenten zu lesen. Zur Finanzierung und zum Umfang dieser Forderungen hat die GEW konkrete Maßnahmen vorgeschlagen: Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesens auf mindestens 8% des Bruttosozialproduktes, damit der Anschluß an den europäischen Standard gefunden wird. Und: Beseitigung bestehender Steuerprivilegien, stärkere Gewinnbesteuerung bei Groß- und marktbeherrschenden Unternehmen.

20000 Schüler demonstrieren gegen den Schulentwicklungsplan



15 bis 20000 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich am Schulstreik gegen den von der Behörde vorgelegten Schulentwicklungsplan. 6000 demonstrierten vor der Schulbehörde in der Hamburger Straße. Grolle und Neckel empfingen eine Delegation von 12 Schülerinnen und Schülern. Wer sich am Streik beteiligt hat, wird als unentschuldigt gefehlt betrachtet, verpaßte Arbeiten gelten als Leistungsverweigerung. An verschiedenen Schulen wurden Arbeiten extra nicht am 26. geschrieben, andere Schulen wichen Konfrontationen aus, indem sie Wandertage ansetztzen. An vielen Schulen gibt es Konferenzbeschlüsse gegen den SEPl und Initiativen von Eltern, Lehrern und Schülern, fehlende Planstellen zu besetzen.


HOTEL
mit diesem
SEPL
FÜR EINE SCHULE
DIE SPASS MACHT
WOLLEN

15 bis 20000 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich am Schulstreik gegen den von der Behörde vorgelegten Schulentwicklungsplan. 6000 demonstrierten vor der Schulbehörde in der Hamburger Straße. Grolle und Neckel empfingen eine Delegation von 12 Schülerinnen und Schülern. Wer sich am Streik beteiligt hat, wird als unentschuldigt gefehlt betrachtet, verpaßte Arbeiten gelten als Leistungsverweigerung. An verschiedenen Schulen wurden Arbeiten extra nicht am 26. geschrieben, andere Schulen wichen Konfrontationen aus, indem sie Wandertage ansetztzen. An vielen Schulen gibt es Konferenzbeschlüsse gegen den SEPl und Initiativen von Eltern, Lehrern und Schülern, fehlende Planstellen zu besetzen.

Grundrente, eine Ursache der Wohnungsnot

Steigende Grundstückspreise lassen die Kostenmiete hochschnellen

cld. Die vor allem in Göttingen und Westberlin geführten Kämpfe gegen die Bodenspekulation und das Verrottenlassen von Wohnraum, sind nur der schärfste Ausdruck der Wohnungsnot. Billige und gute Wohnungen für die Arbeiterklasse und die Volksmassen werden immer seltener. Nach Angaben des Hamburger Bausenators Lange gab es im Oktober 1980 in Hamburg über 50000 Wohnungssuchende mit Dringlichkeitsschein. 1976 und die Jahre davor waren es jeweils knapp 10000 Wohnungssuchende (Berichte und Dokumente Nr. 489, S. 5).

Der Wohnungsbestand in Hamburg betrug 1976 rund 760000 Wohnungen, die sich wie folgt zusammensetzten: 250000 Altbauwohnungen, 360000 öffentlich geförderte (Sozial-) Neubauwohnungen und 150000 freifinanzierte Neubauwohnungen. Heute liegt der Wohnungsbestand bei etwa 780000 Wohnungen in Hamburg. Privathaushalte gibt es in Hamburg ca. 800000 (Zahlen nach: Statistisches Taschenbuch 80). Es ergibt sich schon so ein rechnerischer Fehlbetrag von ca. 20000 Wohnungen. Tatsächlich ist der Mangel an Wohnungen für die Arbeiterklasse und die Volksmassen aber wesentlich größer. Es stehen nämlich ca. 10000 Wohnungen leer, deren Miete zu hoch ist oder die Eigentumswohnungen sind, die kein Arbeiter bezahlen kann. Um die Wohnungsnot zu beseitigen, müßten also einige 10000 billiger Wohnungen gebaut werden. Tatsächlich werden in Hamburg aber pro Jahr nur 4500 öffentlich geförderte Wohnungen gebaut, wovon aber 1300 Eigentumswohnungen sind. Abgesehen von den Eigentumswohnungen haben auch die restlichen Wohnungen eine ziemlich hohe Anfangsmiete von 6.80/qm ohne Heizungskosten. *Ein Grund* für die geringe Zahl staatlich geförderter Wohnungen und damit für die Wohnungsnot bei einigermaßen tragbaren Wohnungen ist die sprunghaft gestiegene Kostenmiete. (Auf eine weitere Ursache der Wohnungsnot, die in der Konkurrenz der Kapitalisten mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen auf dem Wohnungs- bzw. Grundstücksmarkt besteht, werden wir in einer der nächsten KVZ eingehen.)

Von 1976 bis 1980 ist die Kostenmiete im öffentlich geförderten Wohnungsbau von 14.00 DM/qm auf 20.00 DM/qm hochgeschnellt. Entsprechend erhöhten sich die staatlichen Subventionen im Sozialwohnungsbau von 8.50/qm auf 14.00/qm. Die hohe Verschuldung des Hamburger Staates und der daraus sich ergebende Druck des Finanzkapitals auf den Senat, führte zu einer Reduzierung der staatlichen Subventionen im Wohnungsbau und trug so auch mit zur Verschärfung der Wohnungsnot bei. Aus diesen Tatsachen wird von einigen der Schluß gezogen, daß der Staat eben mehr Geld zur Subventionierung des Wohnungsbaus ausgeben müßte. (Siehe Artikel in der „Metall" und „gp" 3/81, sowie „Z" 9/81 und „Arbeiterkampf" 194)

Die oben gezeigte Entwicklung der Kostenmiete macht deutlich, daß die Steigerung der Subventionen schon jetzt ein Faß ohne Boden ist. Um zu klären, woran das liegt und warum die Forderung nach mehr Subventionen völlig unzureichend ist, muß untersucht werden, aus welchen Kosten sich die Miete zusammensetzt und wie die einzelnen Bestandteile sich entwickeln.

Wie setzt sich die Miete zusammen?

In der kapitalistischen Produktionsweise sind Wohnungen, bzw. Häuser eine Ware wie jede andere auch. Ein Unterschied zu anderen Waren, wie z.B. Lebensmitteln, besteht darin, daß ihr Wert nicht auf einmal gezahlt wird, sondern stückweis in der Form der Miete. Dies trifft bei Eigentumswohnungen nicht zu. Die Miete ist also nichts anderes als die stückweise Zahlung des Werts der Ware Wohnung über einen längeren Zeitraum. Was geht nun in den Wert der Ware „Wohnung" ein? Was muß durch die Miete realisiert werden?
Die Miete hat zu decken:

a)Die Verzinsung des im Hausbau angelegten Kapitals (den Profit);

b)Reparaturen, die zur Erhaltung des Hauses/der Wohnung notwendig sind;

c)Hypotheken- und Schuldenrückzahlung, einschließlich Verzinsung;

d)das Baukapital (Kosten für konstantes und variables Kapital)

e)die Grundrente.

In der bürgerlichen Presse und von den bürgerlichen Politikern werden vor allem die Baukosten und hier die steigenden Löhne der Bauarbeiter für den raschen Anstieg der Kostenmiete verantwortlich gemacht. Untersucht man die einzelnen Faktoren in den letzten Jahren ergibt sich ein anderes Bild:

	1973	1977
Baukosten pro Wohnung in DM	90800	120500
Grundstückskosten pro Wohnung in DM	7300	31000

(Quelle: Hamburg in Zahlen, 1978, S.255, Hrsg. vom Stat. Landesamt Hamburg)

Die Steigerung der Baukosten betrug in diesem Zeitraum also 132 %, die Steigerung der Grundstückspreise hingegen über 400 %. Der Anteil der Grundstückskosten an den Gesamtkosten erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 7,4 % auf 20,4 %. Den großen Reibach haben also die Grundstücksbesitzer gemacht und machen ihn. Der Anteil der Grundrente – die Baulandpreise sind kapitalisierte Grundrente (siehe Kasten) – an der Miete hat sich also gewaltig erhöht. Dabei geben die hier genannten Zahlen noch nicht einmal den ganzen Umfang der Preissteigerung bei Grundstücken wieder, weil in die Durchschnittsberechnungen des Stat. Landesamtes auch Grundstücke eingehen, die von den großen Bauunternehmen schon vor längerer Zeit gekauft wurden, also relativ billiger waren, aber erst in dem entsprechenden Bebauungsjahr zum alten Preis in die Berechnung eingehen.

Die Tatsache, daß die Grundrente und damit die Grundstückspreise zu einem erheblichen Teil zur Verschärfung der Wohnungsnot beitragen, ist die Grundlage für Forderungen nach Beseitigung der Bodenspekulation und Änderung des Bodenrechts. Die Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden ist die konsequenteste Forderung. Sie wird von den Kapitalisten und ihren Politikern gefürchtet, weil die Beseitigung dieser Art von Privateigentum leicht von der Arbeiterklasse und den Volksmassen als Beginn der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln genommen werden kann.

Wir werden uns in der nächsten KVZ genauer mit dieser Forderung auseinandersetzen und klären, inwieweit die Durchsetzung dieser Forderung zur Minderung oder sogar zur Beseitigung der Wohnungsnot beitragen kann.

Grundrente – Grundstückspreis

Der Preis eines Grundstückes ist seine kapitalisierte Grundrente. Die Grundrente wird aufgefaßt wie der Zins, den ein Kapital abwirft. Der Grundstückspreis stellt dieses (fiktive) Kapital dar. Sei die Rente, die aus einem Grundstück gezogen wird, im Jahr 1000 DM und der allgemeine Zins für Kapital 5%, dann ist der Preis für dieses Grundstück 20000 DM. Diese 20000 DM im Grundstück angelegt, bringen seinem Besitzer pro Jahr 1000 DM Rente (Zins). Steigt der Kapitalzins, wie gegenwärtig in der BRD, so fallen die Grundstückspreise. (Bei 10% Zinsrate kostet das Grundstück nur noch 10000 DM) Da im Kapitalismus die allgemeine Tendenz des Falls der Profitrate gilt, gilt für die Grundstückspreise die allgemeine Tendenz des Steigens. Das ist eine Ursache für die oben gezeigten Preissteigerungen.

len kann. Um die Wohnungsnot zu beseitigen, müßten also einige 10000 billiger Wohnungen gebaut werden. Tatsächlich werden in Hamburg aber pro Jahr nur 4500 öffentlich geförderte Wohnungen gebaut, wovon aber 1300 Eigentumswohnungen sind. Abgesehen von den Eigentumswohnungen haben auch die restlichen Wohnungen eine ziemlich hohe Anfangsmiete von 6.80/qm ohne Heizungskosten. Ein Grund für die geringe Zahl staatlich geförderter Wohnungen und damit für die Wohnungsnot bei einigermaßen tragbaren Wohnungen ist die sprunghaft gestiegene Kostenmiete. (Auf eine weitere Ursache der Wohnungsnot, die in der Konkurrenz der Kapitalisten mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen auf dem Wohnungs- bzw. Grundstücksmarkt besteht, werden wir in einer der nächsten KVZ eingehen.)

Von 1976 bis 1980 ist die Kostenmiete im öffentlich geförderten Wohnungsbau von 14.00 DM/qm auf 20.00 DM/qm hochgeschnellt. Entsprechend erhöhten sich die staatlichen Subventionen im Sozialwohnungsbau von 8.50/qm auf 14.00/qm. Die hohe Verschuldung des Hamburger Staates und der daraus sich ergebende Druck des Finanzkapitals auf den Senat, führte zu einer Reduzierung der staatlichen Subventionen im Wohnungsbau und

realisiert werden?
Die Miete hat zu decken:
a)Die Verzinsung des im Hausbau angelegten Kapitals (den Profit);
b)Reparaturen, die zur Erhaltung des Hauses/der Wohnung notwendig sind;
c)Hypotheken- und Schuldenrückzahlung, einschließlich Verzinsung;
d)das Baukapital (Kosten für konstantes und variables Kapital)
e)die Grundrente.
In der bürgerlichen Presse und von den bürgerlichen Politikern werden vor allem die Baukosten und hier die steigenden Löhne der Bauarbeiter für den raschen Anstieg der Kostenmiete verantwortlich gemacht. Untersucht man die einzelnen Faktoren in den letzten Jahren ergibt sich ein anderes Bild:

nem erheblichen Teil zur Verschärfung der Wohnungsnot beitragen, ist die Grundlage für Forderungen nach Beseitigung der Bodenspekulation und Änderung des Bodenrechts. Die Beseitigung des Privateigentums an Grund und Boden ist die konsequenteste Forderung. Sie wird von den Kapitalisten und ihren Politikern gefürchtet, weil die Beseitigung dieser Art von Privateigentum leicht von der Arbeiterklasse und den Volksmassen als Beginn der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln genommen werden kann.
Wir werden uns in der nächsten KVZ genauer mit dieser Forderung auseinandersetzen und klären, inwieweit die Durchsetzung dieser Forderung zur Minderung oder sogar zur Beseitigung der Wohnungsnot beitragen kann.

Grundrente – Grundstückspreis
Der Preis eines Grundstückes ist seine kapitalisierte Grundrente. Die Grundrente wird aufgefaßt wie der Zins, den ein Kapital abwirft. Der Grundstückspreis stellt dieses (fiktive) Kapital dar. Sei die Rente, die aus einem Grundstück gezogen wird, im Jahr 1000 DM und der allgemeine Zins für Kapital 5%, dann ist der Preis für dieses Grundstück 20000 DM. Diese 20000 DM im Grundstück angelegt, bringen seinem Besitzer pro Jahr 1000 DM Rente (Zins). Steigt der Kapitalzins, wie gegenwärtig in der BRD, so fallen die Grundstückspreise. (Bei 10% Zinsrate kostet das Grundstück nur noch 10000 DM) Da im Kapitalismus die allgemeine Tendenz des Falls der Profitrate gilt, gilt für die Grundstückspreise die allgemeine Tendenz des Steigens.

Teure Privatisierung in Hamburg

cld. Die von der CDU und FDP mit Heftigkeit geforderte Privatisierung staatlicher Tätigkeiten hat sich jetzt in einem Fall als enorme Verteuerung herausgestellt. Private Reinigungsfirmen, die etwa 34 % der öffentlichen Reinigungsarbeiten machen, haben das Finanzamt und die Sozialversicherungen in 2 Jahren um 11,5 Mio. DM betrogen. Sie haben eine große Zahl von Scheinbeschäftigten in ihrer Kartei laufen, so daß sich der Lohn weniger Beschäftigter auf eine größere Zahl verteilte und damit unter 390 DM im Monat gedrückt wurde. Für diesen Lohn brauchten sie dann keine Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten. Bundesweit sollen durch solche und ähnliche Praktiken Milliardenbeträge hinterzogen worden sein. Für Hamburg ergibt sich, daß bei Anrechnung der 11,5 Mio. DM private Gebäudereinigung um ca. 10 % teurer als vorher ist.

Instandsetzung ändert nichts an der Wohnungsnot

cld. In einer Erklärung der staatlichen Pressestelle vom 23.2. wurde bekanntgegeben, daß die Baubehörde 17 Wohnungen in 3 Häusern zur selbständigen Instandsetzung zur Verfügung stellt. Diese lächerlich geringe Zahl bei 50000 Wohnungssuchenden und die bürokratische Schikane, die vor dem Bezug der Wohnungen durchzustehen ist, hat dazu geführt, daß es nur 53 Bewerber für die Wohnungen gibt. Die ganze Maßnahme ist nicht mal ein Feigenblatt des Senats. Daß selbständige Renovierung und Instandbesetzung an der Wohnungsnot insgesamt wenig ändern, wird aus der Zahl von 500 leerstehenden Altbauwohnungen in Hamburg deutlich.

Entwurf des Hafenentwicklungsgesetzes

cld. Am letzten Dienstag hat der Hamburger Senat den Entwurf für ein Hafenentwicklungsgesetz verabschiedet. Es soll der leichteren Durchsetzung der Hafenentwicklungspläne dienen, die in den vergangenen Jahren überall in den betroffenen Gebieten auf scharfen Protest gestoßen sind. Konkret sollen die Enteignungen beschleunigt werden, die dem Senat bisher die größten Schwierigkeiten bereiteten und er große Summen zum Erwerb von Grund und Boden für die Hafenentwicklung ausgeben mußte. Das Hafengesetz ermöglicht dem Senat Grund und Boden im Hafenbereich an private Unternehmen zu verkaufen. Bisher wurde er nur verpachtet. Für die Kapitalisten hat das den Vorteil, daß der Extraprofit, den sie aus der günstigen Lage ihres Betriebes im Hafen erzielen, direkt in ihre Taschen fließt und nicht als Differentialrente in Form der Pacht an den Staat.

Das Hafenentwicklungsgesetz ist die Ankündigung des Senats gegen allen Widerstand der betroffenen Bevölkerung seine Politik der Bereitstellung und zur Verfügung halten großer Flächen für die Kapitalisten durchzusetzen.

Verbot von Kampucheasammlung

bek. Das Ordnungsamt Kiel hat einen Antrag auf Erteilung einer Staßensammlungsgenehmigung für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea nicht genehmigt. Der Antrag wurde auf Grundlage des Spendenaufrufs der westdeutschen Kampuchea-Initiativen von der Kampuchea-Initiative Kiel, dem BWK, der Afghanischen Studentenvereinigung, dem Komitee für den Abzug der Besatzungstruppen, der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung und dem KBW gestellt.

In der Begründung heißt es: „. . . dürfen Landesbehörden oder denen untergeordnete Behörden ohne Beteiligung des Auswärtigen Amtes keine Erlaubnis zu Betätigungen erteilen, die darauf abzielen, auf die innerstaatlichen Verhältnisse eines fremden Staates Einfluß zu nehmen, da die Gestaltung der auswärtigen Beziehungen der BRD ausschließlich dem Bund zusteht." Weiter wird ausgeführt, daß das Auswärtige Amt in der Sammlung eine Berührung seines Kompetenzbereiches sieht und deshalb die Sammlung nicht genehmigt werden kann. Dies bedeutet, daß indirekt das Marionettenregime anerkannt wird, da das Deutsche Rote Kreuz seine Hilfsgüter über Phnom Penh zur Verteilung bringt. Um das weitere Vorgehen zu klären, lädt die Kampuchea-Initiative zu einer Beratung am 10.März um 19.30 Uhr im Stender in der Waitzstraße ein.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 4.3.

Öffentliche Probe der Musikgruppe.
19.00 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6.

Donnerstag, 12.3.

Diskussionsrunde der VrV-Kreisgruppe Eimsbüttel zum Thema: Brokdorf – Kernenergieprogramm der Kapitalisten und der bürgerlichen Parteien. Politische Lage nach der Demonstration.
19.30 Uhr, Eimsbüttler Krug, Osterstr. 5.

Sonntag, 29.3.

Schulung: Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philisophie.
9.00 Uhr, Büro des KBW, Kleine Rainstr. 21.

Sonntag, 5.4.

Schulung: Marx, Lohn, Preis und Profit.
9.00 Uhr, Büro des KBW, Kleine Rainstr. 21.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Ständiger Ausschuß, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telex 413080 kuehl d, Telefon 0611/730231, Sekretär Hans-Gerhart Schmierer; Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt am Main 2, Telefon 0611/730231; Regionalredaktion: 2000 Hamburg 50, Kleine Rainstraße 21, Tel. 040/ 39 49 04;verantwortlicher Redakteur für die Seiten 1 – 12/16: Bernhard Peters, für die Seiten 13 – 15: Lutz Plümer ; Druck: Eigendruck; Verlag: Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlags-Kommanditgesellschaft; Geschäftsführer: Ernst Ehlert, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt am Main 2.

Die Zeitung erscheint wöchentlich und kostet ab 1/1981 als Einzelexemplar 1 DM, Jahresabonnement 50 DM, Halbjahresabonnement 25 DM, Vierteljahresabonnement 13 DM (zuzüglich Postgebühren, z.Zt. als Postvertriebsstück für das Inland 0,159 DM pro Ausgabe) – Verlängerungen oder Neubestellungen erbitten wir an den Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234.

Kein Kernkraftwerk in Brokdorf

Dokumentation von der Großdemonstration gegen den Weiterbau des KKW Brokdorf am 28.2.81

Ablauf der Aktion

22.1.81: Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hebt den Baustopp für das Kernkraftwerk Brokdorf auf.

2.2.81: Der SPD-Parteitag in Hamburg spricht sich gegen den Bau von Brokdorf aus. In Hamburg demonstrieren 12000 gegen das AKW.

6.2.81: Die Bauarbeiten am AKW werden wieder aufgenommen.

15.2.81: Die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen beschließt eine zentrale Demonstration und Kundgebung gegen das AKW Brokdorf am Bauplatz.

18.2.81: Die schleswig-holsteinische Landesregierung erteilt in Übereinstimmung mit der Bundesregierung die 2. Teilerrichtungsgenehmigung.

22.2.81: Der Steinburger Landrat Brümmer erteilt ein generelles Demonstrationsverbot für die Wilster Marsch.

23.2.81: Die GEW-Landesvertreterversammlung spricht sich gegen das AKW Brokdorf und das Demonstrationsverbot aus. Ähnliche Beschlüsse gibt es u.a. in der IG Druck und der HBV.

26.2.81: In der ,,Morgenpost'' erscheint eine Anzeige von 1600 Gewerkschaftern, die zur Demonstration gegen das AKW am Bauplatz in Brokdorf aufrufen. Die IG Druck unterstützt die Anzeige. Das Verwaltungsgericht Schleswig hebt das generelle Demonstrationsverbot für die Wilster Marsch auf.

27.2.81: Seit dem späten Nachmittag setzen sich Tausende in ganz Westdeutschland und Westberlin in Richtung Brokdorf in Marsch.

28.2.81: Um 1.00 Uhr wird bekannt, daß das Oberverwaltungsgericht Lüneburg das Urteil des Verwaltungsgerichtes Schleswig aufgehoben hat. Während der ganzen Nacht werden Polizeisperren errichtet und die Anfahrt behindert. Gegen Morgen werden die Sperren südlich Hamburgs nach und nach aufgehoben.

9.00 Uhr: In Wilster findet eine erste Kundgebung statt mit 3 bis 4000 Leuten. Die Polizei hält zwei Straßensperren in der Nähe von Itzehoe aufrecht. Sämtliche Straßen in dieser Gegend sind verstopft.

11.00 Uhr: Einige hundert Kernkraftwerksgegner aus Kiel sind in St. Margarethen angekommen. Auf der Straße zwischen Wilster und Itzehoe bewegen sich einige 10000 in Richtung Brokdorf. Von Wilster aus marschieren über 15000 Richtung Brokdorf.

13.00 Uhr: Die Polizei hat ihre Sperren auf die Umgebung von Brokdorf zurückgenommen. Nach ihren Angaben befinden sich jetzt über 50000 Kernkraftwerksgegner in der Wilster Marsch.

tung Brokdorf in Marsch.

28.2.81: Um 1.00 Uhr wird bekannt, daß das Oberverwaltungsgericht Lüneburg das Urteil des Verwaltungsgerichtes Schleswig aufgehoben hat. Während der ganzen Nacht werden Polizeisperren errichtet und die Anfahrt behindert. Gegen Morgen werden die Sperren südlich Hamburgs nach und nach aufgehoben.

9.00 Uhr: In Wilster findet eine erste Kundgebung statt mit 3 bis 4000 Leuten. Die Polizei hält zwei Straßensperren in der Nähe von Itzehoe aufrecht. Sämtliche Straßen in dieser Gegend sind verstopft.

11.00 Uhr: Einige hundert Kernkraftwerksgegner aus Kiel sind in St. Margarethen angekommen. Auf der Straße zwischen Wilster und Itzehoe bewegen sich einige 10000 in Richtung Brokdorf. Von Wilster aus marschieren über 15000 Richtung Brokdorf.

13.00 Uhr: Die Polizei hat ihre Sperren auf die Umgebung von Brokdorf zurückgenommen. Nach ihren Angaben befinden sich jetzt über 50000 Kernkraftwerksgegner in der Wilster Marsch.

13.40 Uhr: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wird bekannt: Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg, Demonstrationsverbot in der ganzen Wilster Marsch, wird bestätigt. Zum gleichen Zeitpunkt sind 100000 in der Wilster Marsch und Tausende haben die Polizeiabsperrungen überwunden und bewegen sich Richtung Bauplatz.

18.00 Uhr: Ungefähr 10000 Menschen nehmen an einer Abschlußkundgebung gegen das AKW Brokdorf nur einige hundert Meter vom Bauplatz entfernt teil. Gleichzeitig versucht ein kleinerer Teil der Demonstranten den Bauplatz anzugreifen. Sie werden von der Polizei zurückgedrängt.

19.00 Uhr: Der Rückmarsch wird eingeleitet. Auf dem Rückmarsch greift die Polizei den Zug von hinten an. Es kommt zu einigen Verhaftungen. Den Erfolg der Aktion, die Durchsetzung der Demonstration und Kundgebung gegen das AKW Brokdorf am Bauplatz und die praktische Durchsetzung des Rechts auf Demonstrations-und Meinungsfreiheit, kann der Staatsapparat damit nicht mehr zerstören.

1.3.81: Die Kernkraftwerksgegner sind in ihren Städten wieder eingetroffen. Am Abend findet eine Auswertungsveranstaltung der BUU in Wilster statt.

8.3.81: In Kolmar werden sich die Vertreter der verschiedenen Bürgerinitiativen und Organisationen treffen, um weitere Schritte im Kampf gegen das AKW Brokdorf zu beraten.

28.2. 00.00 Uhr, Nachrichten NDR: OVG Lüneburg berät noch. Schmidt auf Matthäie-Mahlzeit zu Vernunft und Toleranz aufgerufen. Sorgfältige Abwägung aller Interessen von Nöten. Dem öffentlichen Wohl sei nicht damit gedient, daß Probleme ideologisch überhöht oder Auseinandersetzungen dogmatisch zugespitzt würden. Kontroversen trügen manchmal pseudoreligiösen Charakter, man müsse sich am Toleranzgebot messen lassen.

1.00 Uhr, Nachrichten NDR: OVG Lüneburg hat die Entscheidung des VG Schleswig aufgehoben und das Verbot des Kreises Steinburg in vollem Umfang bestätigt. Hat den Einsprüchen der betroffenen Gemeinden recht gegeben. Dagegen kein Einspruch mehr möglich.

2.00 Uhr, Nachrichten NDR: ,,Der BBU und die anderen Organisatoren haben dazu aufgerufen, gewaltfrei zu protestieren und Zusammenstöße mit der Polizei zu vermeiden. Zu Besonnenheit und Toleranz rief auch der Bundeskanzler Schmidt auf der traditionellen Matthäie-Mahlzeit des Hamburger Senats auf. Der Bundeskanzler warnte vor pseudoreligiösen Kontroversen. Als lächerlich und absurd hat inzwischen der BBU die Lüneburger Entscheidung verurteilt. In einer Stellungnahme heißt es: Die meisten Atomkraftwerksgegner seien bereits auf dem Weg. Es stehe fest, daß sie sich ihr Demonstrationsrecht nicht nehmen lassen würden und deshalb dieses Urteil zur Bedeutungslosigkeit verdammt sei.''

5.00 Uhr, Nachrichten NDR: ,,Gegen das Lüneburger Urteil wurde noch in der Nacht Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingelegt. Nach Angaben des Juso-Vorsitzenden Pieczek hat das Gericht zugesagt, über den Antrag bis zum Mittag im Eilverfahren zu entscheiden. Unterdessen bereitete sich ein Aufgebot von rund zehntausend Polizisten und Beamten des Bundesgrenzschutz in der Wilstermarsch auf das Eintreffen tausender Demonstranten vor, die trotz des Verbots erwartet werden. Über eintausend Polizeibeamte hatten mit Kontrollstellen die Autobahnen südlich Hamburgs gesperrt und bei Wagendurchsuchungen nach eigenen Angaben einige Molotow-Cocktails und Schlaginstrumente sichergestellt.''

10.00 Uhr Bericht vom Hubschrauber, NDR : ,,Demonstration in Wilster auf dem Marktplatz beendet. Dann große Demonstration von Wilster aus Richtung Brokdorf. An der Absperrung der Bannmeile bei Brokdorf bilden sich große Trauben von Demonstranten, es ist aber noch keiner in die Bannmeile eingedrungen. Viele Zehntausende drängen gegen die Polizeiabsperrungen in Höhe der Ortschaften Hochfeld und Rotenmeer. Viele Omnibusse sind noch unterwegs, sie kommen nur im Schritttempo voran auf der Bundesstraße 5 von Hamburg über Itzehoe nach Wilster, wo sie am Straßenrand abgestellt werden. Man kommt dann nur noch zu Fuß weiter, die Demonstranten tragen Transparente und sind so ausgerüstet, daß sie einen langen Nachmittag und ev. auch einen Abend überstehen.''

Bericht vom Gelände des Kraftwerks: ,,Ein paar Demonstranten hatten die Absperrungen umgangen und waren am Bauplatz, es sah so aus, als ob hinter den Absperrungen der Polizei keine Demonstration stattfinden könne.

Südlich von Wilster ein Demonstrationszug von ca. 15.000, das Ende ist nicht absehbar, ein etwa gleichgroßer Demonstrationszug ist in nordwestlicher Richtung weiter gegangen und ist richtung Sankt Margareten gegangen, man will von dort versuchen am Strand der Elbe auf Brokdorf zuzugehen; auch dort starke Polizeiaufgebote, Straßenübergänge über Gräben sind mit sandgefüllten Kontainern verstellt worden; auch innerhalb der Absperrung der Polizei.

Demonstranten gehen an einem Graben entlang, an einer Stelle hatte man mit herausgelösten Bohlen einen weiteren Übergang geschaffen...''.

Kurze Zeit später werden die Sperren geräumt und über 10.000 nehmen an einer Kundgebung am Bauplatz teil.

Auf den Erfolg der Bewegung bei der Durchsetzung des Rechtes auf Meinungs-und Demonstrationsfreiheit und im Kampf gegen das AKW Brokdorf reagiert der Staatsapparat brutal.

Der Lautsprecherwagen des AKL wird überfallen und mehrere Teilnehmer der Demonstration verhaftet. Voll ohnmächtiger Wut sagt Innenminister Barschel in einem Interview des NDR auf die Frage, ob die Demonstration ein Angriff auf den Rechtsstatt sei:,,Natürlich hat es hier auch den Einen oder Anderen gegeben, der demonstrieren oder protestieren will gegen Kernkraftwerke. Aber diejenigen, die hierher kommen, Gewalt anwenden, mit verbotenen Sendern sich logistisch operativ bis ins Letzte ausgeklügelt vorbereiten, Molotowcocktails mitbringen, für diese Personen geht es nicht um eine intellektuelle Auseinandersetzung um die Kernenergie, diese Leute wollen den Rechtsstaat herausfordern, wollen die Polizei herausfordern und wollen, daß vielleicht der eine oder andere Polizeibeamte einmal etwas unruhig wird, um daraus dann politisches Kapital gegen diesen Rechtsstaat z... hen. Auch die gesamte Prozeßfü... tik der Bürgerinitiativen war ... r nicht dadurch bestimmt, daß ... echt bekommt, sondern wollten hier ein politisches Schauspiel auf Kosten des Rechtsstaates abziehen und hat sich sozusagen als Spielball einige Gerichte ausgesucht.''







versen. Als lächerlich und absurd hat inzwischen der BBU die Lüneburger Entscheidung verurteilt. In einer Stellungnahme heißt es: Die meisten Atomkraftwerksgegner seien bereits auf dem Weg. Es stehe fest, daß sie sich ihr Demonstrationsrecht nicht nehmen lassen würden und deshalb dieses Urteil zur Bedeutungslosigkeit verdammt sei.''

5.00 Uhr, Nachrichten NDR: ,,Gegen das Lüneburger Urteil wurde noch in

10.00 Uhr Bericht vom Hubschrauber, NDR : ,,Demonstration in Wilster auf dem Marktplatz beendet. Dann große Demonstration von Wilster aus Richtung Brokdorf. An der Absperrung der Bannmeile bei Brokdorf bilden sich große Trauben von Demonstranten, es ist aber noch keiner in die Bannmeile eingedrungen. Viele Zehntausende drängen gegen die Polizeiabsperrungen in Höhe der Ortschaften Hochfeld und Rotenmeer. Viele Omnibusse sind

Südlich von Wilster ein Demonstrationszug von ca. 15.000, das Ende ist nicht absehbar, ein etwa gleichgroßer Demonstrationszug ist in nordwestlicher Richtung weiter gegangen und ist richtung Sankt Margareten gegangen, man will von dort versuchen am Strand der Elbe auf Brokdorf zuzugehen; auch dort starke Polizeiaufgebote, Straßenübergänge über Gräben sind mit sandgefüllten Kontainern verstellt worden; auch innerhalb der Absperrung der Polizei.

Demonstration verhaftet. Voll ohnmächtiger Wut sagt Innenminister Barschel in einem Interview des NDR auf die Frage, ob die Demonstration ein Angriff auf den Rechtsstatt sei:,,Natürlich hat es hier auch den Einen oder Anderen gegeben, der demonstrieren oder protestieren will gegen Kernkraftwerke. Aber diejenigen, die hierher kommen, Gewalt anwenden, mit verbotenen Sendern sich logistisch operativ bis ins Letzte ausgeklügelt vorbereiten, Molotowcocktails mitbringen, für diese Personen geht es nicht um eine









„Ich singe doch nur ein Lied“

Lili Marleen oder wie R. M. Faßbinder den Faschismus sieht

bew. Es bleibt dem Zuschauer kaum ein Filmklischee erspart, wenn er sich Faßbinders neuesten Film „Lili Marleen“ ansieht. Eine melodramatische Liebesbeziehung, wo die zwei sich nicht kriegen können, da sie sich zu verkehrter Zeit lieben. Sie, eine Mischung zwischen einem bieder-naiven, blonden deutschen Heimchen und einer etwas anrüchigen, das Sexuelle unterschwellig immer gerade andeutende Chansonette; er, ein verfolgter Jude, stramm, aufrecht, tapfer und hübsch; dazu ein schmachtender, sie verehrender Jüngling; brutale und gleichzeitig schleimig-unterwürfige SS- und SA-Schergen mit einer verklemmten Geilheit; Widerstandskämpfer mit hochgeschlagenem Trenchcoat, Schlapphut und dunkler Nickelbrille. Das ganze auf dem Hintergrund einer mal sentimentalen und mal gröhlenden Landserherrlichkeit und dazu – als recht durchsichtiges Alibi – zwei kurze KZ-Einblendungen und Kriegsszenen, die gleich wieder so überzogen sind, daß sie unwirklich wirken.

Das ist Hollywood – in seiner schlechtesten Tradition und dann in einer miesen Kopie. Das ist auch nicht R. W. Faßbinder, der „Bahnbrecher“ für den neuen – jungen – deutschen Film, der die Verlogenheit der perfektionierten Leinwandschinken à la Hollywood kritisieren und überwinden sollte. Das ist jetzt einer, der auf dieser Masche, mit „publikumswirksamen Filmen“, wie er das jetzt nennt, sein Geld verdienen will. „Vorher habe ich geglaubt, um seriös zu arbeiten, da muß man sich eben dieser Hollywoodschen Dramaturgien total entziehen. Hollywood ist eben programmiert auf ganz bestimmte Muster, und die gesamte Dramaturgie von Hollywood-Filmen ist es, die mir bis dahin sehr blöd vorkam ... Sirk (einer der „großen“ Hollywoodregisseure) hat mir klargemacht, daß das geht ... Solche Filme, wie er sie gemacht hat, möchte ich auch machen, obwohl die Dramaturgie eine verlogene ist“ (Interview „Spiegelbuch“).

Man kann es in den Feuilletons der bürgerlichen Zeitungen nachlesen, wo berufene Cineasten aufgezeigt haben, welche Szenen aus „Lili Marleen“ alle aus „publikumswirksamen“ Filmen kopiert sind. Das Geld für sein Filmspektakel, es ist gemeinsam mit „Steiner“ mit über 11 Mio. der teuerste deutsche Nachkriegsfilm, hat CSU-Mitglied und Strauß-Intimus Luggi Waldleitner als Produzent reingesteckt.

Der Inhalt, angelehnt an die Autobiographie von Lale Andersen: zum einen eine Liebesgeschichte zwischen einem reichen jüdischen Jüngling, der als Mitglied einer Untergrundorganisation versucht, Juden und Kapital aus Deutschland zu retten, und einer armen, leidlich talentierten, zu Beginn erfolglosen deutschen Sängerin; und zum anderen der Aufstieg dieser Sängerin zu einer der populärsten Sängerin des Faschismus, bis dahin, daß sie vom Führer eine Villa geschenkt bekommt, die ihren Erfolg aber mehr dem Zufall und, was vielfältig angedeutet wird, dem Weg durch die Betten höherer Führer des Dritten Reiches verdankt. Das Problem, wie sich Künstler unter einer Diktatur verhalten, wenn sie Karriere machen und überleben wollen, findet bei Faßbinder seine zugespitzte Darstellung in den tiefgründigen Feststellungen Wilkies (Lili Marleen): „Ich singe doch nur ein Lied.“ „Zum ersten Mal in meinem Leben habe ich etwas Glück. Jetzt tue ich alles, um es festzuhalten.“ „Man kann sich nicht aussuchen, wie man leben will, wenn man überleben will.“ Da zwei so dürftige Handlungsstränge kaum tragen, wurde noch etwas Spannung dazu gegeben. Wilkie schmuggelt, um den geliebten Robert zu retten, der nach einer Liebesnacht mit ihr in Nazigefangenschaft geraten war, einen Film über Naziverbrechen in Polen an die Untergrundorganisation im Ausland. Insgesamt vom Inhalt her einige Krimielemente in einer Liebesgeschichte und die oberflächliche Thematisierung der Anpassung eines Teils der Künstler unter dem Faschismus.

Was will Faßbinder mit seinem Film? „Ich versuche, das Dritte Reich darüber kritisierbar zu machen, daß ich es erst mal ungebrochen in einer Person nachvollziehe, die es eben auch so relativ ungebrochen erlebt hat. Ich halte es für möglich, etwas über den spezifischen deutschen Nationalsozialismus zu erzählen, indem man einfach herstellt, was daran reizvoll war. Die Aufmärsche hatten eine bestimmte Ästhetik, die einen Reiz ausgeübt hat. Das Hakenkreuz hatte einen bestimmten ästhetischen Reiz ...“ (FAZ, 29.12.1980)

Faschismuskritik dadurch, daß man darstellt, was an ihm „reizvoll“ war. Das ist schon von der Formulierung des Anspruchs so auf Oberflächlichkeit angelegt, daß man bereits einen schalen Geschmack in den Mundwinkeln bekommt, bevor man sich den Film angesehen hat. Der Faschismus als ästhetisch reizvoll initiierte Show. Da kann er sich getrost auf das Vorbild Hollywood und, wie er es auch getreulich getan hat, auf das Vorbild der UFA-Filme (die Filmgesellschaft des Dritten Reiches) stützen und sie weidlich ausschlachten. Die Verlogenheit der Dramaturgie sieht er selbst – und übernimmt sie ganz.

Und was hält R. W. Faßbinder für „reizvoll“ am Faschismus: Propagandakonzerte im Reichspalast, über Volksempfänger ins ganze Reich und an die Soldaten von Narvik bis Tobruck übertragen, rührselige Landser- und Bierzeltgemütlichkeit, zotigschlüpfriges Fronttheater, die Naivität des Volkes, die von den Greueltaten nichts weiß oder die Augen schließt und, anscheinend als Kritik gedacht, vor allem geile NSDAP-, SA- und SS-Bonzen als machtbesessene Schlägertypen, und eingeblendete Kriegsszenen, wo die Leichen nur so durch die Luft purzeln. Der Faschismus wird hier zu einer Show, die sich zwischen rheinischer Weinseligkeit und Stammtischzoten bewegt und wo man Karriere machen kann, wenn man ins richtige Bett steigt, die Augen schließt und den Mund hält. Oberflächlicher und fader geht's kaum und von Kritik und Durchschaubarkeit keine Spur.

„Das Dritte Reich über die faszinierenden Einzelheiten seiner Selbstdarstellung durchschaubar zu machen.“ (Interview „Spiegelbuch“) Das einzige, was durchschaubar wird, ist, daß Faßbinder den „faszinierenden Einzelheiten“ der „faschistischen Ästhetik“ selbst erliegt. Denn die reine Abbildung der so einseitig ausgewählten Erscheinungen, die begriffslos und ohne jeglich Distanz ist, kann höchstens auf Identifikation, aber nicht auf Kritik zielen, und die Übernahme der Filmgestaltung der Hollywood- und UFA-Filmvorbilder wird zum wesentlichen Verstärker der durch die Handlung hervorgerufenen Identifikation, gerade auch bei dem filmtechnischen Können Faßbinders. Nichts ist mehr rational durchschaubar. „Alles Vernünftige interessiert mich nicht.“ (Faßbinder, „Spiegelbuch“)

tionierten Leinwandschinken à la Hollywood kritisieren und überwinden sollte. Das ist jetzt einer, der auf dieser Masche, mit „publikumswirksamen Filmen“, wie er das jetzt nennt, sein Geld verdienen will. „Vorher habe ich geglaubt, um seriös zu arbeiten, da muß man sich eben dieser Hollywoodschen Dramaturgien total entziehen. Hollywood ist eben programmiert auf ganz bestimmte Muster, und die gesamte Dramaturgie von Hollywood-Filmen ist es, die mir bis dahin sehr blöd vorkam ... Sirk (einer der „großen“ Hollywoodregisseure) hat mir klargemacht, daß das geht ... Solche Filme, wie er sie gemacht hat, möchte ich auch machen, obwohl die Dramaturgie eine verlogene ist“ (Interview „Spiegelbuch“).

Man kann es in den Feuilletons der bürgerlichen Zeitungen nachlesen, wo berufene Cineasten aufgezeigt haben, welche Szenen aus „Lili Marleen“ alle aus „publikumswirksamen“ Filmen kopiert sind. Das Geld für sein Filmspektakel, es ist gemeinsam mit „Steiner“ mit über 11 Mio. der teuerste deutsche Nachkriegsfilm, hat CSU-Mitglied und Strauß-Intimus Luggi Waldleitner als Produzent reingesteckt.

Der Inhalt, angelehnt an die Autobiographie von Lale Andersen: zum einen eine Liebesgeschichte zwischen einem reichen jüdischen Jüngling, der

keit angelegt, daß man bereits einen schalen Geschmack in den Mundwinkeln bekommt, bevor man sich den Film angesehen hat. Der Faschismus als ästhetisch reizvoll initiierte Show. Da kann er sich getrost auf das Vorbild Hollywood und, wie er es auch getreulich getan hat, auf das Vorbild der UFA-Filme (die Filmgesellschaft des Dritten Reiches) stützen und sie weidlich ausschlachten. Die Verlogenheit der Dramaturgie sieht er selbst – und übernimmt sie ganz.

Und was hält R. W. Faßbinder für „reizvoll“ am Faschismus: Propagandakonzerte im Reichspalast, über Volksempfänger ins ganze Reich und an die Soldaten von Narvik bis Tobruck übertragen, rührselige Landser- und Bierzeltgemütlichkeit, zotigschlüpfriges Fronttheater, die Naivität des Volkes, die von den Greueltaten nichts weiß oder die Augen schließt und, anscheinend als Kritik gedacht, vor allem geile NSDAP-, SA- und SS-Bonzen als machtbesessene Schlägertypen, und eingeblendete Kriegsszenen, wo die Leichen nur so durch die Luft purzeln. Der Faschismus wird hier zu einer Show, die sich zwischen rheinischer Weinseligkeit und Stammtischzoten bewegt und wo man Karriere machen kann, wenn man ins richtige Bett steigt, die Augen schließt und den Mund hält. Oberflächlicher und fader geht's kaum und von Kritik und





Szenen aus Faßbinders „Lili Marleen“: Landser-Rührseligkeiten und Faschismus als „reizvolles“ Showbusiness

Vom „Nazi-Melodram“ zum „Hitler-Mythos“

Über die Behandlung des Faschismus im Film

acm. Die Behandlung der faschistischen Herrschaft der Finanzbourgeoisie im Rahmen des Films ist nicht neu. Faßbinder beispielsweise steht mit seinem Film schon mehr am Ende einer langen Kette von Filmen, die das Naziregime behandeln. War der Nachkriegsfilm der Auseinandersetzung mit der faschistischen Herrschaft im wesentlichen aus dem Wege gegangen – vielmehr wurde schnell das unterstützende moralische Element für den „Wiederaufbau“ und das „Wirtschaftswunder“ geschaffen –, so setzte Ende der sechziger Jahre ausgehend von den italienischen Regisseuren Bertolucci und Visconti mit den Filmen „Götterdämmerung“, „Die Verdammten“ und „Der große Irrtum“ die Auseinandersetzung mit dem Faschismus, vornehmlich dem italienischen, ein. Aber keineswegs handelt es sich um dokumentarisch-aufklärende Filme, sondern z.B. in „Die Verdammten“ läßt Visconti auf der einen Seite elitäre Kultur aus dem Industriellen-Haushalt Marke Krupp mit Bachscher Hausmusik und romantischer Lyrik aufziehen, um den Gegensatz darzustellen in brutalem Inzest und genüßlich inszenierten homosexuellen SA-Orgien, verbunden mit sadistischem Massaker. Das ebensolche Nazi-Melodrama „Der große Irrtum“ von Bertolucci läßt auch auf der Leinwand eine dämonisch angehauchte Liebesaffäre zwischen einem Faschisten und seinem potentiellen Opfer Revue passieren. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus geschieht hier auf ästhetischem Parkett und handelt die Herrschaft der Faschisten mehr als eine Frage der Moral, oder vielmehr der doppelten Moral, ab. Die herrschende Klasse wird als morbide, perverse usw. geschildert, aber ihre eigentliche Grundlage der Herrschaft, die Möglichkeit der Machtergreifung, der Ursachen, all das läßt sich ja eben nicht auf die Morbidität an sich zurückführen. Aber gerade diese Sichtweise beginnt sich als zukunftsweisend für die Entwicklung im Film zu entwickeln.

In der Mitte der sechziger Jahre beginnt die eigentliche Blüte, ja Naziwelle im Film. Eine sachliche Grundlage dafür wird die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus sein, die die gesellschaftlichen Widersprüche weitervorantreibt und auch im Überbau ihre Wirkung zeigt. Die Sichtweise im Film wird aber verstärkt von Dekadenz geprägt. Fellini beginnt den Reigen mit seinem Jugenderinnerungsfilm „Amarcord“, wo der italienische Faschismus als deftiger Klamauk dargestellt wird. Pasolini bringt kurz vor seiner Ermordung noch „Salo oder die 120 Tage von Sodom“, in Anlehnung an Marquis de Sade, als seine Abrechnung mit dem Faschismus zu Ende. Die Story: Vier als Nazifaschisten gestaltete Herren, Herzog, Bischof, Richter und Finanzier, vergnügen sich in der letzten Phase des Mussolini-Regimes im Schloß am Gardasee mit sexuellen und sadistischen Exessen. Für ihre grausamen Lustbarkeiten haben sie sich mit Hilfe ihrer Miliz acht Jungen und Mädchen wie Tiere eingefangen. Mit einer Serie ritueller Folterungen, verbunden mit sexuellen Akten, endet der Film. Die Absicht mag es sein, über die vier ausgewählten Stellvertreter des Faschismus auch die herrschende Klasse dargestellt zu haben. Auch hier hebt die ganze Kritik aber nur auf die Perversität der herrschenden Klasse ab, wo alle anderen Gesellschaftsmitglieder auch nur noch als Tiere vorkommen. Variiert werden diese Abhandlungen über den Faschismus auch noch in besonders abwegiger Weise in dem Film „Nachtportier“ von L. Cavani, eigentlich eine in der Frauenbewegung bekannte und beliebte Regisseurin. Der Film beschreibt das Liebesverhältnis einer jüdischen KZ-Insassin zu ihrem KZ-Peiniger, welches auch nach dem Kriege, laut Film, in sadomasochistischer Form seine Fortsetzung findet. Den „Nachtportier“ nennt sie einen „subversiven Frauenfilm“ und sagt zu allem Überfluß: „Ich finde die SS-Uniform sehr erotisch.“

Auf der Faszination des Grauens, des Mörderischen gedeiht gerade ab 1975 ein ganzes Genre „Nazifilm“: „Salon Kitty“, „Das Hakenkreuz im Bauch“, „Ilsa, das SS-Biest“ und auch „Adolf und Marlene“, wo der deutsche Jungfilmer Lommel unbedingt das Liebesverhältnis von Hitler zu Marlene Dietrich „enthüllen“ will. In den Hollywood-Produktionen tauchen die „Nazischlächter“ dann auch wieder aus dem brasilianischen Urwald oder sonstigen Gegenden auf, was die Basis für effektheischende Horrorfilme hergibt. So macht die Bourgeoisie mit einer anderen Etappe der Bourgeoisherrschaft ihr Geschäft.

Die Abhandlung von Hitler als Mythos, „der die Massen begeisterte“ und dem diese „willig folgten“, ist das nächste Kapital, wo sich vor allem die deutschen Regisseure bzw. Autoren Fest und Syberberg hervortun. „Hitler – eine Karriere“ und in Syberbergs „Hitler“-Film, ein Sieben-Stunden-Opus, wird der Wahn perfekt inszeniert und die Massen als das eigentlich Verwerfliche abgeurteilt.

Andererseits kommt es im gleichen Zeitraum unter deutschen Regisseuren zu ersten Ansätzen, den Faschismus nicht als mythologisch-ästhetisch-faszinierendes, mit allen Absurditäten ausgestattetes Phänomen zu behandeln, sondern von den Auswirkungen der Herrschaft auf die Massen, auf das Volk, zu berichten oder sie zumindest zum Handlungspunkt dieser Filme zu machen. Kotullas „Aus einem deutschen Leben“ ist z.B. eine Lebensbeschreibung des Auschwitz-Kommandanten Höß, an der er exemplarisch aufzuzeigen versucht, wie einer so was werden konnte. Peter Lilienthal drehte 1978 den Film „David“, der die Überlebensanstrengungen und Kämpfe der Juden vor dem Zugriff der Faschisten in eindringlicher, aber schlichter Form und überhaupt mit gewisser Glaubwürdigkeit beschreibt. Einer der anspruchsvollsten Versuche der Behandlung des Faschismus und des Krieges ist wohl von Helma Sanders-Brahms ausgegangen mit dem Film „Deutschland, bleiche Mutter“, der auch jetzt öfter in den Programmkinos zu sehen sein wird. Er berichtet von den Anstrengungen der Frauen, die Kinder durchzubringen und dann nach dem Kriege einen Großteil des Wiederaufbaus leisten zu müssen. In einer Vorrede aus dem Buch zum Film sagt sie: „Dies ist die positive Geschichte Deutschlands während des Faschismus, des Zweiten Weltkrieges. Die Geschichte der Frauen, die das Leben in Gang hielten, während die Männer zum Töten eingesetzt wurden. Sie hätte längst dargestellt werden müssen. Jetzt, da die Generation dieser Frauen, unserer Mütter, um fünfundsechzig Jahre alt ist und nicht mehr lange leben wird, ist es Zeit, höchste Zeit, sie zu schreiben ... Ich will für diesen Film nicht die Pyrotechnik in Gang setzen, die, auch wenn sie mit 15 Millionen wie bei ‚Steiner – das eiserne Kreuz‘ ausgestattet ist, doch immer noch etwas von vergrößerter Spielzeugeisenbahn hat. Das wirkliche Grauen des Zweiten Weltkrieges ist nur aus den Dokumenten zu sehen, darin ist es aber ohne jeden falschen Glanz.“ Es ist kein umfassender Film über die nationalsozialistische Herrschaft, keine Aufklärung über die Hintergründe, über den wirklichen Widerstand der Arbeiterklasse und großer Teile des Volkes in den verschiedensten Formen. Aber es ist schon einmal eine ganz andere Position – von der es mehr geben müßte.

Literatur: R. W. Faßbinder und seine Filme (SPIEGEL-Buch bei Rowohlt); rororo-Filmlexikon Bd. 1–6; Fischer Film Almanach 1980; Helma Sanders-Brahms, Deutschland bleiche Mutter, rororo, Neue Frau; Lale Andersen, Leben mit einem Lied, dtv.

sentlichen aus dem Wege gegangen – vielmehr wurde schnell das unterstützende moralische Element für den „Wiederaufbau“ und das „Wirtschaftswunder“ geschaffen –, so setzte Ende der sechziger Jahre ausgehend von den italienischen Regisseuren Bertolucci und Visconti mit den Filmen „Götterdämmerung“, „Die Verdammten“ und „Der große Irrtum“ die Auseinandersetzung mit dem Faschismus, vornehmlich dem italienischen, ein. Aber keineswegs handelt es sich um dokumentarisch-aufklärende Filme, sondern z.B. in „Die Verdammten“ läßt Visconti auf der einen Seite elitäre Kultur aus dem Industriellen-Haushalt Marke Krupp mit Bachscher Hausmusik und romantischer Lyrik aufziehen, um den Gegensatz darzustellen in brutalem Inzest und genüßlich inszenierten homosexuellen SA-Orgien, verbunden mit sadistischem Massaker. Das ebensolche Nazi-Melodrama „Der große Irrtum“ von Bertolucci läßt auch auf der Leinwand eine dämonisch angehauchte Liebesaffäre zwischen einem Faschisten und seinem potentiellen Opfer Revue passieren. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus geschieht hier auf ästhetischem Parkett und handelt die Herrschaft der Faschisten mehr als eine Frage der Moral, oder vielmehr der doppelten Moral, ab. Die herrschende Klasse wird als morbide, perverse usw.

sadistischen Exessen. Für ihre grausamen Lustbarkeiten haben sie sich mit Hilfe ihrer Miliz acht Jungen und Mädchen wie Tiere eingefangen. Mit einer Serie ritueller Folterungen, verbunden mit sexuellen Akten, endet der Film. Die Absicht mag es sein, über die vier ausgewählten Stellvertreter des Faschismus auch die herrschende Klasse dargestellt zu haben. Auch hier hebt die ganze Kritik aber nur auf die Perversität der herrschenden Klasse ab, wo alle anderen Gesellschaftsmitglieder auch nur noch als Tiere vorkommen. Variiert werden diese Abhandlungen über den Faschismus auch noch in besonders abwegiger Weise in dem Film „Nachtportier“ von L. Cavani, eigentlich eine in der Frauenbewegung bekannte und beliebte Regisseurin. Der Film beschreibt das Liebesverhältnis einer jüdischen KZ-Insassin zu ihrem KZ-Peiniger, welches auch nach dem Kriege, laut Film, in sadomasochistischer Form seine Fortsetzung findet. Den „Nachtportier“ nennt sie einen „subversiven Frauenfilm“ und sagt zu allem Überfluß: „Ich finde die SS-Uniform sehr erotisch.“

Auf der Faszination des Grauens, des Mörderischen gedeiht gerade ab 1975 ein ganzes Genre „Nazifilm“: „Salon Kitty“, „Das Hakenkreuz im Bauch“, „Ilsa, das SS-Biest“ und auch „Adolf und Marlene“, wo der deutsche Jungfilmer Lommel unbe-

schen Leben“ ist z.B. eine Lebensbeschreibung des Auschwitz-Kommandanten Höß, an der er exemplarisch aufzuzeigen versucht, wie einer so was werden konnte. Peter Lilienthal drehte 1978 den Film „David“, der die Überlebensanstrengungen und Kämpfe der Juden vor dem Zugriff der Faschisten in eindringlicher, aber schlichter Form und überhaupt mit gewisser Glaubwürdigkeit beschreibt. Einer der anspruchsvollsten Versuche der Behandlung des Faschismus und des Krieges ist wohl von Helma Sanders-Brahms ausgegangen mit dem Film „Deutschland, bleiche Mutter“, der auch jetzt öfter in den Programmkinos zu sehen sein wird. Er berichtet von den Anstrengungen der Frauen, die Kinder durchzubringen und dann nach dem Kriege einen Großteil des Wiederaufbaus leisten zu müssen. In einer Vorrede aus dem Buch zum Film sagt sie: „Dies ist die positive Geschichte Deutschlands während des Faschismus, des Zweiten Weltkrieges. Die Geschichte der Frauen, die das Leben in Gang hielten, während die Männer zum Töten eingesetzt wurden. Sie hätte längst dargestellt werden müssen. Jetzt, da die Generation dieser Frauen, unserer Mütter, um fünfundsechzig Jahre alt ist und nicht mehr lange leben wird, ist es Zeit, höchste Zeit, sie zu schreiben ... Ich will für diesen Film nicht die Pyrotechnik in Gang setzen,